Bahama News

Nr. 6, 5.-DM

Juni '92

Inhalt

Adressen etc. . . . . S. 2
Einladung zum Bundestreffen am 20./21. 6. in Berlin . . . . . S. 3

Diskussionspunkt Imperialismus
Eigenproduktionen aus der Gruppe K

Anmerkungen zu Lenins Schrift "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" (Arbeitsgruppe Hamburg) . . . . . S. 4
Imperialismus und Antiimperialismus (hg., Westberlin) . . . . . S. 10
Imperialismus (A. K., Westberlin) . . . . . S. 14
Imperialismus II (A. K., Westberlin) . . . . . S. 18
Zwei Hinweise . . . . . S. 23

Weitere Texte zum Thema

Festung Europa unter deutscher Führung (aus: SPEZIAL, Hannover) . . . . S. 24
Befreiungsnationalismus: Ein falscher Antiimperialismus (Gruppe Nürnberger Sozialisten, Vortrag von 1985) . . . . . S. 27
Dependencia und Weltsystem, Theorien der Unterentwicklung und der Abkopplung vom Weltmarkt (zusammengestellt von Moritz, Hamburg) . . S. 33
Auszüge aus: Imperialismus I, Resultate der Arbeitskonferenz (MG) . . . . . S. 40

Diskussionspunkt Publizistik/Ende des Dach-AK

Einige Papiere aus Kassiber Nr. 4 (Mitteilungsblatt der KB-Mehrheit) . . . . S. 44
Rückblick auf 10 Ausgaben Dach-AK und einige Schlußfolgerungen (he., KB-Mehrheit) . . . . . S. 48

Sonstiges

Kongreß Nationalstaat, ethnische Minderheiten, Völkerwanderung . . . . . S. 51
WWG - die Erste, Bericht zum Treffen der G7-Wirtschaftsminister in Münster (aus Piranha ?) . . . . . S. 53
Blick nach vorn im Zorn - Aufruf gegen Weltwirtschaftsgipfel . . . . . S. 54

Adressen:

Die Gruppe K hat ein Büro und damit auch eine Adresse: Sie lautet:

Büro K
Karolinenstr. 21, Haus 2 Tel. 040/438846 (Mo. bis Do., 17.30 bis 19.00 Uhr)
2000 Hamburg 36

Für Zuschriften an die Bahama-News:

[redacted]

1000 Berlin 20

Geld, insbesondere Bezahlung der Bahama-News

Wir haben uns vorgenommen, die Bahama-News ca. sechsmal in Jahr herzustellen. Pro Nummer wollen wir einen Kostenbeitrag von DM 5.- (incl. Porto etc.).
Falls ihr also die Bahama-News einigermaßen regelmäßig beziehen wollt, bitten wir euch, uns jeweils für drei Nummern im voraus DM 15.- zu überweisen, oder aber uns eine Einzugsermächtigung zuzuschicken (ein vorgefertigtes Exemplar befindet sich am Ende dieser Seite).

Unsere Kontonummer:
[redacted], Hamburger Sparkasse
BLZ [redacted]
Kto.-Nr.: [redacted]

Material, erhältlich über Büro K:
Zu den Hintergründen des Streites in der Wiesbadener Szene (vgl AK 335 ff.) bieten wir an, eine ca. 40-seitige Materialsammlung an Interessierte gegen Kopierkosten zu versenden.

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich [redacted], jeweils für drei Nummern der "Bahama-News" DM 15.- in voraus von meinem Konto abzubuchen.

Name / Anschrift: . . . . . .

Bank: . . . . . .

Bankleitzahl: . . . . . Kontonummer: . . . . . .

Kontoinhaber (wenn von oben abweichend): . . . . . .

Ort/Datum: . . . . . Unterschrift: . . . . . .

Einladung zum Bundestreffen am 20./21. 6. in Berlin

Wie in Mannheim bereits besprochen, wollen wir uns am 20./21. 6. 92 in Berlin treffen, um zum einen über den Imperialismus zu diskutieren, zum anderen über den Dach - AK, bzw. wie es jetzt aussieht unsere Publizistik nach dem Ende des Dach - AKs, zu reden.

Der genaue Ort:

Versammlungsraum des Mehringhofs
Gneisenaustr. 2a
Kreuzberg 61 in der Nähe des U-Bahnhofs Mehringdamm

Beginn: Samstag, 14.00 Uhr

Zur Tagesordnung:
Entgegen des im Gruppe K Brief vom 25. 5. veröffentlichten "groben Tagesordnungsvorschlages" schlagen wir vor, am *ersten* Tag die Diskussion über die Imperialismustheorie zu führen. Die Vorbereitungen werden bis dahin wohl einen zumindest erträglichen Stand erreicht haben. Den zweiten Tag sollten wir dann den Fragen der weiteren Publizistik widmen. Dies ist - wie üblich - nur ein Vorschlag, und kann bei Bedarf natürlich abgeändert werden.

Schlafplätze werden im Rahmen der Berliner Möglichkeiten gestellt. Allerdings bitten wir um vorherige Anmeldung im Gruppe K Büro in Hamburg (Tel. - Nr. s. S. 2), damit in Berlin nicht zuviele (oder gar zuwenige) Schlafplätze organisiert werden.

Anmerkungen zu Lenins Schrift "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus"

Dieses Papier ist ein erstes Ergebnis von zwei Diskussionsterminen einer kleinen Hamburger Arbeitsgruppe in Vorbereitung auf die Imperialismusdebatte der Gruppe K in Berlin. Bewußt haben wir als Ausgangspunkt Lenins Imperialismusschrift gewählt, da sie sozusagen immer noch als unangefochtene - aber schon lange nicht mehr beachtete und diskutierte Grundlage der Politik des alten KB galt. Beim aktuellen Nachlesen ist uns deutlich geworden, daß Lenins Analyse aus heutiger Sicht zwar einen Einblick in die damalige ökonomischen Entwicklung gibt, daß sein Untersuchungsansatz, sein empirischen Herangehen, sowie einzelne Kategorien bzw. Zusammenhänge, die er beschrieben hat nach wie vor brauchbar und richtig sind, daß aber besonders seine Schlußfolgerungen bzw. seine Prognosen schon aus damaliger Sicht inkonsequent und ungenügend abgedeckt waren und heute - fast 80 Jahre später - unsinnig sind.

Wir empfehlen dennoch, die Schrift als Vorbereitung unserer Diskussion in Berlin noch einmal nachzulesen, und die Kritik daran, zur Grundlage unserer weiteren Fragestellungen und gemeinsamen Diskussion zu machen.

Die Schrift "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" wurde von Lenin 1916 verfaßt: nach Ausbruch des ersten Weltkrieges, den er als "imperialistischen Krieg" (d.h. ein Eroberungskrieg, ein Raub- und Plünderungskrieg, ein Krieg um die Aufteilung der Welt, um die Verteilung und Neuverteilung der Kolonien, der Einflußsphären des Finanzkapitals."(8)) kennzeichnete und dem Zusammenbruch der 2. Internationalen durch den "Verrat der sozialistischen Führer". Für Lenin war das 20. Jahrhundert der "Wendepunkt vom alten zum neuen Kapitalismus, von der Herrschaft des Kapitals schlechthin zu der Herrschaft des Finanzkapitals". (50) Er nannte diese Erscheinung "Imperialismus", er bezeichnete diese Epoche als letztes, höchstes oder besonderes Stadium und setzte sie zum Kapitalismus und zum Sozialismus wie folgt in Beziehung:

"Der Imperialismus erwuchs als Weiterentwicklung und direkte Fortsetzung der Grundeigenschaften des Kapitalismus überhaupt. Zum kapitalistischen Imperium aber wurde der Kapitalismus erst auf einer bestimmten, sehr hohen Entwicklungsstufe, als einige seiner Grundeigenschaften in ihr Gegenteil umzuschlagen begannen, als sich auf der ganzen Linie die Züge einer Übergangsperiode vom Kapitalismus zu einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation herausbildeten und sichtbar wurden." (93)

Ökonomisch - so analysierte er - war das Entscheidende in diesem Prozeß "die Ablösung (er spricht auch von "Beseitigung") der kapitalistischen freien Konkurrenz durch die kapitalistischen Monopole". War also für den Kapitalismus die freie Konkurrenz das entscheidende ökonomische Kennzeichen - so für die Epoche des Imperialismus das Monopol. "Das Monopol ist der Übergang vom Kapitalismus zu einer höheren Ordnung."(94) Der Imperialismus ist das "monopolistische Stadium des Kapitalismus". (94)

In einer kurzen Definition nennt er die folgenden fünf Merkmale, die die ökonomische Seite des Imperialismus kennzeichnen: (vergl. 94/5)

- Die Konzentration der Produktion und des Kapitals schaffen Monopole, "die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen".

- Bank- und Industriekapitals verschmelzen zum Finanzkapital.
- Der Kapitalexport gewinnt besondere Bedeutung.
- Internationalistische, monopolistische Kapitalistenverbände teilen die Welt unter sich auf.
- Die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet.

Eine erste Einordnung

Die von Lenin hier entwickelten Kategorien halten wir überwiegend für richtig und brauchbar, um auch heute noch die ökonomische Entwicklung des Kapitalismus zu verstehen und begreifen zu können. Problematisch scheint uns seine Kategorie "Monopol", dies allerdings nicht in dem Punkt, wo er versucht, die Konzentration von Kapital und Unternehmen zu beschreiben, sondern dort, wo er (einseitig) von der Verwandlung der freien Konkurrenz in das Monopol als wichtigster Erscheinung in der Ökonomik des modernen Kapitalismus spricht und daraus sehr weitreichende politische Prognosen ableitet. (s. die Ausführungen unten)

Richtig sind u.M.n. die Ausführungen über die Entstehung des Finanzkapital und die Bedeutung des Kapitalexports. Dies besonders dort, wo der Zusammenhang zwischen Kapital und Macht beschrieben wird: "dabei wird die Teilung (der Welt) "nach dem Kapital", "nach der Macht" vorgenommen - eine andere Methode der Teilung kann es im System der Warenproduktion und des Kapitalismus nicht geben. Die Macht aber wechselt mit der ökonomischen und politischen Entwicklung; um zubegreifen, was vor sich geht, muß man wissen, welche Fragen durch Machtverschiebungen entschieden werden." (80)

Weitgehend zustimmen können wir Lenin auch in seiner Auseinandersetzung mit den Thesen von Kautsky zum "Ultraimperialismus". Kautsky ging von der These des "Ultraimperialismus", d.h. des "Überimperialismus, der Vereinigung der Imperialismen der ganzen Welt" aus, von einer Phase in der die "gemeinsame Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital" letztlich die Widersprüche in der Weltwirtschaft eher abschwäche und auf Kriege und Kampf gegeneinander weitgehend verzichten könne. Kautsky leitete daraus die Chance "ultraimperialistischer Bündnisse" und damit die Möglichkeit eines dauernden Friedens im Kapitalismus ab. Dagegen betont Lenin die Verschärfung des Kampfes der imperialistischen Mächte gegeneinander und die Ungleichmäßigkeit ihrer Entwicklung. "Denn unter dem Kapitalismus ist für die Aufteilung der Interessen- und Einflußsphären, der Kolonien usw. eine andere Grundlage als die Stärke der daran beteiligten, ihre allgemeinwirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Stärke nicht denkbar. Die Stärke der Beteiligten aber ändert sich ungleichmäßig, denn eine gleichmäßige Entwicklung der einzelnen Unternehmungen, Trusts, Industriezweige und Länder kann es unter dem Kapitalismus nicht geben. (127)

Aus unserer heutigen Sicht und dem Wissen um die weitere Entwicklung, die der Kapitalismus genommen hat, wird andererseits die historische Begrenztheit und die Notwendigkeit, Lenins Schrift einer bestimmten Epoche zuzuordnen, deutlich.

Lenin deckt nicht - wie Marx im "Kapital" - die Besonderheiten eines historischen Systems auf, als der den Kapitalismus untersuchte und als deren Triebkraft die Warenbeziehung herausfand, (das war aber auch nicht sein

Anspruch) sondern er bedient sich der Empirie und analysiert bestimmte neue ökonomische Erscheinungen, die er verdichtet und eingebunden in die sozialdemokratische Denktradition zweck- oder zielgerichtet auf den Übergang in eine andere bessere Gesellschaftsordnung hin interpretiert.

Er folgt dabei (ebenfalls eingebunden in die damalige marxistische Denktradition) einer lineare Betrachtungsweise von Entwicklung bzw. von Fortschritt. Der Kapitalismus wird vom Imperialismus - der "höheren Ordnung" abgelöst und ist selbst nur ein Übergangsstadium, das unaufhaltsam sich selbst vernichtet und bereits in sich die neue höhere ökonomische Gesellschafts-tradition in sich trägt. Dies kennzeichnet zum einen ein statisches lineares Denken von gesellschaftlichen Entwicklung - zum anderen ist die Einordnung des Imperialismus als "Übergang" eine totale Unterschätzung der Potenz der Industrieentwicklung bzw. der Innovationskraft des Kapitals, wie sich im weiteren Verlauf der ökonomischen Entwicklung gezeigt hat.

Unsere Kritik am Lenin'schen Imperialismusbegriff konzentriert sich zum einen die Beziehung, die bei ihm zwischen Monopolbildung und Konkurrenz hergestellt wird. Sie betrifft zum andern die Einordnung des Imperialismus in die Lenin'sche Stadientheorie, wobei eine rege Wechselbeziehung zwischen jenen beiden Punkten besteht.

In welchem Verhältnis stehen bei Lenin "Monopol" und "Konkurrenz"?

Lenins Imperialismustext liest sich in diesem Punkt oftmals widersprüchlich. Von sprachlicher Präzision kann jedenfalls keine Rede sein. Während er an einer Stelle der "Ablösung des alten Kapitalismus mit der Herrschaft der freien Konkurrenz durch den neuen Kapitalismus mit der Herrschaft des Monopols" das Wort redet, spricht er wenige Zeilen später vom einem neuen Kapitalismus, "dem deutliche Züge einer Übergangserscheinung, einer Mischform von freier Konkurrenz und Monopol anhaften." (LW:221ff) Insgesamt läßt die von Lenin verwendete Wortwahl keinen Zweifel, daß er die kapitalistische Tendenz zum Monopol als unmittelbaren Gegensatz zur freie Konkurrenz betrachtet, was bei der Bestimmung des Verhältnisses zwischen (altem) Kapitalismus und (neuem) Imperialismus sehr bedeutsam wird: Der Imperialismus gilt Lenin nicht als eine Spielart oder Sonderform des Kapitalismus, sondern als eine Formation, die "über" und "neben" der kapitalitischen Konkurrenz angesiedelt (LW:270)und demzufolge davon losgelöst zu betrachten ist. Diese Interpretation des Imperialismus kann bei Lenin kaum von dessen hoffnungsfroher Prognose - Imperialismus als Übergangsformation auf dem Weg zum Sozialismus - getrennt werden, worauf wir weiter unten eingehen werden. Zunächst sei unsere These, derzufolge Lenin die Differenz zwischen Kapitalismus und Imperialismus in unzulässiger Weise akzentuiert, anhand einiger Textstellen belegt: Der Imperialismus ziehe "die Kapitalisten gewissermaßen ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen in eine Art neue Gesellschaftsordnung hinein", heißt es in Kapitel I des Lenintexts. Der Kapitalismus sei so weit entwickelt, "daß die Warenproduktion, obwohl sie nach wie vor 'herrscht' und als Grundlage der gesamten Wirtschaft gilt, in Wirklichkeit bereits untergraben ist." (LW:209ff) Die freie Konkurrenz sei die Grundeigenschaft des Kapitalismus und der Warenproduktion überhaupt; das Monopol aber sei "der direkte Gegensatz zur freien Konkurrenz, aber diese begann sich vor unseren Augen zum Monopol zu wandeln, indem sie die Großproduktion schuf ...". (LW:270) "Die tiefste

ökonomische Grundlage des Imperialismus (sei) das Monopol." Dieses stehe "im allgemeinen Milieu des Kapitalismus, der Warenproduktion, der Konkurrenz, in einem beständigen und unlösbaren Widerspruch zu diesem allgemeinen Milieu." (LW:281)

Wir sind der Auffassung, daß die Lenin'sche Zuordnung von "Konkurrenz" und "Monopol" als ein Gegensatzpaar nicht stimmt. [Überhaupt scheint uns die Tendenz des Kapitalismus zur Konzentration durch den Begriff "Monopol" (wörtlich übersetzt: Macht des Einzelnen) nicht sauber gefasst zu sein, da er die reale Aufhebung von Konkurrenz durch alleinige Marktbeherrschung suggeriert, die aber nationale kaum und international bisher auf gar keinem Sektor realisiert werden konnte.]

Es kann nicht darum gehen, die Tendenz zur Konzentration als kapitalistische Gesetzmäßigkeit mit erheblichen makroökonomischen, sozialen und politischen Folgen zu bestreiten. Diese Erscheinung steht allerdings nicht "über" oder "neben" der Konkurrenz, sondern ist dieser untergeordnet. Durch Konzentrationsprozesse wird Konkurrenz gleichzeitig eingeschränkt und geschürt. Dies gilt nicht nur makroökonomisch (wie am Beispiel des EG-Binnenmarkts problemlos aufgezeit werden könnte) sondern auf Konzernebene und insbesondere auch ideologisch. Nicht erst das neue Postulat der lean production stärkt das Element der Zuliefererbetriebe gegenüber dem Hauptwerk: Schon zuvor galten mittelständische Strukur und die relative Eigenständigkeit eines Unternehmens der nach vorne denkenden Konzernspitze als Gewinn, da nur hier - und nicht durch Ultra-Zentralisierung - Mitarbeitermotivation und Produktflexibilität hochzupuschen waren. Man braucht Lenin nicht den Vorwurf mangelnder hellseherischer Weitsicht zu machen um dennoch zu der Feststellung zu kommen, daß er in seinem Text die Einbindung kapitalistischer Konzentrationsprozesse in und ihre Auswirkungen auf die kapitalistische Gesamtökonomie schlecht untersucht und falsch gedeutet hat.

Daß dieser Grundfehler seiner Analyse falsche Schlußfolgerungen hervorgebracht hat, liegt auf der Hand. Besonders augenfällig betrifft dies die Lenin'sche These, derzufolge das imperialistische Monopol "wie jedes andere Monopol unvermeidlich die Tendenz zur Stagnation und Fäulnis" erzeugen und jeden Antrieb zum technischen Fortschritt wie zur Vorwärtsbewegung insgesamt auslöschen wird. (LW:281) Jene Fäulnis wird Lenin zufolge personalisiert durch das "außergewöhnliche Anwachsen der Schicht der Renter, d.h. Personen, die vom 'Kuponschneiden' leben, Personen, die von der Beteiligung an irgendeinem Unternehmen völlig losgelöst sind, Personen, deren Beruf der Müßiggang ist", was in Verbindung mit der Kapitalausfuhr dem ganzen jeweiligen Land des Stempel des Parasitismus aufdrücke.(LW:281) Den hier aufgemachten Unterschied zwischen "Bourgois = Unternehmer" und "Rentier = Müßiggänger" halten wir für unsinnig und in der Tendenz für verschleiernd. Denn der größte Faulpelz von Rentier ist dem Wesen nach dem dynamisch agierenden Industriemanager gleich: Beide beziehen ihre Einkünfte aus diversen Investitionsquellen: Aktione, Spekulationsgewinnen, "normalen" Profiten usw. Und beide müssen Kapital akkumulieren, um nicht bankrott zu gehen. Die personalisierte Betrachtungsweise (inklusive der Ausmalung diverser aristokratischer Jagd- und Sportplätze, welche jenen Rentiers etwas Kurzweil zu bieten haben) läßt den "Feind" zwar beinahe sinnlich vor Augen treten, wird dem komplizierten Geflecht von Macht, Herrschaft und Ökonomie, welches sich weniger durch Individuen denn als Institution und Struktur darstellt, wohl kaum gerecht.

In welchem Verhältnis stehen bei Lenin "Imperialismus" und "Sozialismus"?

Der zuvor aufgezeigte Schwachpunkt seiner Imperalismusanalyse macht deutlich, daß Lenin die neuen Entwicklung weniger mit den Methoden der marxistischen Ökonomie sondern in erster Linie vom Standpunkt des Politikers und Visionärs aus untersucht hatte. Für diesen Ansatz gab es Gründe. Die spätestens 1905 einsetzenden Unruhen seiner Epoche hatten sich im 1. Weltkrieg kulmuliert. Lenin gehörte damals zu den wenigen, die jenen Krieg als Fanal für den Sturz der Verhältnisse aufgreifen und ausnutzen wollten. Mit Textstellen wie z.B. seiner Aufforderung, den Imperialismus als Übergangsform zur neuen Gesellschaft zu begreifen, bei der "privatwirtschaftliche und Privateigentumsverhältnisse eine Hülle darstellen, die dem Inhalt bereits nicht mehr entspricht und die daher unvermeidlich in Fäulnis übergehen muß, wenn ihre Beseitigng künstlich verzögert wird" (LW:308) - erweist sich auch dieser Lenintext zumindest partiell als sozialistische Agitationsschrift.

Doch auch in dieser Hinsicht bereitet uns der Text inzwischen größte Probleme. Einerseits wegen des dahinterstehenden Verständnisses von Revolution; andrerseits wegen der widersprüchen Rollenzuweisung für das Proletariat. Lenin schwärmt von den imperialistischen Verhältnissen als angeblich vergesellschaftete: "Die Konkurrenz wandelte sich zum Monopol. Die Folge ist ein gigantischer Fortschritt in der Vergesellschaftung der Produktion. Im besonderen wird auch der Prozeß der technischen Erfindungen und Vervollkommnungen vergesellschaftet. Das ist schon etwas anderes, als die alte freie Konkurrenz zersplitterter Unternehmer, die nichts voneinander wissen und für den Absatz auf unbekanntem Markte produzieren. ... Die Produktion wird vergesellschaftet, die Aneignung jedoch bleibt privat." (LW:209) Daß dieser Begriff von "Vergesellschaftung" mit den Produzenten des Reichtums und deren politische und soziale Lage nichts am Hut hat, ist evident. Lenins Schwärmerei bezieht sich auf die Größenordnungen, in denen - Emanzipation hin, Emanzipation her - die Ausbeutung der Ressoucen nunmehr kalkuliert, die globalen Absatzchancen der daraus gefertigten Produkte berechnet und die Verteilung dieser Produkte "auf Dutzende und Hunderte von Millionen Konsumenten nach einem einzigen Plan" nunmehr gemanagt werden kann. (Vgl. LW:209; 308)

Daß später derlei Art von Revolutionsverständis in den Stamokap-Theorien der Jusos seine zeitgemäßen Ausdruck fand, ist so verwunderlich nicht. Es ist aber wohl gerade jener sozialdemokratisch zu bezeichnende Revolutionsgedanke, der Lenin dazu brachte, die Differenz zwischen Kapitalismus und Imperialismus ebenso zu über- wie jene zwischen Imperalismus und Sozialismus zu unterschätzen.

Unsere letzten kritischen Anmerkungen beziehen sich auf die Rolle, die Lenin dem in imperialistischen Verhältnissen lebenden Proletariat zuweist. Auch hier sind Lenins Aussagen eher vage, zuweilen auch widersprüchlich. Während er einerseits die Existenz von Trusts, "die fähig wären, sich um die Lage der Massen zu kümmern, anstatt Kolonien zu erobern" in den Bereich süßlicher Reformphantasien verweist (LW:265) sieht er andrerseits in Anlehnung an die Aussagen von Engels über die Arbeiterklasse in England eine materiell hervorgerufene "Verbürgerung eines Teils des englischen Proletariats" und konstatiert, daß ein anderer Teil des Proletariats sich von Leuten führen läßt,

"die von der Bourgeoisie gekauft sind oder zumindest von ihr bezahlt werden." (LW:289) An anderer Stelle betont Lenin, daß der Imperialismus "die ökonomische Möglichkeit zur Bestechung der Oberschichten des Proletariats (schafft)" und dadurch den Opportunismus "nährt, formt und festigt." Jene Oberschicht wird von Lenin nicht als eine kleine Elite betrachtet, sondern als jener Teil der Arbeiterklasse, der "die Mitgliedermasse der Genossenschaften und Gewerkschaften, der Sportvereine und der zahllosen religiösen Sekten liefert." (LW:287)
Offen bzw. als Problem ausgeklammert bleibt bei Lenin die Frage, warum der Imperialismus nicht auch die Überzahl seines Proletariats bestechen und ihm so das Motivs für den sozialistischen Umsturz aus der Hand nehmen kann. Jener Widerspruch (der Imperalismus bedeutet ökonomisch den Übergang zu einer höheren Gesellschaftform, versöhnt aber zugleich große Sektoren der Arbeiterklasse mit der kapitalistischen) wird bei Lenin nicht einmal als solches behandelt. Stattdessen wird mit einem recht allgemein gehaltenen Hinweis auf die aktuellen politischen und ökonomischen Bedingungen eine zunehmende Unversöhnlichkeit zwischen Opportunismus und den "allgemeinen und grundlegenden Interessen der Arbeiterbewegung" lediglich postuliert :"Der Opportunismus kann jetzt nicht mehr in der Arbeiterbewegung irgendeines Landes auf eine Lang Reihe von Jahrzehnten hinaus völlig Sieger bleiben, so wie es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in England gesiegt hatte; in einer Reihe von Ländern ist der Opportunismus vielmehr reif, überreif geworden und in Fäulnis übergegangen, da er sich als Sozialchauvinismus mit der bürgerlichen Politik restlos verschmolzen hat." (LW:290) Wenn auch Lenin in seinem Vorwort von 1920 (also vier Jahre später) anerkennt, daß jene "Schicht der verbürgerten Arbeiter" als Hauptstützt der II. Internationale bereits zugleich zur "sozialen ... Hauptstütze der Bourgeoisie" konvertiert ist und damit seinen o.g. Behauptung zumindest impliziet revidiert, bleibt doch zu konstatieren, daß Lenin die neue ökonomische Situation mit dem alten, unter anderen Bedingungen entstandenen Revolutionsmodell mit der Arbeiterklasse als revolutionärem Subjekt zu harmonisieren sucht. Vielleicht war sich Lenin des appellativen Charakters seiner Einschätzung sogar bewußt. Zumindest ist festzustellen, daß in den Jahren 1916 (bzw. noch stärker im Jahr 1920) eine Alternative zu jenen Hoffnungen kaum vorhanden war.

Imperialismus u. Antiimperialismus

Imperialismus

1. Der Imperialismus des freien Weltmarktes ist der historische Nachfolger des imperialen Kolonialismus. Dessen Phase endete, nachdem in den 20gern und 40gern Versuche gescheitert waren größere ökonomische Einheiten durch Okkupation neben und gegen die kolonialen Großmächte aufzubauen, mit der formalen Unabhängigkeit der meisten ehemaligen Kolonien.
Der Übergang zum Imperialismus des freien Weltmarktes beruhte gegenüber dem Kolonialismus auf der veränderten ökonomischen Grundlage des sich internationalisierenden Kapitals. Insgesamt werden in dieser Phase Bedingungen für die freiere Bewegung mobilen privaten Kapitals hergestellt. In der Folge gleichen sich die Produktionsprozesse an und der Arbeitsmarkt wird weiter internationalisiert. Dennoch behält das Kapital eine staatliche Herkunft und behält den Namen und die Protektion staatlicher Macht. Die Aneignung fremder Mehrwertproduktion fand nicht mehr durch die verschiedenen Formen der Ausplünderung und der formalen Fremdherrschaft, sondern durch den generellen Zwang zur Teilnahme am Weltmarkt als Staat unter Staaten statt.
2. Die Etablierung des Imperialismus des freien Weltmarktes hatte eine vorhergehende Phase zur Voraussetzung (ab dem 16 Jhd. entwickelten sich nach Wallerstein Kernländer) in der eine strukturelle Abhängigkeit von Peripherie und Zentren geschaffen wurde. Dt., die USA und Japan haben jeweils eine nachholende Entwicklung hinter sich. Rund um den Globus wurde die prinzipielle Überlegenheit der westlichen Produktivkräfte und die globale militärische Interventionsfähigkeit, als eine Bedingung für den freien Weltmarkt erprobt und gesichert.
3. Die Etablierung des Imperialismus des freien Weltmarktes war an die stärkste staatlich organisierte Macht (USA) gebunden, die zum vordersten Souverän aufgestiegen war und den freien Weltmarkt in der besonderen politischen Konstellation nach dem 2. Weltkrieg durchsetzte. Der Imperialismus des freien Welthandels ist auch nach seiner Etablierung nicht von seinen staatlichen Akteuren zu trennen, die kapitalistischen Interessen treten in internationaler staatlicher Politik auf. Supranationale Organisationen regeln einzelne Fragen oder sind Bündnisse zu Erstarkung in der innerimperialistischen Konkurrenz oder zur generellen Sicherung der Verwertungsbedingungen. Das gilt auch für globale Wirtschaftsabsprachen (GATT) und überregionale Integrationsbestrebungen (EG; NAFTA Kanada+USA+Mexiko; ASEAN).
4. Die staatliche Verfasstheit ist auch eine Bedingung für die formale Unabhängigkeit der Länder der Peripherie. Die mehr oder weniger vorhandene Souveränität der einzelnen Staaten ist ein anderer Ausdruck für die in Konkurrenz geschaffene und bedingt veränderbare Staaten-Hirarchie.
5. Nur in der staatlich organisierten Form des Imperialismus des freien Weltmarktes ist die unterschiedliche Entwicklung der jeweiligen Teile mit den allergrößten Unterschieden zwischen den Metropolen und den Peripherien möglich. Die Gewalt dazu ist staatlich organisiert. Grundsätzlich widersprechen sich wirtschaftliche Entwicklung, Wachstum und Verelendung nicht. Entwicklung und Unterentwicklung sind zwei Seiten des selben historischen Vorgangs. Das Kapital will die uneingeschränkte Verfügung über möglichst alle akkumulations-

fähigen Recourcen und deren jeweiliger Erscheinungsform auf dem Weltmarkt, sei es in Form von Rohstoffen, Arbeitskraft, Waren, Geld, Kredit oder speziellen Verwertungsbedingungen die es politisch durchzusetzen gilt. Sowohl der Zugang zu den Märkten als auch die Gewinnbedingungen werden zwischenstaatlich geregelt. Die Konkurrenz unter den Staaten findet nicht nur auf der Ebene der Verwertung und der Produktivität sondern auch um den möglichst privilegierten Zugang zu Recourcen statt.

6. Das Staaten neu entstehen oder verschwinden widerspricht nicht ihrer generellen Bedeutung, sondern steht für Veränderungen im Souveränitäts-Gefüge

7. Die kapitalistische Weltökonomie hat nicht wie von Marx und Anderen erwartet, die gesellschaftliche Entwicklung der Peripherien gebracht. Zwar wurden die traditionellen Produktionsweisen großflächig zerstört und der verbliebene Rest bei gesicherter Gewinnaussicht gelegentlich durchkapitalisiert, allerding wurde nicht oder nur zeitweise oder nur regional oder nur ausnahmsweise ein nennenswertes Niveau der Akkumulation erreicht. Wo dies der Fall war entstanden untereinander auf dem Weltmarkt konkurrierende Entwicklungsökonomien, die dann auch wieder durch die Bedingungen auf dem Weltmarkt storniert wurden.

8. Die Souveränität der einzelnen Mitglieder und Zwangsmitglieder des freien Weltmarktes bezog und bezieht sich ausdrücklich nicht auf die Wahl des ökonomischen und politischen Systems. Es ist keine grundsätzlich neue Qualität wenn die vordersten Souveräne die Bedingungen für weltweite militärische Interventionen jetzt durch die United Nations deklarieren lassen.

9. Der bewaffnete Realsozialismus war als einziger in der Lage Peripherie-Staaten oder einem Teil davon, beim Austritt aus der kapitalistischen Verwertungslogik unter imperialistischem Vorzeichen zu helfen und die ökonomischen und politischen Interventionsmöglichkeiten des Imperialismus an den Außengrenzen stark einzuschränken. Teilweise waren dabei auch vom Realsozialismus relativ unabhängige Wege vorstellbar besonders wenn gleichzeitig eine relative Öffnung für Kapital und Interesssen westlicher Länder stattfand.

10. Auf der Fähigkeit des Realsoz. Grenzen zu ziehen, gründeten die Theorien einer unabhängigen (nationalen) Entwicklung an der Peripherie und der Abkopplung vom Weltmarkt als eine nationale Entwicklungperspektive. Die Denationalisierung wurde dabei angeprangert.

11. Der Realsoz. stand auf dem Globus mit dem Imperialismus in der Systemkonkurrenz, die zur Blockkonfrontation wurde. Die Vorstellung von der nationalen Befreiung im Sinne des Abkoppelns vom Imperialismus und die Vorstellung des Sprunges aus der Unterentwicklung in den Sozialismus, hingen eng mit dem Ausbleiben der Revolutionen in den Metropolen und der Erwartung des erstarkenden Realsozialismus als Weltmacht zusammen. Inzwischen sind die Länder der 3. Welt mit ihrem Anspruch auf selbstständige nationale oder antiimperialistischen Entwicklung gescheitert, wie auch die 2. Welt mit der nationalen Entwicklung zum Sozialismus.

12. Bei der Konkurrenz des RgW mit dem Westen hat dieser sich am Entwicklungsstand der Produktivkraftentwicklung des Westens orientiert. Insofern ging es beim "Aufbau der Sozialismus" um eine, teilweise erfolgreiche, nachholende Entwicklung. Es wurden aber keine der Wertvergesellschaftung

völlig unterworfene Gesellschaften geschaffen (z.B. kein Arbeitsmarkt).
13. Imperialismus ist nicht als staatenlose totale Weltökonomie vorstellbar, die sich von den Staaten emanzipieren kann und diese im Sinne einer weltweit fortschreitenden Vergesellschaftung aufhebt. Im Gegenteil ist der Imperialismus an die Form staatlicher Konkurrenz auf dem Weltmarkt gebunden. Auch wenn das Kapital erst auf dem Weltmarkt seine Bestimmung findet, ist eine kapitalistische Aufhebung der Staaten erst möglich, wenn eine Nivellierung der Verwertungsbedingungen stattfinden würde oder die Gewaltverhältnisse wesentlich weiter verdinglicht werden würden. Die Verdinglichung bis an den Punkt kann ich mir nicht vorstellen und die Nivellierung würde krisenhaft die Verwertungsbedingungen überhaupt in Frage stellen. Der funktionierende Imperialismus des freien Weltmarktes ist auf die organisierende Gewalt der Staaten angewiesen, wobei die jeweilige Struktur des Staates als liberaler Rechtsstaat, autoritärer Sozialstaat, militärdiktatorischer Verfassugsstaat, wirtschaftsliberale Diktatur usw. recht verschieden sein kann. Der Imperialimus in der Krise ist erst recht auf die staatlichen Potentiale angewiesen. Wenn bei Krisenhaften Desintegrationen des Weltmarktes keine im Sinn des Kapitals handelnden Gewalteinheiten (Staaten) vorhanden sind, könnte die Herrschaft des Kapitals insgesamt gefährdet sein.
14. Die Arbeitskraft muß für die Verwertung bei hoher organischer Zusammensetzung des Kapitals, in einem Zustand vorgefunden werden, die eine intensive Ausbeutung erlaubt. Die dazu notwendigen sozialen Komponenten und deren Begrenzungen können lediglich staatlich organisiert werden. Das weltweite Überangebot an Arbeitskraft macht die Ausbeutung der Arbeitskraft unter staatlicher Gewalt notwendig und schafft sie nicht ab.
15. Die Annektion der DDR ist ein Beispiel für die Verquickung von Nationalismus und Imperialismus. Die dt. Einheit ist ebenso ein Weltmachtprojekt wie die 12er-EG unter maßgeblichem deutschem Einfluß. Dies wird auch noch einmal deutlich indem der dt. Nationalismus mit der Außenpolitik verbunden ist und sich stark über die tatsächliche oder vermeintliche weltpolitischen Stellung Dt.'s definiert.
16. Der an die staatliche Verfasstheit gebundene Imperialismus des freien Weltmarktes wird auch in Zukunft staatliche Konkurrenz, Konkurrenz der Arbeit, Ausgrenzung, Besitzstandwahrung usw. hervorbringen und damit Erscheinungsformen des Nationalismus, Chauvinismus, Rassismus usw..

Antiimperialismus

1. Die Existenzform von Gesellschaften als Staaten ist eine durch den Imperialismus weltweit gesetzte Bedingung. Da sich ein Teil der Souveränität auch aus der Legitimation als Staat ergibt, ist dies auch mit einem unterschiedlichen Maß an Nationalismus verbunden.
2. In der BRD war die Unterstützung von Befreiungsbewegungen stark von der leninschen Imperialismusanalyse und der entsprechenden Gegrauchsanweisung z.B. der DDR beeinflußt. Auch die Vorstellung vom Aufbau des Sozialismus aus der Unterentwicklung, nach der nationalen Revolution, hat hier ihren Zusammenhang.
Die 3 Welten Theorie ging grundsätzlich davon aus, daß der Imperialismus von der Peripherie her beseitigt werden muß.
Beide sahen in den Schwächsten Gliedern des Imperialismus seine größten

Widersacher und erwarteten, daß die Rev. in einem zurückgebliebenen Land eher stattfinden werde. Die Vorraussetzungen verlagerten sich von der objektiven Reife einer Gesellschaft auf die Ebene der subjektiven Reife der revolutionären Bewegung.

3. Die Postulierung der antiimperialistischen Rolle, der nationalen Befreiungsbewegungen im Trikont, war stark an die Avantgardefunktion der SU oder Chinas geknüpft. Antiimperialismus wurden im Wesentlichen zu einer Fage des Kampfes um die Erringung und Ausgestaltung der Staatsmacht durch die fortschrittlicheren Elemente und damit der Stärkung eines antiimperialistischen Blocks.

4. In einigen Ländern hatten die siegreichen Befreiungsbewegungen spektakuläre militärische und soziale Erfolge. Daran schloß sich bald die Erkenntnis an, daß die revolutionären Umwälzungen im Trikont den Zerfallsprozeß der imperialistischen Länder nicht bedingen sondern wenn überhaut nur beschleunigen können. Gegenüber den Befreiungsbewegungen selbst wurde oft eine Haltung der unverbrüchlichen Solidarität eingenommen, die sich auch auf die nationalistischen und vom Volksmythos beseelten Inhalte bezog.

5. Bei den Klassenauseinandersetzungen und Verteilungskämpfen in den Trikontländern werden antiimperialistische und nationale Töne auch weiterhin eine Rolle spielen, ohne daß dies freilich mit einer sozialistischen Revolution verwechselt werden könnte.

6. Die Abschaffung des Abhängigkeitsverhältnisses vom Imperialismus und eine Sozialisierung der nationalen Reichtümer, ist immernoch eine Voraussetzung zur Sicherung der Grundbedürfnisse für die Mitglieder der Gesellschaft eines Trikontlandes, allerdings darf dieser Prozess des Selbstschutzes, nicht mit dem Aufbau einer materiellen Basis für den Sozialismus verwechselt werden oder im Sinne einer Fortsetzung einer abgebrochenen autonomen Entwicklung zum Selbstzweck deklariert werden.

7. Die Befreiung der Welt von Kapitalherrschaft und Imperialismus ist kein Projekt der (zeitweisen) Abkopplung einzelner Staaten, noch den Zugriff eines Metropolenstaates einzuschränken. Antiimperialismus ist aber der Versuch dem realexistierenden Imperialismus konkret zu begegnen. Antiimperialismus bleibt an reale Kämpfe geknüpft, sein Inhalt muß anhand der jeweils stattfindenden Entwicklungen ausgemacht werden. Er hat für den letzten Erfolg zur Voraussetzung, daß der Imperialismus in den Metropolen stark geschwächt ist oder fällt. Ein Schritt wäre dann auch die Abschaffung der Staaten.

21. 5. 92, hG

Imperialismus

Berlin. 3. 5. 92

1. Seit 45 läuft Imperialismus nicht mehr als Besetzen und anschließendes Ausbeuten von Territorien ab. Dem bereiteten die USA mit der weltweiten Setzung der Freiheit der Konkurrenz ein Ende. Die Nation mit dem produktivsten Kapital mehrte mit jedem ablaufenden Geschäft ihren Nationalreichtum. Denn selbst wenn Ami-Kapital gerade nicht beim Geschäftemachen dabei war; wurden die Geschäfte doch in Dollars getätigt, so daß dem Ami-Staat bei der Strapazierung seines Nationalkredits ganz andere Freiheiten eröffnet waren als seinen Konkurrenten. Dem ist bekanntlich ja nicht mehr so. Japan und Europa machen den USA die ökonomische Weltherrschaft streitig. Die Gleichung mit dem Freihandelsweltherrscher geht nicht mehr so auf, und es ist noch nicht ausgemacht, ob sich bei der Ausgestaltung von Imperialismus ein paar Geschichten grundsätzlich ändern. Doch vorerst steht die Bestimmung des bestehenden Imperialismus an, aus der dann auch etwaige kommende Ubergänge abzuleiten sind.

2. Die Trennung von Staat und Kapital ergibt sich nicht erst durch sein Wirken über die Ländergrenzen hinweg. Da die Konkurrenz der Kapitale um den gesellschaftlichen Durchschnittsprofit das Interesse am Ausbau der allgemeinen Grundlagen der Akkumulation aufgrund der unmittelbaren Gebundenheit der Investitionen für die Durchsetzung in der Konkurrenz nicht hat, dieselbe Basis aber nichtdestotrotz notwendig ist, braucht es einen vom Kapital getrennten ideellen Gesamtkapitalisten, der das allgemeine Interesse der Klasse, das an ihren Mitgliedern keine Realisierung finden kann, in die Tat umsetzt. In dieser Notwendigkeit der Gewalt für Herstellung der Infrastruktur, Entwicklung der Wissenschaft, Ausbildung der Arbeitskräfte, Unterdrückung von Arbeitskämpfen, wenn dieselben systemsprengende Tendenzen bekommen, und. nicht zuletzt, die Einrichtung des Sozialstaats zur Erhaltung der Ware Arbeitskraft (welche er gegen das Kapital durchsetzen muß), besteht ihre Selbständigkeit und damit ihre Souveränität gegen die Interessen der Gesellschaftsmitglieder. Um dem Fortgang der gesellschaftlichen Ausbeutungsprinzipien dienen zu können, darf sie nicht mit dem Partialinteresse der Ausbeuter zusammenfallen. Und der Staat dient auch dem Proletariat, solange dieses nicht vom Zweck der Verwertbarkeit seiner Arbeitskraft für es und das Kapital abläßt eben entsprechend den Erfordernissen der Produktionsweise. Alle Interessen im Inneren sind dem Zweck der Kapitalvermehrung unterworfen und das Kapital hat sich alle Reichtumsquellen zu seinem . Mittel gemacht. Auswärtige Herrschaftsgebiete halten aber poteniellen Kapitalreichtum parat. Damit dieser nutzbar gemacht werden kann, anerkennt der bürgerliche Staat seinen Kontrahenten, um mit ihm den Austausch von Produkten und Kapital zu regeln.

3. Im Innern stellt der bürgerliche Staat mit der Einrichtung und dem Schutz des Geldes die Klassengesellschaft her. Nach außen hin muß er um das Maß der Geschäftsfähigkeit seines Geldes mit anderen Souveränen streiten. Vom Ausgang

hängt nämlich das Gelingen der Geschäfte seiner Kapitalisten ab und die Konvertibilität der Währungen, also der Stand der Wechselkurse gemäß der Geldnachfrage im Ausland, also der vorausgegengenen gelungenen Geschäfte war keineswegs Ausgangspunkt der jetzigen Weltwirtschaftsordnung. Wechselkursmanipulationen, also gespaltene Wechselkurse bei Ländern, die in der Konkurrenz unterliegen, verraten, daß der wechselseitige Nutzen des freien Geldhandels Ideologie ist. Dito der Freihandel, den die USA nach dem Krie~ verfügten. Seine bedingungslose Durchführung hätte den Ruin ganzer Volkswirtschaften zur Folge, deren Akkumulation ja gerade dafür Grundlage sein soll, daß das eigene.Kapital auswärts vorankommt. So wird der Protektionismus als Ausdruck dieses Widerspruches solange zugelassen, wie der ihn anwendende Souverän trotzdem das gemeinsame Prinzip der Benutzung und Benutzbarkeit weiterhin anerkennt. Das Ideal der wechselseitigen Instumentalisierung ohne Verlierer und den Willen der Siegernationen in der Konkurrenz, ihren Fortschritt auszubauen, drücken dann auch die hundertfachen GATT-Zollsenkungsrunden aus. Und gleichzeitig unterhält man einen IWF, der die Verlierernationen mit gemeinsam gewährten Krediten ausstattet, die sie anstacheln, ihre weitere Tauglichkeit für die anderen sicherzustellen. Neuerdings wird man damit zunehmend knausriger, da der Nutzen einer immer größer werdenden Reihe von Ländern sich auf das Dasein von Rohstofflieferanten beschränkt.

4. Die Staaten etablieren zusammen einen Weltmarkt, also die Internationalisierung des Geschäfts, aber nur um die eigene Nation voranzubringen. So ist jeder Staat um seines Nationalismus willen Internationalist. Wem dient er denn da, seinem nationalen Kapital? Schon bei der Identifizierung von nationalem Kapital hat man Schwierigkeiten. Jedes größere Kapital tummelt sich nach Möglichkeit auf der ganzen Welt, je nachdem, wo es seine günstigste Verwertungsmöglichkeit entdeckt. Der Kapitalist ist
der geborene Internationalist, ihn interessiert nur der Mehrwert. Der Staat sieht die Sache da schon eingeschränkter. Auf seinem Territorium soll die Verwertung stattfinden, da er davon dreifach profitiert. Die Unternehmen haben ihren-Gewinn zu versteuern, getätigte Geschäfte nach außen hin sowie Kapitalimport haben die feine Wirkung, daß er sich wegen der steigenden Nachfrage nach seinem Geld und dessen daraus resultierender Härte auch zunehmend international verschulden kann und so seinen Gewaltapparat ausbauen kann. Und drittens kann er auch vom Lohn der angewandten Proleten noch mal ordentlich abkassieren. Noch jeder ausländische Kapitalist ist ihm recht. weil er Mittel ist, seine Souveränität gegen andere Souveränitäten auszubauen. Und darauf ist er scharf, denn Souveränität bedeutet höchste Gewalt.

5. Höchste Gewalt kann es per definitionem nur eine geben. Das macht den Imperialismus so heikel. Die Souveränität ist sich indes nicht Selbstzweck. Der Erfolg der Ökonomie, die sie beaufsichtigt, ist die Entwertung von Kapital auswärts. Die wiederum ruft den betroffenen Staat auf den Plan, der Abwehrmaßnahmen betreibt, die das erfolgreiche auswärtige Kapital beschneiden. Der Staat des erfolgreichen Kapitals, der diesen Erfolg längst als Rechtsanspruch auf auswärtigen Reichtum definiert hat, setzt seine Gewalt als das entscheidende Mittel ein. Zuerst mal als Drohung, und wenn die nicht zieht . . . Er offenbart damit, daß kein Geschäft ohne die Dazwischenkunft von Gewalt zustandekommt. In der Anerkennung geloben. sich die Staaten Gewaltverzicht,

weil jeder von der Durchsetzung seiner Ökonomie ausgeht. Bei nachhaltiger Schädigung ihrer Okonomie wird klargestellt, daß die Gewalt immer die Bedingung des Geschäfts war. Und jeder der Kontrahenten hat seinen Militärapparat in Friedenszeiten nach Kräften ausgebaut. Der Staat besteht so sehr auf der Notwendigkeit des Geschäfts, daß er im Krieg die Profitrechnerei ganz beiseite läßt. Er emanzipiert sich vom Profit, läßt schon auch mal wesentliche Bereiche der nationalen Volkswirtschaft über den Jordan gehen, wenn dadurch der Sieg der Nation erreichbar scheint. Aber auch wenn er sich im Krieg absolut setzt, verläßt er nicht den Standpunkt des Dienstes am Kapital. Denn in der Zeit danach pflegt und hegt er sein Kapital in dem gerade durchgesetzten aussichtsreicheren Rahmen.

6. Der positive Bezug auf die anderen Souveräne hat einen Widerspruch, dessen aktuelle Verlaufsform sich der Einrichter der Weltwirtschaftsordnung gar nicht gewünscht hat. Die andeien Staaten nach dem Krieg hochzupuschen, um ihre Akkumulation für das Fortkommen der eigenen zu benutzen, beinhaltet eben auch die Möglichkeit, daß die anderen richtiggehend konkurrenzfähig werden. Die Möglichkeit wurde Wirklichkeit aufgrund einiger günstiger Voraussetzungen fÜr die BRD/EG und Japan: keine Weltherrschaftskosten, zuerst mal keine und später relativ geringere Aufrüstung als die USA, daher weniger Abzüge von der Akkumulation und in der BRD, Japan und Italien ein anspruchsloses, faschistisch erzogenes und allzeit nationalistisches Proletariat. Die Konkurrenten sind angetreten, um den Dollar vom Thron zu holen und machen dabei Fortschritte.

7. Bleibt den USA der Rückgriff auf ihre Gewalt. Nur, wie läßt diese sich als ökonomisches Mittel einsetzen? Im Golfkrieg wurde das demonstriert. Da verlangten die USA die Unterordnung unter ihre Oberhoheit und ließen auf der Basis dem Materialismus der anderen Staatsgewalten freien Lauf. Und sie führten ein Novum in den modernen Imperialismus ein: sie verlangten Tribute, Geldleistungen von den Nutznießern ihrer Drecksarbeit. In den Nachfolgemonaten erklärten sie so manch früheres Waffengeschäft ihrer Konkurrenten als für die Zukunft unmöglich. Und mit Kuweit setzten sie einen . Absatzmarkt nur für sich ein. Der Widerspruch bleibt allerdings: der ökonomische Erfolg ihrer Konkurrenten ist mit dem Einsatz ihrer Gewalt nur schwer relativierbar. Und ob sie ihre Waffengewalt dazu einsetzen, den Weltmarkt aufzulösen und ganze Regionen als ihre expliziten Verfügungsgebiete setzen, bleibt abzuwarten. Bislang setzen sie noch auf die freie Konkurrenz und gehen davon aus, daß sie da wieder die Nummer 1 werden.

8. Die GATT-Verhandlungen, das Klagen über zunehmenden Protektionismus , die Erfolge der EG und Japans schaffen so die modernen Kriegsgründe. Daß diese aktuell und die nächsten Jahre nicht gegeneinander , sondern gegen aufmüpfige Dritte wahrgenommen werden, dafür sorgt schon das überlegene US-Militär. Diese Gemeinheit wollen die Europäer aber nicht auf sich sitzen lassen, so daß die laufend stattfindenden Kriege schon mal wieder um einen großen erweitert werden können.

LENINS IMPERIALISMUSKRITIK

Lenins Grundfehler ist, die Trennung von Staat und Kapital nur als formelle zu

nehmen, den Staat also als Erfüllungsgehilfen des Kapitals zu kennzeichnen: "Die Rettung liegt im Monopol - sagten die Kapitalisten und gründeten Kartelle, Syndikate und Trusts; die Rettung liegt im Monopol - sekundierten die politischen Führer der Bourgoisie und beeilten sich, die noch unverteilten Gebiete der Welt an sich zu reißen. "(LW I/830)

1. Bei der Konstruktion des Monopols verwandelt Lenin den Umstand , daß es in der Konkurrenz sehr auf die Kapitalgröße ankommt in die Behauptung, die Kapitalgröße würde die Konkurrenz abschaffen. Dabei negiert er den Sachverhalt, daß Preis und Marktabsprachen ein Mittel der Durchsetzung in der Konkurrenz sind und sie daher allesamt nur zeitweiligen Charakter zur Ausbootung eines Dritten haben. Die Marx' sche Ableitung ist, daß sich die Durchschnittsprofitrate so herstellt, daß aktuell freies Kapital sich in die Branchen wirft, in denen die Profitrate gerade sehr hoch ist. Lenins Idee würde die Außerkraftsetzung des Wertgesetzes bedeuten. Das Ideal des Kapitals, Monopolpreise zu setzen und damit den gesamten Profit auf sich zu vereinigen, gibt Lenin als den Kapitalismus bestimmende Realität aus.

2. Wenn er davon spricht, daß "durch das Riesenausmaß der Betriebe die Konkurrenz erschwert(!) und die Tendenz (!) zum Monopol erzeugt wird" 1 (LW I/777), so gesteht er ein, daß die Konkurrenz wirkt und es das Monopol nur ausnahmsweise und für kurze Zeit geben kann. Das ganze löst sich darin auf, daß die Minimalgröße des Kapitals, um in der Konkurrenz mitzuhalten, laufend steigt.

Finanzkapital:
Aus der Trennung von Finanzkapital und industriellem Kapitpl macht Lenin einen Gegensatz. Zwar ist das Finanzkapital vom industriellen genauso abhängig wie umgekehrt - die einen brauchen Kredite und müssen einen Teil ihres Profits dafür an die Banker abgeben, die anderen dürfen aber auch ihre Zinsforderungen nicht in den Himmel wachsen lassen, weil sie sonst mit der Ruinierung des industriellen Kapitals die Basis ihres Profitanspruchs zerstören - aber Lenin ergreift Partei für das industrielle Kapital, das vom raffenden erwürgt wird. "Eine Handvoll Monopolisten" unterwirft "sich die Handelsund Industrieoperationen der ganzen Gesellschaft", "indem sie durch die Bankverbindungen, Kontokorrente und andere Finanzoperationen die Möglichkeit erhält, sich zunächst über die Geschäftslage der einzelnen Kapitalisten genau zu informieren, dann sie zu kontrollieren, sie durch Erweiterung oder Schmälerung , Erleichterung oder Erschwerung der Kredite zu beeinflussen und schließlich ihr Schicksal restlos zu bestimmen. '(LW I/792) Die für den alten Kommunisten verwunderliche Parteinahme für die Knechte innerhalb der herrschenden Klasse ergibt sich aus der Übernahme der seit Engels üblichen Zweiteilung des Kapitalismus in seine gute gesellschaftliche Seite (gesell. Produktion) und seine schlechte Seite der privaten Aneignung. (Vgl. LW I/784 und 848)Nach dieser Lesart produziert die Industrie dann immerhin noch nützliche Lebensmittel(das Wie, die Ausbeutung, und das Geld als Hinderungsgrund der Konsumtion derselben spielt dann keine Rolle mehr), während das Finanzkapital bloß noch auf den Profit scharf ist. Den Kapitalismus für die Entwicklung der Produktivkräfte , die die Sozialisten dann bloß noch übernehmen müßten, zu loben, ist auch nicht gerade die vernünftigste Erfindung der Revisionisten, da die Art der Entwicklung ja schließlich die gute alte Ausbeutung ist. Und endlich beweist auch nicht die Statistik Lenins Gedanken: er hat "ausführlich statistische

Daten angeführt, die zeigen, bis zu welchem Grade das Bankkapital angewachsen ist usw. und worin eben das Umschlagen von Quantität in Qualität , das Umschlagen des hochentwickelten Kapitalismus in Imperialismus seinen Ausdruck gefunden hat. '(LW I(839)

IMPERIALISMUS = Monopole + Finanzkapital nach außen

"Die Kapitalisten teilen die Welt nicht etwa aus besonderer Bosheit unter sich auf, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen; dabei wird die Teilung 'nach dem Kapital', 'nach der Macht', vorgenommen - eine andere Methode der Teilung kann es im System der Warenproduktion und des Kapitalismus nicht geben. "(LW I/827)

I. Die Kapitalisten teilen die Welt nicht unter sich auf. Schon die Benutzung der zwei Begriffe Macht und Kapital müßten Lenin darauf verweisen, daß man die Selbständigkeit der Macht zu erklären hat. Er mogelt sich daran vorbei, indem er behauptet, sie wären letztendlich dasgleiche. (zur korrekten Bestimmung des Verhältnisses siehe den Anfang des Papiers).

2. Die Konzentration des Kapitals'zwingt' es nicht nach außen zu gehen. Auf S. 816 sagt Lenin, daß der nicht vorhandene "Spielraum für 'rentable' Betätigung" die "Notwendigkeit der Kapitalausfuhr" begründet. Es muß aber bereits jede Menge Kapital akkumuliert worden sein, alle Reichtumsquellen im Inneren dem Kapital erschlossen sein, wenn es sich daran macht, auswärtige Reichtumsquellen auch seinem Verwertungsbedürfnis zu unterwerfen. Nicht die Not der Nichtverwertung, sondern die gelungene Verwertung ist also der Ausgangspunkt des Gangs nach außen. Zum anderen: warum sollte
das Kapital auch auf ein bestimmtes Territorium beschränkt bleiben? Das ist aber unterstellt, wenn man seine Expansion aus nicht mehr bewältigbaren Widersprüchen ableitet. Einer der Grundfehler Lenins ist, die Abschaffung des Kapitals nicht mit der Schädigung der Arbeiter, sondern (auch) damit zu begründen, daß es an seinen Widersprüchen krepiert, fault und die Geschichte auf es spuckt.

9. Kriegführen tut der Staat. Da ist kein Geschäft der Monopole in Sicht. Im Krieg setzt sich der Staat als Bedingung der Akkumulation absolut und spannt das Geschäft für den Erhalt seiner Souveränität ein, damit. . . (siehe Anfang des Papiers)

Imperialismus II

Dritt-Welt-Staaten und Befreiungsbewegungen

Die Stellung eines Staates bemißt sich an der erfolgreichen Durchführung von Kapitalakkumulation auf seinem Territorium. Ehemalige Kolonien sind da angetreten, das Vorbild der jeweilig sie beherrscht habenden Nationen zu erreichen. Nachzuholende Entwicklung (in Sachen Kapitalismus) hieß das Ding, und das allseits bestaunte Resultat heute ist, daß sich diese Staaten von den kapitalistischen Mutterländern wegentwickeln, die Kluft zwischen arm und reich immer tiefer werde und wie die ideologischen Verbrämungen sonst noch heißen. Vorhersehbar war der Status Quo allerdings schon:

1. ist es kein Zweck des Kapitals, Regionen zu entwickeln. In ihnen Geschäfte zu machen, wenn welche zustandekommen schon, aber das ist was anderes als aus

dem Land etwas zu machen.
2. macht das Kapital seine Geschäfte bevorzugt dort, wo die Grundlagen des Geschäftemachens bereits entwickelt sind: als da wäre Inftrastruktur, qualifizierte Arbeitskräfte, die sich auch ordentlich was gefallen lassen (am besten in einer DGB-Gewerkschaft organisiert) und vor allen Dingen viele, viele auszubeutende Klassenbrüder. Denn nur dann, wenn andere auch erfolgreich akkumulieren, gehen im nennenswerten Umfang Waren über die Grenzen, nur dann wird die jeweilige Landeswährung in einem Ausmaß nachgefragt, das die Härte derselben garantiert. Kein Kapitalist kann es leiden. wenn der heißersehnte Profit plötzlich dadurch verlorengeht, daß eine Geldsumme wegen Inflation über Nacht halbiert wird. So ein scheues Reh will halt nicht immer vom Inflationsgedonner aufgescheucht werden.
3. Deswegen sind billigste Löhne in der Regel kein Grund für das Kapital, sich in Afrika usw. anzusiedeln. Sie sind nur ein Kalkulationsposten, relativieren sich allzu oft an den anderen und ziehen - wenn überhaupt - nur bei solchen Industrien, in denen wenig für Maschinen verauslagtes Kapital einem großen für Arbeitskräfte verauslagtem Kapital gegenübersteht. Und auch dort sind die Grenzen der Anwendung eng gesetzt: die jeweils neu entwickelte Maschinerie macht dadurch, daß sie gewaltige Stückzahlen in einer bestimmten Zeiteinheit ausstößt, selbst die fleißigsten und billigsten Arbeiterhände an veralteter Maschinerie schnell überflüssig.
4. Die Staatsgewalten des entwickelten Kapitals spendieren keine Milliardenkredite dafür, daß da unten Industrie nachgeholt wird. Dafür wissen sie zu genau, daß man konkurrenzfähiges Kapital nicht über Kredit als creatio ex nihilo erschafft. Sie kennen den Reichtum dieser Staaten in gestalt von Rohstoffen sehr genau und für deren Exploration und Exploitation legen sie ein paar Milliarden an.
5. Dem widerspricht nicht, daß die Banken und ihre Staaten dahin den Schuldenberg ausgeliehen haben. Schließlich hatten die Banken in den 70iger Jahren jede Menge Geldkapital zu verleihen, wobei sie nicht vergessen haben, den Schuldnern in ihre Guthabenbücher zu schauen. Da standen die Rohstoffe und die Herrschaft von Millionen ja auch irgendwie wirtschaftenden Untertanen positiv zu Buche. Und auch wenn die Summe häufiger uneinbringbar geworden ist, haben sie immerhin schon ein Vielfaches der anstehenden Summe als Zinsen eingetrieben (mit dem Staat vor Ort als Inkassogesellschaft). Die uneinbringbare Summe selbst garantiert den ausschließlichen Zugriff auf den dortigen Reichtum zumindest für das nächste Jahrhundert. Da wird der Kolonialismus blaß vor Neid.
6. Der Idealismus einer echten Souveränität wie in den Metropolen ist somit beim ganz freien Zulieferer und Schuldenbezahler angelangt. Das spart dem Imperialismus eine Menge Geld für die Kolonialarmee. Die ortsansässige Herrschaft leistet die ökonomische Ausbeutung -soweit sie interessant ist.- und die dazugehörige Unterdrückung ganz aus eigenem Antrieb, weil sie in der Weltordnung was werden will. Und da muß sie sich halt mit ihren Mitteln bescheiden. Der Ausgangspunkt ist somit der Endpunkt. Eine Herrschaft, die keine tatsächlich kapitalistische Grundlage hatte, der es also an den Mitteln einer 'anständigen' Herrschaft gebrach, ist am Ende ihrer Versuche, es mit Kredit und exzessivem Drucken von den jeweiligen Pesos den bewunderten starken Staaten nachzumachen, eben wieder der Rohstofflieferant von anno dazumal(gewonnen haben sie den stattlichen Schuldenberg). Ohne materielle Grundlage bleibt die Souveränität formell, da sie zu nicht mehr in der Lage ist als die eigenen

Untertanen im Notfall zusammenzuschießen.
7. Und oft noch nicht einmal dazu. Aber dann gibt´s Entwicklungshilfe, die entweder gleich in Waffen ausgezahlt wird oder auch mal mit der Auflage eines Straßenbaus oder des Anlegens einer Bananenplantage. Da die bürgerliche Ökonomie mit ihrer Werttheorie wenigstens bei den Rohstoffen recht hat -Angebot und Nachfrage bestimmen ihren Preis.- und der Anbieter immer auf Teufel komm raus verkaufen muß, weil es seine einzige Einkommensquelle ist, stellen sich die terms of trade immer sehr gemein gegen die Rohstofflieferanten. Es gibt so etwas wie ein Preisdiktat der Nachfrager, die im Zweifelsfall immer noch ein paar Anbieter ins Spiel bringen können. So reichen die nationalen Reichtümer für die Aufrechterhaltung der Staatsgewalt oft nicht aus, so daß der Imperialismus bei genauester Überwachung durch den IWF häufig noch was drauflegen muß. Der Rohstoffpreis ist damit eine politische Rente für die Staatsgewalt. die ihren Abtransport organisiert und die Entwichlungshilfe verdient wohl auch keinen anderen Namen.
8. Die Existenz der realsozialistischen Staaten, also eines antiimperialistischen Blocks, bedeutete für die Drittweltstaaten eine größere Manövrierfähigkeit. Die Sorge des Westens, die SU könne den einen oder anderen Staat aus seinem Block herauslösen, fügte der ökonomischen Determiniertheit der Entwicklungshilfe einen politischen Grund hinzu, so daß dieselbe im allgemeinen etwas üppiger ausfiel als heutzutage. Wer sich aber allen Ernstes von der Bündnispartnerschaft mit der SU eine bessere nationale Entwicklung erhoffte, wurde durch die angeheuerten Söldner von UNITA und Company vom Westen eines besseren belehrt.
9. Der Irak durfte als erster nach der SU-Ära mit der Doktrin der bedingten Souveränität Bekanntschaft machen. Obwohl er die Weltordnung nicht im geringsten angreifen, sondern nur seinen Platz in ihr ein bißchen verbessern wollte, wurde ihm das als Ungehorsam seinem Herrn gegenüber ausgelegt. Um den Ölpreis allein ging es dabei sicher nicht; schon eher um ein Exempel, was den Souveränitätsspielraum und die Funktionalität von Drittweltstaaten betrifft. (Sowas ist auch ein Grund Europas, in der NATO zu bleiben).

BEFREIUNGSBEWEGUNGEN

nennen sich komischerweise immer national. Sie bekennen sich damit zum Grund ihrer Aktivität: die Gleichsetzung von den Untertanen der Herrschaft und ihr selbst ist ihnen eine Selbstverständlichkeit. Obwohl die Leute bei ihnen auch schuften, kommt kein rechter Staatsreichtum zustande, weil er immer von Konzernen ins Ausland verfrachtet wird. Der Staat stellt daher auf der Welt nichts dar, die Politiker werden rumgeschubst und die heimischen Massen verhungern. Das Wort 'würdelos' fällt da oft, und es wird eine regelrechte Revolution veranstaltet, um die Herrschaftsschicht, die sich prostituiert, die Nation verrät und dabei noch in die eigenen Taschen wirtschaftet, zu stürzen. Marxisten haben dagegen zwei Einwände:
1. Die Befreiungsbewegungen treten für das Volk an. Aber nicht, um die Gleichung Dienst an der Herrschaft = eigener Nutzen zu bestreiten. An der Existenz von Herrschaft fällt ihnen nicht auf, daß ein Gegensatz die Gesellschaft beherrscht, (ökon.) Ausbeutung im Spiel ist und das Volk deswegen notwendig ein für fremde Zwecke benutztes ist. Im allgemeinen wollen sie noch nicht einmal das Kapitalverhältnis abschaffen, sondern allenfalls die Privatwirtschaft mit staatlichen Abteilungen ergänzen.
2. wollen sie deswegen von der pol. Ökonomie ihrer Länder nichts wissen. Lieber

glauben sie daran, daß der Weltkapitalismus seinem eigenen Ideal entspräche, daß lauter gLeichberechtigte Nationen zu ihrem wechselseitigen Vorteil wirtschaften könnten, so die Unterentwicklung überwunden werden könnte usw. Sicher, die Oligarchien wirtschaften in ihre Tasche. Daß dieser Tatbestand aber einen Unterschied zu den entwickelten kap. Ländern hergibt, wo auch allemal immer mehr von den Arbeitern getrennter, also abstrakter, eben Kapitalreich~um produziert wird. wollen sie nicht festhalten. Darin offenbart sich ihr doppelt bescheidenes, aber nichtsdestotrotz unrealisierbares Ideal: bei allseitiger Nutzung der Reichtumsquellen den Leuten eine Arbeit und irgendwie auch ein Auskommen zu gewährleisten und in dieser Weise den Nationalreichtum mehren. Die BRD steht gedanklich Pate und die Mitgliedschaft in der sozialistischen Internationalen unter dem Genossen Brandt wird häufig angestrebt. Unrealisierbar ist dasIdeal, weil Kapitalakk. eben auch seine Hinterhöfe braucht. Zum Beleg ein paar stellvertretende Zitate von Commandante Gaspar Ilom von der OPRA, Teil des URNG in Guatemala aus dem ak 339, S. 9.

"Wir kämpfen für eine wirkliche, partizipative Demokratie mit sozialer Gerechtigkeit. Wir sind uns klar, daß die Gesellschaftsstrukturen in unserem Land außerordentlich ungerecht sind und verändert werden müssen. Aber die sozialen Projekte, die wir vorantreiben, müssen durchführbar sein. Es geht nicht um Wünsche oder schöne Forderungen, sondern um umsetzbare Pläne. Guatemala (!) hat schon zuviel Armut und Hunger durchgemacht, um lediglich hehre Wunschvorstellungen zu formulieren. Hier haben wir eine große Verantwortung. "

Der Zweck 'soziale Gerechtigkeit' ist nur in Ausbeutungsverhältnissen denkbar. Die schwere Arbeit berechtige zu Teilhabe am Reichtum. Das Wort Gerechtigkeit ist schließlich dem Wort Recht entlehnt und meint im Zusammenhang mit 'sozial' das Recht auf Existenz von seiner Arbeit. Die Selbstbestimmung des gesellschaftlichen Lebens und planvolle Gestaltung der Wirtschaft nach den eigenen Bedürfnissen ist damit nicht gemeint. Das hält der Commandante für "schöne Forderungen", aber leider 'nicht umsetzbare Pläne'. Ausgerechnet der Hunger und die Armut der früheren Jahrzehnte geben ihm das Argument dafür ab, keine Abschaffung der Ausbeutungsverhältnisse zu wollen, sondern eine gerechte Gestaltung der "ungerechten Gesellschaftsstrukturen". Die alte sozialdemokratische Logik, daß Ausbeutung verschwindet, wenn der Ausgebeutete nicht immerzu am Hungertuch nagt, ist der Inhalt des Ideals der sozialen Gerechtigkeit. Jedem nach seinem Stand. Man beachte übrigens, wer da gelitten hat: "Guatemala". Demokratie meint konsequenterweise auch nicht, daß die Leute das Sagen haben (mit Recht, das wäre dann wirklich keine mehr): "Wir wollen die Institutionen des Landes demokratisieren. Dabei sollen die Zivilisten die wichtigste Rolle spielen, was auch bedeutet, daß der Armee nur noch eine spezielle Aufgabe zukommt. Die Armee soll nicht mehr allgegenwärtig und allmächtig sein, wie das heute der Fall ist. Es geht auch um ganz elementare Dinge, die vielleicht hier so selbstverständlich sind. daß die Bedeutung des Kampfes, den wir in Guatemala darum führen, vielfach nicht erkannt wird: zum Beispiel das Recht auf Leben, Organisations- und Bewegungsfreiheit. " Daß einem die Herrschaft zusichert, daß sie einen nicht gleich abknallt, wenn man die Stimme gegen sie erhebt, wird zum Inhalt des Kampfes. Das möchte man einerseits verstehen, weil das ja ne Menge wert ist, wenn's laufend passiert. Nur, läßt sich das eine Herrschaft wirklich abringen, wenn sie Feinde hat, die ihr ans Leder wollen? Und, wenn man schon gegen sie das Gewehr in die Hand nimmt,

warum dann nicht bis zu ihrem Sturz? Und, wenn sie dann schon mal gestürzt ist, warum dann wieder eine Verfassung mit Recht auf Leben, wenn man doch niemanden an den Kragen will? Es sei denn, man läßt die ökon. Gegensätze am Leben, dann werden die hier aufgeführten Rechte wirklich nicht überflüssig. Ansonsten ist einfach festzuhalten, daß die freiwillige Zustimmung zur Herrschaft, also die Demokratie, wie sie in den Metropolen existiert, zu den Ausbeutungsverhältnissen in der Drittwelt nicht paßt, weil das totale Elend die Massen 'unreif' hält. Nationale Befreiung meint die Befreiung der Nation. Internationale Märkte, IWF und Weltbank bleiben dann auch die Bedingungen der Nation. Oder mit den Worten des Commandante: "Für uns ist der Inhalt des Konzeptes 'Nationale Befreiung' befreierisch und konstruktiv (!). Es enthält weder chauvinistische noch fremdenfeindliche Inhalte. Unser Verständnis der Welt und unsere Suche nach Kontakten und Partnern sind so breit angelegt, wie es nur möglich ist. Wir vertreten keinen engstirnigen (!) Nationalismus, der uns einengt. Wir gehen vielmehr von den Notwendigkeiten und Bedürfnissen unseres Volkes aus und suchen nach Möglichkeiten, diese zu befriedigen." Die Frage im ak zu dieser Antwort lautet: Aber sieht der URNG nicht gewisse Grenzen dieses Konzepts(der nat. Befreiung)? Die Aufstandsbekämpfung ist international, ebenso die Märkte und wirtschaftliche Gremien wie IWF und Weltbank. " Die "Suche nach Partnern" ist nicht nur im Ausland breit angelegt. Die jetzt in Guatemala bekämpfte herrschende Klasse zählt auch dazu, unter einer Bedingung: "Mehr als um die Diskussion geht es darum, die Bedingungen für eine Wiederversöhnung zu schaffen. Man kann nicht an eine Wiederversöhnung, die nach einem Krieg notwendig ist, denken, wenn nicht geklärt ist, was überhaupt passiert war. Ein Kennzeichen der Repression in Guatemala ist deren mysteriöser Charakter. " Zugestanden, die Befreiungsbewegungen sind in einer prekären Lage. Zugestanden, nicht alle Bewegungen argumentieren so 'konstuktiv' wie dieser Commandante. Nur, was der Inhalt nationaler Befreiung ist, das Befangensein im Ideal bürgerlicher Herrschaftverhaltnisse, wie sie in den Metropolen anzutreffen sind, die Nichtunterscheidung von Herrschaft und den von ihr Betroffenen bei der Nation, das alles, glaube ich, kann man schon als Gemeingut dieses Konzeps festhalten.

Noch 2 Abschlußbemerkungen:

Das Attribut sozialistisch legten sich die Befreiungsbewegungen aus doppeltem Grund gerne zu. 1. standen sie in Opposition zur unsozialen Ausgestaltung der Weltordnung, wenn schon nicht zu ihr selbst. Sie fanden sie schlicht ungerecht und wollten sie sozialer. 2. Unterstützung konnen sie sich nur von einer Macht erhoffen, die das Wort sozialistisch in ihren Initialen führte. Daß der Kampf für eine gerechtere Ausgestaltung der Weltordnung, insbesondere für eine geringere Benachteiligung von Nationen nicht sozialistisch genannt zu werden verdient, ist das eine. Das andere ist, daß die diversen afrikanischen und islamischen Sozialismen sich ja längst zu ihrer nationalen Grundlage bekannt haben. Eingeräumt sei hier. daß es auch einige Bewegungen gab, die das sozialistisch über das national stellten. Cuba, vielleicht die Sandinisten, vielleicht Vietnam, vielleicht der Sendero Luminoso. Nur, selbst wenn die Linke sich in ihrer Unterstützung auf diese Fälle beschränkt hätte, wäre sie auch hier Illusionen aufgesessen. Weder haben diese Länder die ökon. Grundlage, sich zu befreien, noch (und das wiegt viel mehr) ist es ihnen jemals erlaubt worden. Der Imperialismus hat mit seiner geballten Macht Vietnam in die Steinzeit zurückgebombt, die Sandinisten durch Dauerüberziehung mit Krieg am Ende

durch Wahlen zu Fall gebracht und wenn irgendwo eine Befreiungsbewegung erstarkt, werden im Kongress oder im Bundestag ein paar Millionen mehr für das Regime draufgelegt. Denkbar wären viele kleine Albaniens mit bescheidenem Lebensstandard natürlich schon, nur ist der Imperialismus eben ein Weltsystem, das keine andersartigen Inseln leiden mag. Also stünde ein endgültiger Abschied von den 'Trägern der Revolution in der Dritten Welt' an. Der Beweiszweck von KBW, KB und antiimperialistischen Gruppen war eh' immer daneben: denn niemand fand das Kapital in den Metropolen dadurch stürzenswerter, weil es in der Peripherie bekämpft wurde (selbst Letzteres war noch eine linke Interpretationsleistung). Es wäre gescheiter gewesen, von dem Idealismus Abstand zu nehmen, daß die Leute für den Sozialismus sein müßten, weil sie geschädigt werden. Denn nur dieses Bedürfnis nach "Volkseinheit" führte, da sie hier nicht so recht zustandekam, zu ihrer Auffindung in der Dritten Welt und zur entsprechenden Begeisterung für die vielen Schläge, die dem Imperialismus da unten tagtäglich beigefügt wurden.

Zwei Hinweise:

Die hier vorliegenden Texte sind nicht alles, was von unserer Seite zu der Debatte über den Imperialismus zu berücksichtigen ist.
Zur Auseinandersetzung mit Joachim Bruhn (Initiative sozialistisches Forum Freiburg) sei noch einmal auf einen Text von be., Hamburg, hingewiesen, der sich in den Bahama - News Nr.1,[illegible]findet. Es wäre sicher nützlich, sich diesen Text noch einmal zu Gemüte zu führen.
Zu den Texten aus Berlin ist zu sagen, daß sie eigentlich eine Art Vorarbeit darstellen. Beabsichtigt war ein gemeinsames Papier einer Arbeitsgruppe, das allerdings aus Zeitmangel nicht mehr fertig geworden ist. Vorsorglich sei also schon einmal darauf hingewiesen, daß aller Wahrscheinlichkeit nach auf dem Berliner Bundestreffen ein weiteres Papier vorgelegt werden wird, das dann nach Möglichkeit (d.h. falls niemand was dagegen hat) mündlich noch einmal vorgestellt werden soll.

Festung Europa unter deutscher Führung

Zur "Freiheit" des Welthandels und der kapitalistischen Konkurrenz : Kommt ein "Ultra – Imperialismus" ?

Deutsche in Europa vorn

Der offenbar gewordene Streit der EG–Staaten um den innerjugoslawischen Konflikt, der mit dem politischen Sieg der von der deutschen Regierung vertretenen Linie der Anerkennung der Separatisten Slowenien und Kroatien endete und die übrigen Länder auf die deutsche Linie zwang, hat jetzt auch nach außen die wirtschaftliche und politische Führungsrolle der BRD dokumentiert.
Die Ergebnisse des EG–Gipfels in Maastricht haben zwar die von Kohl so sehr propagierte "politische Union" in die fernere Zukunft verschoben, aber dies entspricht auch dem gegenwärtigen deutschen Kapitalinteresse. Dafür wurde aber dessen aktuelles Interesse an der Etablierung einer unabhängigen europäischen Zentralbank nach deutschem Muster durchgesetzt. Diese Entscheidung verschafft dem deutsch dominierten europäischen Kapital den Hebel, mit dem die störenden politischen Strukturen und die damit verbundenen, von Adam Smith einst als "listenreiche Geschöpfe" bezeichneten Politiker, die im Wahlkampf schon mal die "währungspolitische Vernunft" des Kapitalinteresses sausen lassen, ausgehebelt werden können, wenn es darauf ankommt. Mit diesem Beschluß sind auch die 1987/1988 von Frankreich und Italien gestarteten Versuche, sich gegen eine "Überstabilitätspolitik" der Deutschen Bundesbank zu wenden und damit deren Position als bereits existierende quasi Europäische Zentralbank und die DM als Leitwährung für das Europäische Währungs–System zu erschüttern, endgültig ad acta gelegt worden.
War die Europäische Zentralbank ursprünglich noch als Endpunkt des Prozesses zur Schaffung einer Währungsunion gesehen worden, so soll jetzt der "monetäre" Integrationsfortschritt über die rasche Etablierung dieser Institution erzielt werden, d.h. sie wird als Voraussetzung begriffen, um dieses Ziel gegen die politischen Zentren der nationalen monetaren "Souveränitäten" durchzusetzen.
Der plötzliche Wechsel in der Perspektive auf eine rasche innerwesteuropäische Angleichung ist ein Reflex auf die veränderte Weltlage nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus. Der EG–Kapitalismus kann, jetzt eindeutig unter deutscher Führung, den Konkurrenzkampf mit den beiden anderen kapitalistischen Imperien, Japan und USA, nur dann bestehen, wenn sein ökonomischer Kern vereinheitlichte Interessen, Strukturen und Prinzipien (notfalls auch gegen "eigene" nationale Regierungen) vertritt.
In dieser Situation scheint sich auch die französische Ökonomie der deutschen Führung zu unterwerfen. Der Trend zur Anpassung an die "deutsche" Geld– und Wirtschaftspolitik, das Abrücken von "nationaler" keynesianistischer Industrie– und Beschäftigungspolitik hin zu einer geldpolitischen "Stabilitätsgemeinschaft" und damit verbundener "wirtschaftlicher Konvergenz" ist seit Mitte der 80er Jahre unübersehbar, auch wenn die "Grande Nation" noch Schwierigkeiten mit ihrer schwindenden "nationalen Größe" hat.

Der "Europäische Wirtschaftsraum" (EWR) – ein Zwiebelringimperium

Fünf der sechs Gründerstaaten der 1957 gegründeten "Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft"(EWG), nämlich die BRD, Frankreich, Niederlande, Italien und Luxemburg (dazuzurechnen ist inzwischen Dänemark, das Gründungsmitglied Italien wird nun zur Peripherie gerechnet) bilden auch heute noch den wirtschaftlich potenten und politisch bestimmenden Kern des neuen Imperiums "Europa". 1972 traten dann die ehemaligen Efta–Länder Großbritannien, Irland und Dänemark bei. Der dann in EG (Europäische Gemeinschaft) umgetauften Wirtschafts– und Währungsgemeinschaft traten in den 80er Jahren noch Griechenland sowie Spanien und Portugal bei. Zu den von der EG erreichten 326 Millionen Einwohnern kommen inzwischen durch den 1991 vereinbarten Kooperationsvertrag über einen "Europäischen Wirtschaftsraum"(EWR) mit den restlichen westlichen Efta–Staaten wie Schweden, Norwegen, Schweiz und Österreich nochmals 59 Millionen Menschen. Der EWR ist jetzt mit einem Bruttoinlandprodukt von 5,5 Billionen Dollar mit großem Abstand der größte integrierte Wirtschaftsraum der Welt, der sich nach der kurzfristig angestrebten Vollmitgliedschaft der Ex–Efta–Staaten noch vergrößern wird. Österreich, aber auch die Schweiz sind schon jetzt besonders stark mit der BRD–Ökonomie verbunden, was deren Gewicht als Zentrum nochmals verstärken wird.
Zwar ist es das EG–Ziel, daß sich der Waren–, Kapital–, Dienstleistungs– und Personenverkehr so frei entfalten kann wie innerhalb der Einzelstaaten selbst. Doch sind manche gleicher als gleich, denn das Wohlstandsgefälle innerhalb der EG hat sich eher erhöht. Das Pro–Kopf–Einkommen in der BRD liegt viermal höher als z.B. in Portugal oder Griechenland. Eine Politik der ökonomischen und sozialen Angleichung würde "zu Lasten" der BRD–Bevölkerung gehen. Die Vollendung der Währungsunion soll daher zunächst auf die EG–"Kernländer" beschränkt bleiben, die "Peripherie"–Länder, zu denen neben Italien, Spanien, Portugal und Griechenland auch Großbritannien und Irland gezählt werden, dürfen daher zunächst "draußen" bleiben.
Man kann auch davon ausgehen, daß noch–nicht–EG–Länder wie Schweden, Österreich oder Schweiz eher in diesem exklusiven Club der Reichen aufgenommen werden als z.B. Spanien.
Wegen dieser Exklusivität der reichen und entwickelten Staaten bleibt auch die demnächst erweiterte EG/EWR ein Verbund von kooperierenden Nationalstaaten mit einem vom "Kern" unter deutscher Führung dominierten "gemeinsamen" Binnenmarkt und der Währungsunion. Die "Eingliede-

ung" der Ex-DDR in den EG-Markt schafft dabei keine besonderen Probleme, sieht man einmal davon ab, daß durch die Hochzinspolitik der Deutschen Bundesbank als quasi Europäische Zentralbank die EG den DDR-Anschluß notgedrungen mitfinanziert.

Angesichts der neuen globalpolitischen Konstellation und des machtpolitischen Vakuums nach dem Ende der Systemauseinandersetzung stehen jetzt der schnelle Anschluß der ehemals "neutralen" kapitalistischen Staaten und die mittelfristige Notwendigkeit der ökonomischen und politischen Anbindung (nicht "Integration") der "ostmitteleuropäischen" Staaten wie CSFR, Ungarn, Polen auf der ordnungspolitischen Tagesordnung.

Dieses Dreigestirn soll durch eigene Außenhandels- und Kapitalverkehrsliberalisierung die ersten Schritte für optimale Kapitalverwertungsinteressen tun. Wobei das Industrieland CSFR wohl das interessanteste Billiglohn-Hinterland Westeuropas im "Osten" ("Die neue Werkbank für Deutschlands Industrie", so die "Wirtschaftswoche") bilden dürfte, entsprechende Investitionen von Mercedes-Benz und anderen Konzernen zeugen davon.

Von "Marshallplänen" für diese Länder ist man aus Gründen der Kräftekonzentration für die zwischenimperialistische Auseinandersetzung aber ganz weit entfernt. Stattdessen wird diesen empfohlen, einen gemeinsamen ostmitteleuropäischen Markt als Freihandelszone, Zoll- und Zahlungsunion zu bilden und auf spätere Assoziationsverträge mit der EG dann zu hoffen, wenn für diese kein ökonomisches Risiko mehr besteht, also die vollständige kapitalistische Transformation vollzogen sein wird. Dafür wird ein Zeitraum von mindestens 10 Jahren zugrundegelegt. Dennoch ist davon auszugehen, daß durch diesen Prozeß im Osten die CSFR, Ungarn und Polen, im Süden die euro- regionalisierten Slowenien und Kroatien den ökonomischen Status, den Irland oder Portugal innerhalb der EG einnehmen, durchaus erreichen können.

Den äußeren Ring des EG-Imperiums sollen folglich die armen osteuropäischen Länder der zerfallenen Sowjetunion, Rest-Jugoslawiens, Rumänien, Bulgarien, Albanien bilden, deren Funktion vor allem in der Sicherung der Energie- und Rohstoffressourcen für das EG-Zwiebelringimperium bestehen wird.

Die Weigerung der deutschen und europäischen Banken, den GUS-Staaten (trotz des Verbots der Kommunistischen Parteien) Umschuldungsaktionen zu gewähren, und ihr Bestehen auf den mit der SU geschlossenen Vereinbarungen auch unter den neuen Bedingungen, macht klar, daß aus diesen Ländern Dritte-Welt-Staaten mit hoher Verschuldung und entsprechend günstigen Bedingungen des "Erwerbs" der Rohstoffressourcen werden sollen.

Diese Politik schließt nicht aus, sondern ist Voraussetzung dafür, daß in diesen Regionen "besondere Wirtschaftszonen" als Protektorate eines entfalteten Kapitalismus entstehen sollen, die das Bild des nicht erreichbaren, aber erstrebenswerten High-tech-Kapitalismus vermitteln. So sind die Pläne für eine autonome deutsche Wolgarepublik mitten in Rußland schon soweit gediehen, daß bereits unter der Leitung von Staatssekretär Waffenschmidt (nomen est omen?) im Innenministerium eine entsprechende Planungs- und Arbeitsgruppe besteht und man sich die Unterstützung der Industrie (mal wieder Mercedes!) bereits gesichert hat. Das Wirtschaftsmagazin "Forbes"(!) berichtet ganz unverblümt: "Zwei Millionen Rußlanddeutsche, die bisher auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR leben, sollen sich hier ansiedeln. Als aufstrebende deutschstämmige Wirtschaftselite mit preußischen Tugenden könnten die Wolgadeutschen als Vorposten des Kohl-Reiches in Rußland Pionierarbeit leisten". Die ganze Aktion hat aber noch den schönen Nebeneffekt, daß die zwei Millionen "Deutschstämmigen", deren Vorfahren vor über 200 Jahren ausgewandert sind und die in den GUS-Ländern auf gepackten Koffern sitzen, davon abgehalten werden sollen, ihr in der BRD juristisch verbrieftes völkisches "Heimatrecht" in Anspruch zu nehmen. Ob sie sich durch die "Aktion Wolgarepublik" von der Reise ins gelobte Land abhalten lassen, darf allerdings bezweifelt werden.

Die nachzuholende kapitalistische Modernisierung im östlichen Mittel- und Osteuropa wird vor diesem Hintergrund gebrochen bleiben und mit dem Verweis auf die ökologische Gefährdung eher auf die Verhinderung der Entwicklung einer umfassenden Warenproduktion im rohstoffreichen Osteuropa zielen. Trotzdem werden vor allem für risikoreiche und umweltbelastende Produktionstechniken diese Regionen durch die Möglichkeit des Sozial- und Öko-Dumpings, d.h. dadurch, daß soziale Leistungen und ökologische Normen der europäischen Kern- oder Peripherie-Länder hier nicht gelten, im Einzelfall interessant sein, ohne daß das ihre grundsätzliche Funktion ändern würde.

Auf keinen Fall aber soll eine industriepolitische Modernisierung dort die "ökologische Modernisierung" der High-tech-Produktion und der Produkte hier gefährden.

Hochtechnologie und Konkurrenz der Imperien

Mit dem Gesagten dürfte klar geworden sein, daß die wirtschaftliche Zukunft des aufstrebenden EG-Europas unter deutscher Führung, die Zukunft des "Neuen Imperiums", nicht im Osten liegt. Sondern dieses "Neue Imperium" bezieht die veränderte Welt in seine Bemühungen mit ein, um alle Kraft in eine globale und auf dem Weltmarkt möglichst mit Wettbewerbsvorteilen politisch abgesicherte Hochtechnologie-Wirtschaft zu stecken. Der Wirtschaftswissenschaftler Konrad Seitz, vom SPD-Strategen Peter Glotz zustimmend zitiert, hat das so ausgedrückt: "Unsere wirtschaftliche Zukunft liegt nicht im Osten, sie muß im erfolgreichen Wettbwerb mit den höchstentwickelten Nationen der Welt, somit Japan und Amerika, erkämpft und gesichert werden."

So gesehen kann ein zu starkes aktuelles "Engagement" gen Osten, das langfristig durchaus Sinn macht, dieses Ziel durchaus gefährden. Aus diesem Grund sagte z.B. der SPD-Fraktionsvorsitzende Klose im Bundestag: "Wir haben ein hohes Interesse daran, beim Wiederaufbau der durch den Kommunismus verwüsteten Länder Osteuropas zu helfen. Ich füge hinzu –ich denke, da sind wir uns einig– wir Deutschen sollten uns aber nicht überheben."

Die Imperialismen konkurrieren auf der Basis hochtechnologisch produzierter Waren um die Verbreitung ihres Anteils auf dem Weltmarkt. Nun sind aber die konkurrierenden Imperien auch finanztechnisch und ökonomisch miteinander in unterschiedlicher Weise verzahnt, wobei man berücksichtigen muß, daß dieses auch eine Voraussetzung bzw. ein (Zwischen-)Ergebnis des Konkurrenzverhältnisses selbst ist. So entfallen z.Zt. 60 % der US-Auslandsinvestitionen auf westeuropäische Industriestaaten, was aber angesichts der traditionellen Binnenmarktorientierung der amerikanischen Industrie wenig aussagt.

Typisch für die Stellung der USA, die sich bezeichnenderweise jüngst als "Antwort" auf die EG mit Kanada und Mexico (!) zu einer nordamerikanischen Freihandelszone zusammentat, ist, daß sie in den festgefahrenen GATT-Verhandlungen über ein allgemeines Handels- und Zollabkommen gegen den Agrarprotektionismus der EG kämpft, um ihre Agrarprodukte dort loszuwerden, nicht ihre Industrieprodukte.

Die EG, besonders Frankreich, wo die nächsten Wahlen vor der Tür stehen, weigert sich noch, die Agrarsubventionen um 36 % abzubauen und die Bauern der "Kern-EG" in die Rente zu schicken. Die EG wird dieser Vereinbarung zugunsten des Freihandels ihrer Technologie- und Industrieprodukte am Ende wohl zustimmen, weil sie gleichzeitig ein kostspieliges Zuschußsystem abbaut, mögen die französischen und deutschen Bauern noch so schreien. Die USA werden nach dem Abschluß dieses angestrebten Agrar-Abkommens aber mit den Agrarländern der ganzen Welt (auch des ehemaligen Ostblocks) auf dem europäischen Markt konkurrieren müssen, während der europäische Airbus dann einen der letzten industriellen Sektoren, auf dem die US-Industrie noch führend ist, nämlich die Flugzeugindustrie, leichter verdrängen kann. Dazu kommt, daß die tiefe Krise der US- Ökonomie vor allem im Zurückbleiben der Produktivkraftentwickung gegenüber Japan und Europa bedingt ist, was wiederum damit zusammenhängt, daß die US-Wirtschaft traditio-

nell allein auf den kurzfristigen ökonomischen Erfolg des einzelnen Kapitaleigners ausgerichtet ist und die Politik des Staates dieser Linie folgt, während in Europa und Japan die staatlichen Eingriffe eher aus der Sicht des "ideellen Gesamtkapitalisten" erfolgen, also dem Kapitalinteresse nichts Äußerliches sind. Diese Strohfeuer-Ökonomie fand ihren stärksten Ausdruck in den Reaganomics, die nichts als ein Riesen-Staatsdefizit hinterlassen haben. Heute ist die Situation so, daß die US-Administration den Zinssatz gesenkt hat, um die Konjunktur anzukurbeln, das Kapital aber in die BRD wandert, weil dort hohe Zinsen gezahlt werden. So baut das US-Kapital den imperialistischen Konkurrenten auf, während die eigene Ökonomie den Bach runtergeht. Oder, wenn es gut läuft, von der japanischen oder europäischen Konkurrenz aufgekauft wird, weil sie derzeit billig zu haben ist.

Selbst der Golfkrieg entpuppt sich bereits ein Jahr nach seinem Ende als geliehene Führerschaft, denn er konnte ohne Fremdfinanzierung, vor allem durch Europa und Japan, gar nicht geführt werden. Sein ökonomischer Hintergrund war die Sicherung der amerikanischen Hegemonie über die Öl-, d.h. Energieressourcen für die US-Wirtschaft, gleichzeitig konnte diese Wirtschaft die notwendigen Ressourcen zur Führung des Krieges nicht selbst aufbringen. So blieben denn auch Widerstände der USA, die dem deutsch-französichen Plan einer eigenen WEU-Armee und militärischen Eingreiftruppe für Europa entgegengehalten wurden, eher rhetorisch. Die USA haben mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus ihre Dominanz über Europa verloren. Die Beliebigkeit, mit der z.B. jüngst von Lafontaine der weltweite Einsatz der Nato für diesen oder jenen Konflikt gefordert wurde, hat letztlich den gleichen Charakter wie seine vorhergehende politische Forderung nach ihrer Abschaffung.

Das Ende der US-Hegemonie zeigt sich auch in einem anderen Bereich. In ihrer Politik gegenüber der zerfallenden UdSSR haben sich die europäischen Führer, Deutschland und Frankreich, eher für den Erhalt einer geschwächten Zentrale und damit für Gorbatschow eingesetzt, während die USA mit der Figur Jelzin, der während des "Putsches" des Apparates am heißen Draht zur Bush-Regierung hing, die Einleitung der vollständigen Segmentierung der UdSSR (wie schon vorher bei den baltischen Ländern) am Ende erfolgreich betrieben haben. Diese Zersplitterung verschafft den geschwächten USA zunächst taktische globalpolitische Vorteile gegenüber einem kooperierenden Block EG-UdSSR. Im Falle Jugoslawiens war es dann wegen der unterschiedlichen Interessenlage genau umgekehrt.

Von beiden imperialistischen Standpunkten aus betrachtet werden die wegen der Einführung des Kapitalismus entstehenden "archaische(n) Klein-Nationalismen" (Glotz) und damit verbundenen "Klein-Diktaturen" und Klein-Diktatoren, die diese konfliktbeladenen Armutsläden der leeren Regale gewaltsam zusammenhalten, als unvermeidlich betrachtet und billigend in Kauf genommen. Dies geschieht vor allem deshalb, weil die damit verbundene illusionäre Konkurrenz der "Klein-Nationen" "als Volk" –d. h. unter Ausblendung der Klassenfrage und in Konkurrenz zu anderen "Völkern" von den Fleischtöpfen der EG profitieren zu können– die beste ideologische Grundlage für die Durchsetzung des kapitalistischen Prinzips unter diesen Bedingungen ist.

Denn der Nationalismus stoppt zumindest vorübergehend die soziale Auseinandersetzung in diesen Ländern zugunsten der imperialistischen Interessen, weil sich ja nicht soziale Klassen, sondern wegen der nationalistischen Unterwerfung unter das kapitalistische Prinzip "das ganze Volk" ausgegrenzt fühlt.

Für die Fälle, daß die Regimes in den "Klein-Nationen" ihr "Volk" nicht von einer Massenflucht in Richtung des Zentrums des Zwiebelrings abhalten können, wird ein militärisches Interventionspotential bereitgehalten, daß diese verzweifelten Versuche bereits vor Ort aufzuhalten vermag. Nicht zufällig wird im neuen Papier des Bundes"verteidigungs"ministeriums zur "Neugestaltung der Bundeswehr" gerade diese Funktion großgeschrieben. Aufgebaut werden sollen "im Frieden voll einsatzbereite und damit präsente Kräfte zur angemessenen Reaktion in Krisenlagen (...), um die politische Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit im Rahmen des Krisenmanagements national und bündnisgemeinsam zu erhalten." Dadurch soll die Bundeswehr "einen Beitrag zur Gestaltung gesamteuropäischer Stabilität durch Wahrung sicherheitspolitischen Gleichgewichts, vertiefte Zusammenarbeit mit den Verbündeten und enge Kooperation mit allen europäischen Partnern (...) leisten". Dies zielt auf das atomwaffenbestückte WEU-Projekt zwischen Frankreich und Deutschland. Ergänzend soll es aber auch möglich werden, "nach klarstellender Ergänzung des Grundgesetzes an kollektiven Einsätzen über die NATO hinaus im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen (...) teilzunehmen, soweit es deutsche Interessen und deutsche Mitverantwortung für die Wahrung von Frieden, Humanität und internationaler Sicherheit gebieten", also an Blauhelm-Aktionen für den guten Zweck teilzunehmen.

Die modernen Imperialismen brauchen, das zeigt dieses Beispiel (auch der andere große Verlierer des 2.Weltkriegs, Japan, hat inzwischen entgegen der ähnlich wie Deutschland lange verfolgten Politik bisheriger militärpolitischer Zurückhaltung auch der Beteiligung an "Blauhelmaktionen" zugestimmt), auf die neue Lage abgestimmte militärische Interventionsinstrumente, um die Interessen ihrer Imperien auch mit Waffengewalt absichern zu können. Trotzdem wird das System zum dominierenden werden, welches über die politischen Instrumente verfügt, ohne eigene militärische Interventionen auszukommen.

"Ultra-Imperialismus?"

Der Internationalismus des weltweit operierenden Kapitalinteresses hat sich nach dem Ende des Realsozialismus weltweit durchgesetzt. Seine in der Triade der Imperialismen unterschiedlich organisierten Variationen konkurrieren um die besten Kapitalverwertungsbedingungen und damit um die Vorherrschaft. Ob diese konkurrierenden Imperialismen wegen ihrer gegenseitigen ökonomischen, finanz- und informationstechnischen weltweiten Durchdringung, deren Voraussetzungen gerade durch die technologische Revolution (die dem Realsozialismus den Garaus gemacht hat) geschaffen wurden und werden, sich aus diesen Konkurrenzgründen letztlich auch auf eine militärische Auseinandersetzung untereinander zubewegen, muß nach dem Stand der heutigen Erkenntnisse eher bezweifelt werden. Der Imperialismus ist kriegerisch, aber wohl eher nicht gegeneinander, sondern gegen die aufmüpfige Peripherie. Insofern funktioniert das "warenproduzierende Weltsystem", das Robert Kurz beschrieben hat, bereits. Zur Vermeidung des von ihm prognostizierten "Chaos" stehen die militärischen Instrumente bereit. Die guten Perspektiven des deutsch geführten Euro-Imperialismus für Dominanz und Führerschaft innerhalb der Triade(EG, USA,Japan) ergeben sich vor allem aus dem totalen Erfolg dieses "westlich-industriellen Zivilisationsmodells" gegen den realsozialistischen Block, der gerade wegen seiner "zivilen" Strategien erzielt wurde.

Der Sozialdemokrat Karl Kautsky hat vor etwa 100 Jahren die falsche Theorie eines weltweiten "Ultra-Imperialismus" entwickelt, die von einem letztlich gemeinsamen Interesse und einer daraus abgeleiteten "Friedlichkeit" der imperialistischen Mächte ausging. Diese Theorie ist durch den ersten und vor allem den zweiten Weltkrieg, der ja auch ein Krieg um die Hegemonie der imperialistischen Konzeptionen war und die weltweite Durchsetzung des "amerikanischen Jahrhunderts" und den Beginn der jetzt beendeten Systemauseinandersetzung zum Ergebnis hatte, blutig widerlegt worden. Mit dem Ende der Systemauseinandersetzung ist aber das "amerikanische Jahrhundert" offensichtlich (durch den Erfolg der westeuropäischen Variante) beendet worden. Kautsky hatte historisch unrecht, doch was für die Bedingungen von gestern falsch war, kann heute richtig sein.

Ein neuer, "internationaler" und weltweit operierender, informationstechnologisch strukturierter und ökonomisch verwobener, nur der kalten Kapitalakkumulation verpflichteter High-tech-"Ultra-Imperialismus" unter deutsch-europäischer Führerschaft, brutal gegen die armen Ränder, aber "friedlich" in seinen scheinbar reichen Zentren, scheint heraufzuziehen.

Gruppe Nürnberger Sozialisten
Vortrag auf dem Kongress "Aktualität des Kommunismus" am 10.12.85

Befreiungsnationalismus: Ein falscher Antiimperialismus

Der Titel dieser Veranstaltung, "Befreiungsnationalismus - ein falscher Antiimperialismus", ist nicht ganz korrekt. Er unterstellt einen richtigen Antiimperialismus. Wir meinen aber "Befreiungsnationalismus und Antiimperialismus, da wir nach der Geschichte der Befreiungskämpfe der letzten 40 Jahre und der Entwicklung der befreiten Nationen daran zweifeln, ob "Antiimperialismus" als linker Begriff noch behauptet werden kann.

Detlev Hartmann (!) hat in seinem Vortrag am Samstag bereits die ökonomische Unmöglichkeit nationaler Befreiung angesprochen. Eine Kritik am Befreiungsnationalismus haben wir erweitert zu einer Kritik auch an regionalistisch-ethnisch sowie religiös begründeten Befreiungskämpfen. Gegenstand unserer Kritik ist zum einen die den Befreiungsbewegungen gemeinsame Begründungsstruktur, zum anderen die Argumentationsstruktur westdeutscher Solidaritätsgruppen mit antiimperialistischem, autonomem, grün-alternativem oder christlichem Hintergrund.

Wir möchten darüberhinaus betonen, daß wir keine Entwicklungsstrategien oder Perspektiven anzubieten haben, u.a. auch deswegen nicht, weil deren Bestimmungsgrundlage wegen der auffallenden, nicht zufälligen Übereinstimmung linker und rechter Positionen in vielen Fragen neu diskutiert werden muß.

Wenn in den siebziger oder achtziger Jahren ein Krach losbricht, irgendwelche Bewegungen von sich reden machen, Menschen über die Klinge springen, weiß der aufmerksame und geschulte Beobachter: aha, da ist der aufständische Geist am Rumoren, welcher besagt: keine Unterdrückung ohne Widerstand. Dieser Widerstand wird gleichmäßig identifiziert als kollektiver, und da die Form des kollektiven Widerstandes eingegossen ist als historische Form des VOLKES ist es natürlich immer und überall der VOLKSWIDERSTAND.

Partikulare und marginale gesellschaftliche Fragen werden geradezu antitheoretisch aufgewertet und die Betroffenen als die wahren Helden einer Sippe, Stämme, Regionen, Völker etc. aufgespaltenen Welt gefeiert. Die Versatzstücke heißen: "Freiheit, Unabhängigkeit, Autonomie, Identität, Selbst-sein und Befreiung von Fremden. Der Übergriff und das Ferment all dieser ungenauen wolkigen Versprechungen ist eine sehr materielle Sache: das VOLK.

Descartes forderte sein Zeitalter dazu auf, im Menschen, der der Abstraktion und mathematischen Physik fähig ist, den "Herrn und Eigentümer der Natur" zu sehen. Zumindest kann man sagen, daß er auf Grund seiner Vernunft zu ihrem Meister geworden ist. Und Vernunft heißt, daß ein Gedanke universalisierbar sein muß. Das ist die Grundlage der Naturwissenschaft.

Zur Beherrschung der physikalischen Welt imstande, entdeckt diese Vernunft aber zugleich, daß sie es mit der physikalischen Welt der Menschen ähnlich halten könnte. Und der so zur Revolution fähige Mensch schafft sich, dem neuen Wissen über die Herrschaftsmöglichkeit gemäß, die Vorstellung auch Herr und Eigentümer der Gesellschaft zu sein. Und zwar aufgrund der selben vernünftigen, also universalisierbaren Kriterien.

Diese Universalität der Rechte der Menschen gegen Natur und in der Gesellschaft war das Bekenntnis der französischen und amerikanischen Verfassung und

Revolution. Und keine Linke, keine Gesellschaftskritik, keine Forderung, daß der Mensch sein Schicksal in die Hände nehmen soll, wäre überhaupt denkbar ohne diese Vernunfts- und Universalitätstheoreme. Ihre Aufhebung wäre gleichbedeutend mit Beschränktheit und Unvernunft. Die aber schlägt heute wieder zu, als Regression weg von abstrakten Universalismus hin zum partikularen Konkretismus und wendet sich damit gegen alle Erkenntnisse, dank derer man universalisiert und vernünftig ist.

Allein von der Vernunft aus kann man die Apparate, die Technik und die Institutionen begreifen, die die archaische und natürliche Ordnung substituieren. So wie das Kind sich der Mutter entfremden muß, um erwachsen zu werden, müssen sich die Menschen wahrhaft entfremden, um wirkliche Beherrscher ihrer Welt zu werden. Genau diese Entfremdung aber ist es, die in einer merkwürdigen Verwirrung der Geister heute als Begriff des Negativen schlechthin erscheint, während seine logisch komplementären Gegensätze wie Harmonie, Bei-Sich-Selber-Sein, Identität etc. wieder zu ehren kommen.

Im Leben des Menschen so sagt man, ist die entscheidende politische Identität sein Volk, seine Herkunft, Sprache und seine Nation. Mit Hilfe von Mythologien, Traditionen, sowie der eingebildeten Zusammengehörigkeit wird das Kollektivsubjekt "Volk" souverän. Nach außen und nach innen. Als "Souveränität" verteidigt sich so der Anspruch realer Macht über alle Glieder dieser Einheit. Wer deshalb nur irgendeine Souveränität fordert, unterstellt mit dieser inhaltslosen Bestimmung schon ein natürliches Recht der geschichtlichen Zwangsgebilde Staat, Volk und Nation über die Einzelnen und gegen die anderen Zwangsgebilde. Dieses "Recht" wiederum erlaubt dem völkischen oder nationalen Souverän, die konkreten Rechte des Individuums aufzuheben und sie je nach Staatsbedarf irgendeinem allgemeinen Interesse unterzuordnen, ohne daß dabei etwas über den Charakter der so zu Souveränität geronnenen Macht etwas gesagt wäre.

Die in diesem Zusammenhang oft nachgeschobene "Selbstbestimmung" gibt als nationale auch nicht mehr her. Sie verläuft sich in den selben Antinomien. Die meisten Linken halten die Selbstbestimmung für einen weihevollen Sesam-öffne-dich, ohne dabei zu merken, daß sie den Rechten deren Ideen und ureigenstes Terrain streitig machen wollen. Die Selbstbestimmung ist erstmal eine Bestimmung, bei der das Selbst Vorwand für die Determination ist, die etwa so klingt: jeder spiegelt sich in sich selbst. In Traditionen und im überkommenen Ganzen, also: ich bin nicht anders als du und du bist nichts anderes als wir - also NICHTS, wenn du nicht so sein willst wie wir.

Als politischer Wert sui generis ist die Selbstbestimmung sinnlos, wenn sie z.B. nicht mehr die Kriterien behaupten kann, die ein selbstbestimmtes Deutschland unter Hitler - und das wars ja wohl - von einer Tschechoslowakei unterscheiden kann. (1938 wurde auf der Münchner Konferenz über die Souveränität der Tschechoslowakei - dem Sudetenland zugunsten der der Deutschen verhandelt. Ein Stillhalteabkommen von Frankreich und England). Und diese Unterscheidung ist eben nicht mehr mit dem Begriff Selbstbestimmung zu qualifizieren.

Die Sehnsucht nach Selbstbestimmung der Nation bringt als Selbstgewissheit und Selbstvergewisserung schlecht verhüllt den rohen Willen mit sich, das zu bleiben was man halt ist, um sich durch nichts Fremdes stören zu lassen - was bedeutet: den Ausschluß von allem Unbekannten, Fremden, Nichtvertrauten und Nichteinheimischen, letztlich gar - weil jeder ein Fremder für die anderen ist - die Vertreibung bzw. die Auslöschung der ANDEREN.

Ebenso falsch und sinnlos ist der Begriff der Identität. Als völkische, nationale oder sonstwie kollektiv bestimmte, schleppt sie immer die assoziierte Herkunft mit, die

natürlichen Wurzeln etwa, das naturhaft verbindliche oder verbindende, diesen Gemeinschaftsdünkel, der in letzter Zeit wieder so viel gefährliche Brisanz entwickelt. Dann nämlich, wenn er gegen die Abstraktion der Moderne seine Schlachtrufe und Kampfbanner entfaltet, wobei letztlich die archaische Revolte gegen die moderne Vergesellschaftung herauskommt.

So müssen wir feststellen, daß die genaue Bestimmung des Sinns von nationaler Befreiung nicht umsonst auf sich warten läßt. Zu groß scheint der Mythos, zu zauberhaft das völkische Versprechen, als daß man innehalten und ein paar schlichte Überlegungen anstellen könnte: z.B. daß Napoleon, Heng Samrin oder Roosvelt tatsächlich gefeiert werden müssen, weil sie nationale Souveränitäten zerstört haben. Dabei mußten im letzten Fall gar die Vereinigten Staaten die Mehrzahl der deutschen Bevölkerung unterdrücken, um ein paar übriggebliebene KZ-Häftlinge zu befreien, was nur heißt, daß man eine Mehrheit durchaus unterdrücken darf, um einige Menschen zu retten.

Womit eigentlich auch schon klar ist, daß "das Volk" für einen Linken überhaupt kein Kriterium sein kann und sein darf. Und daß sich deshalb eine Rekonstruktion linker Ethik und Politik auf die eben kurz angeschnittenen Begriffe nicht stützen sollte. Dazu werden wir im Folgenden einige Thesen formulieren, die uns unabdingbar scheinen bei der Beurteilung nationaler Befreiungskämpfe und, was eigentlich noch wichtiger ist, unabdingbar für die Kritik einer national-sympathisierenden Linken hier in der BRD.

I.

Auf der Erde, die ein patchwork aus Nationen ist, bedeutet der Gedanke, eine souveräne und autarke Nation zu sein, gerade für diejenigen ein großes verführerisches Versprechen, die in der allgemeinen Konkurrenz der Nationen sich übervorteilt fühlen oder zu kurz gekommen sind. Der Hebel der nationalen Befreiungsideologen findet für seine partikularen hausgemachten Herrschaftszwecke Ansatzpunkte in der staatlichen Macht. Über sie lassen die Befreier ihre programmierte Veränderung der ungerechten Organisation der Welt laufen. Ihre Vernunftgründe zur Rebellion - ob sie nun Armut, Ausbeutung oder Unterdrückung heißen - überantworten sie dem Staat und dem nationalen Interesse. Das reale soziale Drama, also der Kampf um bessere Lebensbedingungen, mag zu Beginn die Hauptrolle spielen; und die oft auftretende Behauptung, der Nationalismus sei nur ein taktisches Mobilisierungsinstrument, gegen das sich die sozialen Interessen letztlich durchsetzen, mag durchaus ernst gemeint sein. Fakt ist, daß die Verschiebung der Akzente von sozialer Befreiung zur Befreiung der Nation immer impliziert, den Zwangszusammenhang von sozialen Gebilden und nationalen Grenzen zu bestärken und ein Kollektiv zu konstruieren, dessen Interessen - als nationales Kollektiv - per definitionem nur gleichartig sind in Bezug auf andere, fremde Nationen, also ein xenophobisches Kollektiv.

II.

Die Idee von der nationalen Befreiung oder separatistischen Ablösung oder der regionalistischen Autonomie hat in unserem Jahrhundert verschiedene Formen angenommen. Im Kampf gegen Hitlerdeutschland z.B. trat die Idee der Nation als internationale Vereinigung bestimmter Werte auf gegen ein Volk, das sich als Ethnie, als rassische Einheit begriffen. Heutige Nationalisten knüpfen ihren Anspruch auf Freiheit wieder an eine Geographie, eine völkische oder kulturelle Identität.

Dieser Nationalismus, der auf den Grund, den Boden, die zerstreute Tradition oder

was auch immer zurückgeht, um dort bei den Wurzeln seine Kräfte zu finden, mobilisiert nur Ressentiments gegen das Fremde und die Andersheit, um dann von den Feuerbränden, die seine Marschkolonnen legen, zu behaupten, daß sie das Licht der Befreiung und der Souveränität bringen. Als neue Staaten wollen diese neuen Nationen den neuen Menschen schaffen, der ihnen von der Ideologie z.B. der Negritude oder des Sendero Luminoso, der Khmer rouge oder des islamischen Fundamentalismus versprochen wurde. Und als ökonomische desaster-projects werden sie sich nur retten können, je mehr sie einerseits das ihnen zur Verfügung stehende Menschenfleisch ohne Skrupel einsetzen und andererseits den nationalen Raum von all den Ideen säubern, die noch irgendwie an die Rechte des Einzelnen gegen das Kollektivsubjekt Volk oder die Nation erinnern.

III.

Kein nationaler Befreiungskampf wird von sich erklären können, daß er aus der abendländischen Sonne heraustritt, wenn er "die Freiheit" verspricht. Es ist aber klar, daß die Begriffe "Freiheit" und "Nation" eine amerikanische und europäische Bezugsmatrix haben - d.h. als jeweils nationale immer mit den geschichtlichen Vorbildern 1776 und 1789 konfrontiert sind. Ebenso klar ist aber auch, daß dadurch die befreiten Nationen sich an dem messen lassen müssen, was eben dieses Europa/USA an Menschen- und Bürgerrechten hervorgebracht hat. Ohne selbst zu europäisieren, können diese Völker nur in Archaik zurückfallen, weil es nur in diesem Europa das einzigartige Abenteuer des Kampfes um Gleichheit und Brüderlichkeit gab. Ohne europäische Errungenschaften einen Staat einzurichten und ohne den langen Kampf um das Individuum, dem nur dieses Europa Gestalt verliehen hat, aufzunehmen, werden die befreiten Nationen nur erweiterte naturwüchsige Verbände sein mit all den dabei anfallenden Brutalitäten, über dieser Beschwörung der Ideen und Rechte vergessen wir nicht, daß die USA und Europa sich auch als zur Gewalt und zum weltweiten Eroberungszug berechtigt fühlten.

Dieses Europa: überall mischte es sich ein; keinen läßt es in seinem Winkel ruhig dahinleben, aber auch nicht unbedingt dahinsterben - es stört. Die Doktrinen jedenfalls, derer es sich dabei bedient, sind ihrem Wesen nach kosmopolitisch und universalistisch. Daran liegt es, daß es wenn es an- oder eingreift, auch erobert, d.h. alle Welt zwingt, sich an ihm zu messen, was angesichts der naturwüchsigen Barbareien zu Zeiten gar nicht schlecht war.

Das Abendland, das keine Weltabgeschiedenheit mehr duldete und das über die bequeme Versuchung des "Bleib zuhause..." hinwegging, ist so zuerst durch seine Ideen der Bezugspunkt und das Schnittmuster der ganzen Erde geworden und dann durch das, was es dieser Erde materiell vermacht hat, den Weltmarkt.

IV.

Die Beherrschung der Welt kann nicht begriffen werden als die Wirkung der immanenten Logik des Imperialismus einer Nation und seines Weltmarktes. Weltmarkt ist vielmehr die Unterminierung aller lokalen und nationalen Geltungsbereiche.

Mit der Umbenennung des Kapitalismus in "Imperialismus" werden die sozialen Konflikte als nationale Gedacht. Unterdrückung und Ausbeutung werden in dieser Begriffsverschiebung zur Folge der Herrschaft eines fremden Imperiums. Antiimperialistischer Kampf hat also bereits dann sein Ziel erreicht, wenn ökonomische und politische Macht nationalisiert werden. Seine Protagonisten

meinen nationalen Kampf ohne Rücksicht auf irgendeinen sozialen oder ökonomischen Zweck für die Bevölkerung.

Objektiv aber haben die wirtschaftlich und sozial Abhängigen nirgendwo das geringste Interesse daran, für die Verteidigung eines Vaterlandes einzutreten, schon gar nicht dort, wo erst durch den Weltmarkt die Möglichkeit einer Annäherung unentwickelter Gebiete an industrialisierte geschaffen wird.

Das Dilemma besteht darin: Modernisierung hat nicht automatisch zur Folge, daß sich soziale Freiheiten und individuelle Rechte entwickeln. Durch eine Re-Nationalisierung geschieht aber noch weniger. Im Gegenteil: erst die durch den Weltmarkt vermittelte Weltöffentlichkeit garantiert im Grunde, daß es irgendwann einen wahrhaft international gleichen Rechtszustand geben kann.

V.

Die wenigen wahren Stimmen, die das Schweigen der Verdammten dieser Erde unterbrachen, wie Guevaras, gehen heute unter in den falschen Schluchzern und dem nationalistischen nichtssagenden Geschwätz derer, die aus dem objektiven und ausweglosen Teufelskreis glauben ausbrechen zu können, wenn sie sich als Souverän deklarieren. So sieht man im Kämpfer der neuen Nation, im Anti-Imperialisten der letzten Jahre ein neues Subjekt, einen Militanten, der den Schlüssel zur Lösung eines jeweils als lokal definierten Problems hat.

Faktisch aber ist er eher das ebenso ohnmächtige wie bewußtlose Objekt der Gesetzmäßigkeiten, die die Welt beherrschen, und seine Lösung ist in Wirklichkeit keine. Umso brachialer muß ihre Unmöglichkeit abgestritten werden, und umso verhärteter wird der sich als Freie Nation träumende Staat im Innern gegen die Arbeiter vorgehen. Die Arbeiter werden damit nur zur Verfügungsmasse der Nation ihres Staates. Was auch konsequent ist: da die Verteidiger der nationalen Unabhängigkeit den Kampf gegen den Kapitalismus nur als gegen den Imperialismus führen, also gegen Fremdherrschaft, müssen sie ihn mechanistisch bürokratisch als Staatskampf begreifen, für den das Ziel erreicht ist, wenn die Herrschaft endlich nackt und ohne das Wort "FREMD" darsteht.

Die Kritiker solcher Debakel haben durchaus unrecht, wenn sie glauben, daß da eine gute Sache nur schlecht gemacht wurde. Sie sahen nicht, daß das Scheitern aus der Widersprüchlichkeit von nationaler Lösungsstrategie und internationalen Verhältnissen herrührt. Die sandinistische Bewegung z.B. machte ihre Befreiung vom US-Imperialismus zum Ausgangspunkt sozialistischer Politik. Sie scheiterte aber an den äußeren Verhältnissen. Die Relevanz des Weltmarktes wurde durch den nationalen Befreiungskampf zuerst geleugnet, um dadurch zur Legitimation jeder innenpolitischen Zwangsmaßnahme zu werden. Folglich werden heute die internationalen Verhältnisse nur noch als der Nation oktroierte interpretiert.

Das hat zur Folge, daß dem Kämpfer oder seinem sympathisierenden alter ego in der Solidaritätsgruppe Nicaragua z.B. jeder Zwang akzeptabel werden muß, und der Führung, so blödsinnig sie sein mag, nicht widersprochen werden darf. Wenn man mit Fidel Castro oder Mao-Tse-Tung behauptet, daß es in der Revolution der Nationen keinen Zwang gibt "außer dem Zwang der Verhältnisse", steht man irgendwann entwaffnet einem Zwang gegenüber, der sich auf die revolutionären und nationalen Verhältnisse beruft. Unfähig, deshalb den Verwaltern der revolutionären oder nationalen Ziele den Kampf zu erklären, wird der Kritiker so sehr schnell zum tragischen Lobredner einer Macht, der er nur vorwerfen kann, etwas nicht ganz richtig eingeschätzt zu haben.

Wer die Befreiung in den ideologischen Bann der Verhältnisse einsperrt - in die

Nation -, befördert neben dem ganzen Unsinn aller völkischen oder nationalen Mythen auch ganz wirkliche Brutalitäten, hübsch souverän und autonom organisiert.

Vi.

Die wohlwollenden und sentimentalen Sympathisanten der nationalen Befreiungskämpfe scheinen bei ihrer wehleidigen Beschwörung des Schicksals der Armen ebenso wie bei ihrer zombihaften Bewunderung für die leichenträchtigen sinnlosen Kriege dieser Armen eher einen Hang zur Übertragung der eigenen nationalen Wünsche zu haben als eine realistische Einschätzung. Wenn sie darüber hinaus jede Einmischung in die "inneren Angelegenheiten" anderer Staaten - ob ökonomisch, rechtlich, politisch oder militärisch - prinzipiell verwerfen, weil gerade diese Einmischung angeblich alles Elend auf der Welt erzeugt hat, übersehen sie nur folgendes:

1.) Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und Nationen und Intervention kann notwendig sein; z.B. feiert die Linke doch sicher den Krieg gegen Hitler und zu Recht beklagt sie die Nichteinmischung in Spanien 1936 gegen Franco.

2.) Der Gedanke, daß es vor der ökonomischen Einigung der Welt durch das Kapital oder vor der politisch-militärischen Eroberung durch Europa so etwas wie einen paradiesischen Zustand der Welt gegeben hätte, ist offensichtlich Blödsinn.

3.) Die Behauptung, gerade die us-amerikanische oder europäische Intervention sei der Gipfel aller Brutalität, will nicht wahrhaben, daß die lokalen Machthaber in der III. Welt auch ganz von sich aus völlig souverän und blutig ihre Völker regieren.

4.) Wer prinzipiell die Einmischung ablehnt, lehnt die Geltung universeller Prinzipien ab und verewigt die anachronistische Vorstellung einer Welt, die aus Ethnien, Völkern und Besonderheiten mit allen dazugehörigen Verfügungsrechten und Machtzuständen besteht.

5.) Gerade das Verschwinden universeller Prinzipien bedeutet das Verschwinden des Garanten einer einzigen Menschheit, die jenseits aller völkischen oder nationalen Dünkel auch eine Weltöffentlichkeit umreißen könnte.

6.) Die These, das alle Nationen einander gleich sind und die selben Rechte besitzen, will nicht kapieren, daß es für die jeweils von den realen Exekutoren des jeweils nationalen Willens Unterworfenen oft gerade nichts Schlimmeres als die nationale Herrschaft geben kann; wie z.B. Idi Amin, Pol Pot etc.

7.) Die Selbstbestimmungsphrase (Hitlers oder Violas?) funktioniert wie ein Fetisch. Ohne ihn müßte man einfach Herrschaft denken, und bei der ist es für die von ihr Rekrutierten ziemlich egal, ob sie eine eigene oder fremde ist, wenn sie nur irgendwelche Rechtszustände schaffen würde. Wir meinen damit Rechtszustände, die minimale soziale und juristische Sicherheiten für die Bevölkerung garantieren. Was spricht dagegen, daß z.B. Nicaragua zum 52. Bundesstaat der USA wird oder daß es wenigstens die amerikanische Verfassung übernimmt?

Dependencia & Weltsystem
Theorien der Unterentwicklung und der Abkopplung vom Weltmarkt

In den 60 und 70er Jahren gab es in Lateinamerika eine Weiterentwicklung der Imperialismustheorien unter dem Oberbegriff *'Dependencia-Theorie'*. Dependencia heißt auf germanisch Abhängigkeit: Hauptthese ist, daß die Unterentwicklung des Trikont auf der Entwicklung der Metropolen begründet ist. Es gab allerdings sowohl bürgerliche Dependenz-Theoretiker (wie D. Senghaas, Friedensprof in Bremen), die von alternativer Weltwirtschaftsordnung schwafeln und an die Vernunft der Metropolen appellieren; aber auch die marxistischen, die revolutionäre Lösungen propagierten, wie Andre Gunder Frank aus Holland, der auf der Eröffnungsveranstaltung des Anti-WWG-Kongresses reden wird.
Zentral ist die Ablehnung der bürgerlichen Modernisierungtheorien, wie sie in den imperialistischen Metropolen entwickelt und auch von der Sowjetunion (Schwerindustrialisierung als Basis) vertreten wurden - wovon sich zum Beispiel das chinesische und kubanische Modell abzuheben versuchten.
Das folgende Papier stellt die Dependencia-Debatte kurz vor. Es wurde für ein Uni-Seminar geschrieben, der Autor ist nicht in der Gruppe Kaa. Der zweite Abschnitt zur ***Weltsystemtheorie*** wurde von mir im selben Zusammenhang geschrieben und beleuchtet eine Grundthese, die zur Debatte um Imperialismus in der alten neuen Weltordnung eine wichtige Rolle spielt: Die Weltökonomie als ein von den imperialistischen Metropolen dominiertes Weltsystem zu begreifen, aus dem einzelne Länder nach vollbrachter Revo unter sozialistischem Label nicht einfach austreten können. Der gesamte RGW war nach dieser These des aus der Rassismusdebatte bekannten I. Wallerstein immer Teil des imperialistisch beherrschten Weltsystems. Womit Wallerstein an die *Polemik um die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung* der 60er anknüpft, wo das maoistische China die Sowjets kritisierte, weil diese das Fortbestehen der Klassengegensätze in dem ihrer Meinung nach unbefleckt sozialistischen und von Imperialismus und Klassenantagonismus befreiten Comecon/RGW nicht wahrhaben wollten.
Auf diese Kontroverse geht Wallerstein ein in dem kleinen Text *'Aufstieg & Niedergang des imperialistischen Weltsystems'* (erschienen 79 bei Suhrkamp im Sammelband von Senghaas 'Kapitalistische Weltökonomie). Auf diesem Text basiert meine Darstellung des Weltsystem-Ansatzes.
In der marxistischen Diskussion hat ihn Heinz Dieterich aktuell auf dem Kuba-Solikongreßin Bonn am 23. Mai aufgegriffen, als er sagte; daß einzelne Länder nicht aus dem Weltmarkt rausbrechen können, deshalb länderspezifische Soli-Arbeit überholt sei und es für Lateinamerika nur die Perspektive einer *'kontinentalen Befreiung'* geben kann.

Moritz/ gruppe kaa hamburg, 31. Mai 92

1. Theorien der Unterentwicklung und der Abkopplung vom Weltmarkt

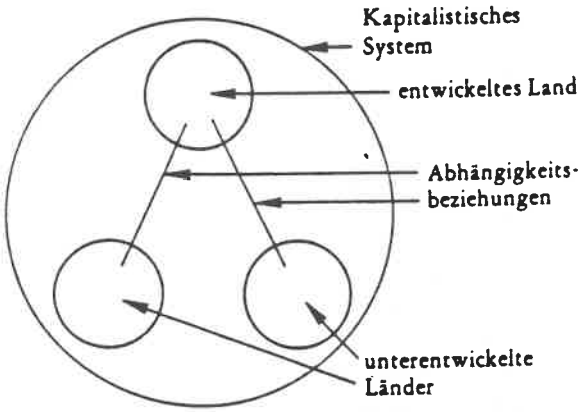
Ein wesentlicher Ausgangspunkt der Entstehung eines theoretischen Gegenentwurfs zu den Modernisierungtheorien wird heute in den außenhandelstheoretischen Untersuchungen von Raúl Prebisch und Hans Singer gesehen. Im Auftrag der Vereinten Nationen untersuchten sie die Exportstrukturen lateinamerikanischer Staaten und stellten fest, daß - entgegen den Verheißungen der neo-klassischen Theorie - die Integration der lateinamerikanischen Staaten in die Weltwirtschaft nicht zu dem erwarteten Resourcenzufluß geführt hat. Bei der Untersuchung des Werts der lateinamerikanischen Exporte und der Importe aus den Industrieländern fanden sie eine tendenzielle Verschlechterung der Austauschbeziehungen ('Terms of Trade') zugunsten der Industrienationen. Nachdem die Modernisierungstheorien, die häufig nur am Vorbild Europa orientiert waren, lange Zeit die Entwicklungspläne zahlreicher Länder der 'Dritten Welt' geprägt hatten, stellte man nun fest, daß die Erwartungen nicht erfüllt wurden. Im Gegenteil, die Kluft zwischen armen und reichen Ländern hatte sich ebenso verbreitert, wie die Kluft innerhalb der Länder der 'Dritten Welt'. Auch von Seiten linker Strukturfunktionalisten und vor allem aus dem Lager der marxistischen Imperialismusforschung gab es Kritik an der Modernisierungstheorie und Anregungen für eine Neuorientierung. Exogene Faktoren, und zwar vor allem die Ausbeutung der Peripherie durch die imperialistischen Metropolen, rückten hier in den Mittelpunkt.

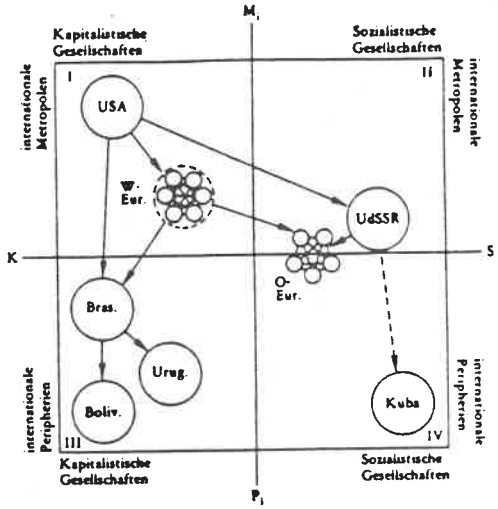
Darüber hinaus wurde das westliche Gesellschaftsmodell noch durch andere Ereignisse wie z.B. den Vietnamkrieg in Frage gestellt. Langsam zeichnete sich auch ab, daß die Länder, die sich von der Kolonialherrschaft befreit hatten, aber nun in die Weltwirtschaft integriert waren, weiterhin ökonomisch von den einstigen Kolonialländern abhängig waren. Die Erfahrungen der nun 'Entwicklungsländer' genannten Staaten widerlegten oft die euphorischen modernisierungtheoretischen Vorstellungen. Neomarxistische Autoren setzten dem hoffnungsfrohen Vorstellungen der Modernisierungstheorien Klassenanalysen und die leninsche Imperialismustheorie entgegen.

1.1. Dependenztheorie

Die Dependenztheorie geht von einem **kapitalistischen Weltsystem** (Braudel, Wallerstein) aus, daß sich seit dem Mittelalter entwicklet hat und in dem zwischen **Zentrum** und **Peripherie** unterschieden wird.

Schaubild 1:





Die Zentren bilden die Ausgangsländer der kolonialen Expansion und die heutigen Industrienationen, während die sogn. 'Dritte Welt' als Peripherie des kapitalistischen Weltsystems verstanden wird, deren Einordnung in die Weltwirtschaft mit Gewalt (Kolonialismus, Imperialismus, Neo-imperialismus) erzwungen wurde. Dieses System kann noch differenziert werden, durch **Subzentren**, die innerhalb der Peripherie *"mehr und mehr stellvertretend für die Metropolen nicht nur innergesellschaftliche, sondern auch auf Nachbarstaaten und die jeweilige Region bezogene Ordnungsfunktionen"* (Senghaas 1974:26) übernehmen. Diese Subzentren, die häufig ökonomisch und militärisch eine Region dominieren, führen zu einer stärkeren Verklammerung des Systems und führen auch nicht selten Stellvertreterkriege für die Interessen der Metropolen.

Die Austauschbeziehungen zwischen den Zentren und der Peripherie werden von den Bedürfnissen der Industrienationen bestimmt. Die Penetration der Länder der Peripherie durch die Industrienationen prägt auch die soziale und ökonomische Deformation dieser Gesellschaften. Die Wirtschaft in den Ländern der Peripherie, als den Industrienationen untergeordnete und strukturell abhängige, wird daher als **peripherer Kapitalismus** bezeichnet. Die Ökonomien der 'Dritten Welt' sind spezialisiert auf den Export unverarbeiteter Rohstoffe, landwirtschaftlicher Produkte oder auch auf die Produktion von Industriegütern niedrigen Verarbeitungsgrades. Dagegen sind die Industrienationen auf Produktion und Export hochwertiger, verarbeiteter Produkte spezialisiert. Diese Arbeitsteilung hat sich zu einer Abhängigkeitsstruktur (Dependenz) verfestigt, die als abhängige und deformierte Reproduktion bezeichnet werden kann. Die Länder der Peripherie produzieren Rohstoffe, die sie zu Preisen auf dem Weltmarkt verjaufen müssen, die häufig unter den Reproduktionskosten liegen. Gleichzeitig müssen verarbeitete Produkte aus den Industrienationen importieren. Die Zentren diktieren nicht nur was an/abgebaut wird, sondern auch zu welchem Preis (ungleicher Tausch). Dadurch kontrollieren sie die Produktion und Reproduktion in der Peripherie. Die Multinationalen Konzerne können offen und versteckt Profite in die Metropolen transferieren. Darüberhinaus trägt vor allem der Kapitaltransfer durch Zinsen zur Entkapitalisierung der 'Dritten Welt' bei.

Dem Begriff der Rückständigkeit, der bei den Modernisierungstheoretikern den noch aufzuholenden Rückstand zu den Industrienationen bezeichnete, wird in der Dependenztheorie das Konzept der **Unterentwicklung** entgegengesetzt. Nicht interne oder mentale Faktoren wurden für die Unterentwicklung der 'Dritten Welt' verantwortlich gemacht, sondern die dem kapitalistischen System inherente Ausbeutung.

"Unterentwicklung ist (...) ein sich historisch entfaltendes integrales Moment des von kapitalistischen Metropolen dominierten internationalen Wirtschaftssystems und damit der internationalen Gesellschaft. Die Entwicklung dieser Metropolen, der Zentren, und die Geschichte der Unterentwicklung der Dritten Welt sind miteinander über das internationale System vermittelte, komplementäre Vorgänge." (Senghaas 1974:18)

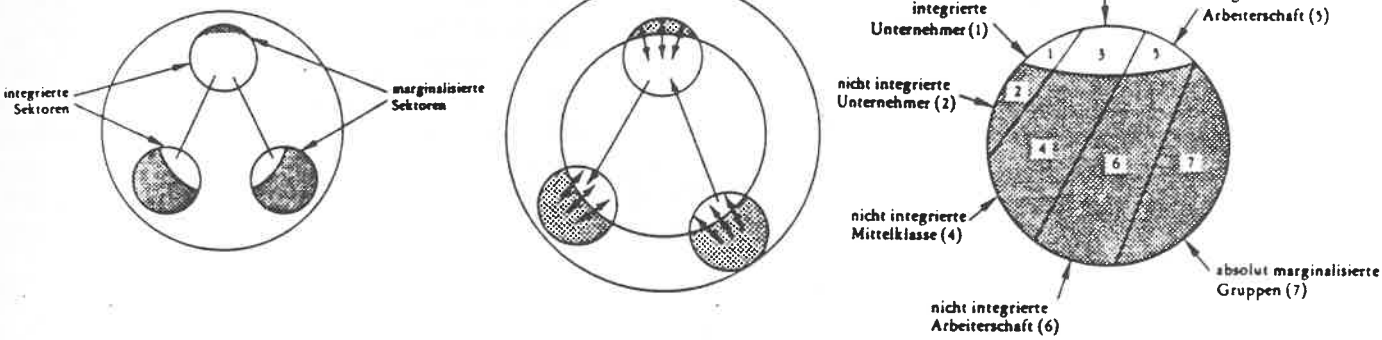
Entwicklung wurde nicht mehr als unilinear verstanden, sondern Unterentwicklung wurde als *"ein integraler Bestandteil des historischen Prozesses des internationalen Systems"* (Sunkel 1972:262) und als direkte Folge der kapitalistischen Expansion begriffen. Johann Galtung entwickelte den Begriff von der **strukturellen Gewalt**, für die Beziehungen zwischen den Metropolen und den Ländern der Peripherie.

Die Dependenztheorie geht davon aus, daß in den Ökonomien der Peripherie nicht einfach zwischen modernem und traditionellem Sektor unterschieden werden darf, sondern, daß vielmehr die gesamte Gesellschaft strukturell verändert wurde. So kann z.B. der Subsistenzsektor nicht als außerhalb dieses Abhängigkeitssystems stehend, betrachtet werden, weil er für die billige Reproduktion von Arbeitskraft eine Grundlage des peripheren Kapitalismus stellt. Das Nebeneinander von einem modernen, in den Weltmarkt integrierten und eines traditionellen und zunehmend marginalisierten Sektors wird als ein **strukturelle Heterogenität** bezeichnet.

"Dabei ist entscheidend, daß, im Gegensatz zu den Annahmen der Modernisierungsforschung, die heterogen strukturierte Gesellschaftsformation, also der periphere Kapitalismus, nicht eine Übergangsphase von gänzlich traditionalen Produktionsverhältnissen zu exklusiv kapitalistisch dominierten darstellt; vielmehr ist strukturelle Heterogenität ein grundlegendes Strukturmerkmal einer Gesellschaftsformation, die, im Unterschied zum exklusiv gewordenen Kapitalismus der Zentren, sich nicht aus eigener autonomer Dynamik entwickelt, sondern (...) durch abhängige Reproduktion bestimmt" ist. (Senghaas 1974:23)

Diese interne Polarisierung führt zu einer immer stärkeren **Marginalisierung** der Armen und gleichzeitig einem Zusammenwachsen der in das kapitalistische System integrierten Sektoren. Bei diesem Prozess der transnationalen kapitalistischen Integration und nationalen Desintegration (Sunkel) entsteht ein transnationaler Kernbereich, in dem sich die Wertsysteme und die Lebensstandards der nationalen Bourgeoisien immer mehr anpassen.

Schaubild 2:



1.2. Unterschiedliche Diskussionsstränge

Innerhalb der Dependezdiskussion entwickelten sich unterschiedliche Diskussionsstränge. Übereinstimmung gab es weitgehend über das Grundmodell von Peripherie und Zentrum und darüber, das bei den gegenwärtigen Verhältnissen die Industrienationen die Länder der 'Dritten Welt' ausbeuten. Unterschiedliche Standpunkte gab es aber z.B. über die Frage, wie man und ob man aus dem Kreislauf der Unterentwicklung ausbrechen könne. Vielversprechend schienen hier die Erfahrungen zu sein die In **China** und **Kuba** gemacht wurden, da dieser Weg eine Abkopplung vom kapitalistischen Weltmarkt bedeutete. Bei diesem Entwicklungsmodell waren, im Unterschied zum sowjetischen Modell, die Menschen auf dem Land und in den Dörfern die Träger der Revolution und der Produktion. Diese neue revolutionäre Perspektive war ein entscheidender Impuls für die Konzepte der Befreiungsbewegungen und später auch für ein Entwicklungspolitik, deren Schwerpunkte in der ländlichen Entwicklung gesetzt wurden.

Von Marxisten in Westeuropa und in den USA wurden neue **Imperialismustheorien** entwickelt, die in Weiterentwicklung von Lenins und Rosa Luxemburgs Thorien die Mobilität multinationaler Konzerne und die Integration der Peripherie in das Weltsystem berücksichtigten (A. G. Frank, I. Wallerstein). Verschiedentlich wurde versucht die Ursachen des **ungleichen Tauschs** aus der Arbeitswertlehre von Marx abzuleiten (A. Emmanuel, S. Amin), um so die bürgerliche Theorie, daß Handel allgemein Prosperität hervorrufen würde, zu wiederlegen.

Bei der Frage nach Strategien zur **Überwindung von Abhängigkeit** und Unterentwicklung wurden zwei Lager deutlich. Die radikaleren Theoretiker argumentierten, daß eine Überwindung der Abhängigkeit nur im Weltmaßstab möglich sei. Eine weltweite revoluitionäre Solidarisierung der Völker des Trikont und eine Krise des kapitalistischen Systems erschienen vorstellbar. Die Länder des Ostblocks wurden als Alternative zur kapitalistischen Weltsystem gegesehen, tatsächlich gelang es jedoch nur Vietnam und Kuba Mitglied im RGW zu werden und Primärgüterpreise über dem Weltmarkt zu erzielen.

Die gemäßigteren Theoretiker (S. Amin, D. Senghaas, O. Sunkel) plädierten jedoch für eine verstärkte regionale Kooperation und eine vorübergehende **Dissoziation** vom Weltmarkt, um die Ökonomien der Peripherie intern zu restrukturieren und auf eine Produktion umstellen zu können die sich nach den Grundbedürfnissen der Peripherie richtet (Senghaas 1974). Die Abschottung vom Weltmarkt war nur vorübergehend gedacht um die internen Grundlagen für eine **autozentrierte Entwicklung** zu schaffen. *"Voraussetzung für eine sich scherpunktmäßig vom Weltmarkt in die lokalen Gesellschaften verlagernde, autonome Reproduktionsdynamik ist die Kombination einer lokalen Ausrüstungsgüterindustrie (...) mit einer forcierten Produktion von einfachen Gütern für den Massenkonsum"* (Senghaas 1974:32). Als ein Beispiel für diesen Entwicklungsweg kann Algerien gelten, daß mit den Einnahmen aus dem Ölexport auch über genügend Mittel verfügte um den Aufbau einer solchen *Industrie industralisante* zu finanzieren. Häufig verwandelte sich diese Strategie aber auch in reinen Protektionismus und eine Selbstprivilegierung der nationalen Bourgeoisie. Zahlreiche Schwellenländer verfolgten eine Politik massiver Staatsintervention und auch des Protektionismus bei gleichzeitiger starker Weltmarktintegration.

Gleichzeitig zu den unterschiedlichen Entwicklungsstrategien entstand aber auch die immer lauter werdende Forderung nach verbesserten 'Terms of Trade' und einer **neuen Weltwirtschaftsordnung**. Die Gruppe der Blockfreien, die Gruppe 77 und die vereinten Stimmen der Entwicklungsländer in der UNO drängten darauf, die Rahmenbedingungen für den Welthandel neu festzulegen. Die **UNCTAD** artikulierte diese Forderungen am klarsten. Bei den Verhandlungen wurde aber auch schnell klar wie heterogen die Interessen der Länder der 'Dritten Welt' tatsächlich sind.

1.3. Kritik an der Dependencia: Die starke Fixierung auf auf die Mechanismen der Ausbeutung hatte zur Folge, daß die Autoren der Dependencia nur einen ungenauen Entwicklungsbegriff formulierten. Auch die oft geforderte historische Analyse der Situation einzelner Länder blieb im Schatten der allesüberragenden Peripherie und Zentrum Dichotomie oft ungenau. Klassenanalysen, die nur herrschende und unterdrückte Klassen unterscheiden, werden der gesellschaftlichen Eigendynamik oft ebensowenig gerecht, wie die Theorien der Modernisierungstheorie. Eine Schwierigkeit Alternativen zu entwickeln liegt sicherlich auch in der Tatsache begründet, daß das sowjetische Entwicklungsmodell, mindestens ebenso stark Industrialisierung und eine abrupte Abkehr vom 'traditionellen' Sektor propagierte, wie die Modelle der frühen Modernisierungstheoretiker.

[C.G.]

2. Die Weltsystemtheorie

Aus der Dependenztheorie entwickelten sich in den siebziger Jahren verschiedene Zweige. Der US - Historiker Immanuel Wallerstein formulierte die Theorie vom ***'modern world system'***. Er berief sich auf A. G. Frank, als er schrieb:

"...daß die Wirtschaftsstruktur der heutigen unterentwickelten Ländern nicht diejenige Form ist, die eine 'traditionelle' Gesellschaft nach dem Kontakt mit 'entwickelten' Gesellschaften annimmt, nicht ein Anfangsstadium im 'Übergang' zur Industrialisierung, sondern das Ergebnis der Eingliederung dieser Länder in die Weltwirtschaft als periphere, rohstofferzeugende Gebiete oder, wie Frank es für Chile formuliert, 'daß die Unterentwicklung ... notwendiges Produkt einer vier Jahrhunderte währenden kapitalistischen Entwicklung und der inneren Widersprüche des Kapitalismus selbst ist.' " (Wallerstein 79 : 36).

Etliche Dependenztheoretiker schrieben über das Weltsystem, u. a. Samir Amin und oben genannter A.G. Frank. Weltsystemtheoretiker gehen von der ***Grundannahme*** aus, daß die Verflechtung der politischen, ökonomischen, sozialen, ethnischen und nationalstaatlichen Strukturen untereinander eine solche Interdependenz erreicht hat, daß Prozesse/Entwicklungen nicht innerhalb von Nationalstaaten analysiert und umfassend bewertet werden können.

Entscheidenens Bezugssystem ist die Logik des 'modern world system' bzw. Weltsystems, durch daß alle Gesellschaften miteinander verflochten sind. Entwicklung und Unterentwicklung einzelner Gebiete oder Staaten läßt sich ohne Bezug auf das Weltsystem nicht umfassend erklären: Die hierachische Einbindung und Lokalisierung in der internationalen ungerechten Arbeitsteilung des Weltsystems hat entscheidenderen Einfluß auf ein Land als sein eigenes Entwicklungspotential.

Im folgenden die Kernthesen von Immanuel Wallerstein (aus: Wallerstein 79).

Ein häufiger Fehler ahistorischer Sozialwissenschaft ist es nach Wallerstein, Staaten und Einheiten isoliert zu betrachten ohne sie in die **Totalität des Weltsystems** ins Verhältnis zu setzen. Es gibt nur zwei Stadien von Gesellschaftssystemen, die 'Totalitäten' sind: Minisysteme und Weltsysteme. **Minisysteme** haben eine in sich geschlossene vollständige Arbeitsteilung (sind nicht auf Tausch mit anderen angewiesen) und einen einzigen kulturellen Rahmen. Heute gibt es keine Minisysteme mehr.

Im 19. und 20. Jahrhundert unserer Zeitrechnung gibt es nur noch **ein Weltsystem - die kapitalistische Weltwirtschaft:**
"Kapitalismus und Weltwirtschaft (d.h. eine einzige Arbeitsteilung, aber vielfältige Gemeinwesen und Kulturen) sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Das eine ist nicht Ursache des anderen."

Wallerstein bezieht sich ausdrücklich auch auf Marx: das Weltsystem ist geprägt von Produktion zum Zweck des Absatzes auf einem **Markt**. Ziel und Antrieb ist dabei der größtmögliche **Profit**. Eine wichtige Abgrenzung innerhalb von Marxisten hierbei: Im Gegensatz zur Weltsystemtheorie steht die These, daß ein Land jeweils für sich in einem bestimmten Stadium ist: z.B. viele Großgrundbesitzer = Feudalistischer Staat. Als Argument wird auch genannt, daß ohne 'freie Lohnarbeit' die Arbeitskraft nicht Ware sei; folglich kein Proletariat existiere und auch kein Kapitalismus. Jeweils in einem isoliert betrachteten Land. Anders ausgedrückt: Wo Sklaverei vorkommt, gibt es keinen Kapitalismus. Demgegenüber sagt Wallerstein, daß **Arbeitskraft beim Vorhandensein von Markt Ware ist** (also ge- und verkauft wird) und Lohnarbeit nur eine Weise ist, auf welche Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt rekrutiert und bezahlt wird. Bezahlung in Naturalien sei auch Bezahlung, wie sie z.B. im Zeitalter des Agrarkapitalismus auf den spanischen *encomiendas* im 16. Jhrt. in Südamerika vorkam. Die *indigenas* wurden bezahlt für eine auf den damaligen Weltmarkt ausgerichtete Agrarproduktion.

Beginn der kapitalistischen Weltwirtschaft

Wallerstein definiert den **Beginn der kapitalistischen Weltwirtschaft** nicht anhand der Existenz 'freier Lohnarbeit', sondern an der Existenz des kapitalistischen Marktes:

"Erst mit der Schaffung einer europäischen Arbeitsteilung nach 1450 konnte der Kapitalismus feste Wurzeln schlagen. Der Kapitalismus war von Anfang an eine Sache der Weltwirtschaft, nicht eine Sache von Nationalstaaten." (Wallerstein 79 : 47).

Auf dem 'Markt der europäischen Weltwirtschaft' bildet sich die Struktur der hierachischen Arbeitsteilung heraus und der ungleiche Tausch. Drei strukturbedingte Positionen gibt es in einer Weltwirtschaft: Zentrum, Peripherie und Semiperpherie. Sie bildeten und festigten sich in Europa zum ersten Mal. Mit der geografischen Ausdehnung der vorerst europäischen Weltwirtschaft, die nach und nach andere Weltregionen durchdringt und 'integriert' indem es sie sich einverleibt, verändern sich die Stellung einzelner Länder und Regionen in dieser hierachischen Arbeitsteilung. Die **Dreigliederung in Zentren, Peripherien und Semiperipherien** setzt sich nach Wallerstein bis heute fort. Hauptthese hierbei: Die Länder des Zentrums eignen sich den volkswirtschaftlichen Überschuß *('surplus')* der gesamten Weltwirtschaft an. Aufgrund der strukturellen Rolle, die ein Land im Weltsystem einnimmt, hat es einen starken (Zentrum) oder schwachen (Peripherie) Staatsapparat. In den Peripherien zerfällt der Staatsapparat, weil kein einheitliches Interesse von Bourgoisie und Großgrundbesitzern gegenüber den Zentren vorhanden ist. Zum politischen funktionieren und um eine absolute Polarisierung zu vermeiden, kann sich eine **Semiperpherie** bilden: Staaten, die sowohl ausbeuten als auch ausgebeutet werden. So hat daß Weltsystem drei Schichten von Staaten. Die ökonomische Totalität Weltsystem ist kein politisches Weltreich, keine politische Einheit, dadurch ist die ökonomische Schichtung nicht einfach regelbar. Die Semiperpherie hat den Platz und die Interessen einer "Mittelschicht".

Zeitetappen des modernen Weltsystems

Wallerstein untergliedert das Weltsystem seit dem 16. Jhrt. in zwei Zeitalter (Agrar- und Industriekapitalismus) und vier Entwicklungsfasen:
Am Anfang entwickelte sich der **Agrarkapitalismus.**

I. Fase : Die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft.
Die Krise des Feudalismus wird mit der geografischen Ausweitung der internationalen Arbeitsteilung behoben.
a. Das nordwestliche Europa wird zum Zentrum (mit höherspezialisierterer Landwirtschaft, der bestimmte Industrie hinzugefügt wird; Pachtwesen und Lohnarbeit).
b. Osteuropa und Iberoamerika werden zu Peripherien (Export von Getreide, Holz, Zucker Edelmetalle...; Sklaven und zwangsverpflichtete Landarbeiter).
c. Das mediterrane Europa entwickelte sich zur Semiperipherie (einige teure Industrieerzeugnisse, Kreditgeschäfte, kaum Agrarexport; Kleinbauern).

II. Fase: Rezession und Konsolidierung
Durch eine Rezession von 1650 - 1730 und einen Rückgang des relativen Überschusses kann sich nur ein Staat als Zentrum behaupten: England verdrängt Holland aus Vormachtstellung im Handel, Industrialisierungsprozeß wird beschleunigt.

Übergang vom Agrar- zum Industriekapitalismus

III. Fase: Geografische Expansion - One World
Die industrielle Produktion hat einen stetig wachsenden Anteil an der Weltbruttoproduktion und am Weltbrutto*surplus*. Der Bedarf nach bestimmten Rohstoffen in großen Mengen für die Industrieproduktion, erhöhte militärische Schlagkraft und verbesserte Transporteinrichtungen befördern die weitere geografische Ausweitung.
a.Das bis dahin wichtigste Weltsystem außerhalb der europäischen Weltwirtschaft - Rußland - wird zur Semiperipherie.
b. Die Unabhängigkeit Lateinamerikas ändert nichts an derem peripheren Status.
c. Die restlichen Minisysteme werden einverleibt.
Asien und Afrika werden in die Peripherie aufgenommen. Die Aufnahme Afrikas bedeutete das Ende des Sklavenhandels: Die Arbeitskräfte werden in Afrika selbst zur Agrarexportproduktion gebraucht; und Afrika ist als Teil der Peripherie nicht mehr eine **'externe Arena'**: Die Sklaverei wird unökonomisch, weil sie daß ökonomische Potential der Region mindert. das war nur solange egal, wie diese Region nicht Teil der internationalen Arbeitsteilung war und somit die europäische Weltwirtschaft nichts kostete. Sobald Afrika Peripherie war, war Lohnarbeit kostengünstiger - auch in der Plantagenwirtschaft.
d. Durch die Erweiterung der Peripherie können sich zwei neue Zentren bilden: USA und Deutschland. Die Zentren strukturieren sich um: Industrialismus verdrängt den nun unbedeutenden Agrarsektor.

IV. Fase: Stadium der Konsolidierung der industriekapitalistischen Weltwirtschaft
Mit der Oktoberrevolution beginnt die noch andauernde Fase: Die Sowjetunion industrialisiert sich, hält ihren Trend zur Peripherisierung auf, wird wieder Semiperipherie und später Zentrum.
Abstieg Englands; USA werden Hegemonialmacht. Folgen: Lateinamerika wird zum Refugium für US- Investitionen, Europa bleibt außen vor. Das südliche Asien, der Nahe Osten und Afrika sollen entkolonialisiert werden. Um Europa zurüchzudrängen und das Produktionspotential stärker zu mobilisieren:
"Schließlich war die Kolonialherrschaft eine niedere Form des Verhältnisses zwischen Zentrum und Peripherie gewesen, dessen Ursache in dem aufreibenden Konflikt zwischen den Industriestaaten Ende des 19. Jahrhunderts lag, die jedoch vom Standpunkt der neuen Hegemonialmacht nicht mehr erwünscht war." (Wallerstein 79 : 59).
Nach 'Dollar und Gold-Krise' der USA in den siebziger Jahren veränderte Aufteilung des Welt*surplus* auf die USA, EG, Japan und die UDSSR.

Die **Bedeutung der sogenannten sozialistischen Revolutionen** deutet Wallerstein als Versuch, starke Semiperipherien zu werden:
"Aus der Tatsache, daß alle Wirtschaftsunternehmen in diesen Ländern verstaatlicht sind, folgt nicht, daß die Beteiligung dieser Unternehmen an der Weltwirtschaft nicht der Funktionsweise eines kapitalistischen Marktsystems entspricht - womit wir das Bestreben meinen, die Produktionsleistung ständig zu steigern, um beim Verkauf Höchstpreise zu erzielen und damit eine günstigere Verteilung des Welt-Surplus zu erreichen." (Wallerstein 79 : 61)

Bild von der Zukunft...
"Es gibt heute in der Weltwirtschaft ebensowenig sozialistische Systeme, wie es Feudalsysteme gibt, denn es gibt nur ein einziges Weltsystem. Dieses System ist die Weltwirtschaft und sie ist der Form nach per definitionem kapitalistisch. Sozialismus bedeutet die Durchsetzung eines neuartigen Weltsystems, und dies wäre weder ein redistributives Weltreich noch eine kapitalistische Weltwirtschaft, sondern eine sozialistische Weltregierung. Ich halte dieses Bild von der Zukunft nicht im mindesten für utopisch, habe allerdings nicht den Eindruck, als stehe seine Verwirklichung unmittelbar bevor. Die sozialistische Weltregierung wird das Ergebnis eines langen Kampfes sein, der sich in vertrauten Formen vollziehen kann, vielleicht auch in sehr neuen Formen, und der in sämtlichen Gebieten der Weltwirtschaft stattfinden wird (Maos permanenter 'Klassenkampf'). (Wallerstein 79 : 63). [M.H.]

Bibliographie:

Zur Dependenztheorie:

AMIN, Samir [1974]: *Zur Theorie von Akkumulation und Entwicklung in der gegenwärtigen Weltgesellschaft.* in: Senghaas 1974, S.71-97
- [1975]: *Die ungleiche Entwicklung. Essays über die Gesellschaftsformation des peripheren Kapitalismus.* Hamburg

CARDOSO, Fernando H. / Faletto, Enzo [1976]: *Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika.* Frankfurt/M.: Suhrkamp
- [1981]: *Die Entwicklung auf der Anklagebank.* in: Peripherie Nr.5/6; S:6-31

DOS SANTOS, Theotonio [1972]: *Über die Struktur der Abhängigkeit.* in: Senghaas (1972), S. 243-257
- [1975]: *Das Elend der bürgerlicher Entwicklungstheorie.* in: Tibi, B. / Brandes, V.: Handbuch 2. Unterentwicklung. S.36-63
- [1985]: *Konstitutionsbedingungen einer kritischen Entwicklungstheorie - Globale kapitalistische Expansion, räumliche Strukturen gesellschaftlicher Entwicklung und der schwindende Einfluß nationalstaatlicher Strategien.* in: PVS Sonderh. Dritte Welt Forschung. 26 Jg., S.27-55

SENGHAAS, Dieter (Hrsg)[1972]: *Imperialismus und strukturelle Gewalt.* Frankfurt/M.: Suhrkamp
- (Hrsg.)[1974]: *Peripherer Kapitalismus.* Frankfurt/M.: Suhrkamp
- [1975]: *Strukturelle Abhängigkeit und Unterentwicklung.* in: Tibi, B./ Brandes, V. (1975)
- [1982]: *Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen.* Frankfurt/M.

SIMONIS, G. [1981]: *Autozentrierte Entwicklung und kapitalistisches Weltsystem - Zur Kritik der Theorie der abhängigen Reproduktion.* in: Peripherie Nr.5/6, S.32-48

SUNKEL, Oswaldo [1972]: *Transnationale kapitalistische Integration und nationale Desintegration: Der Fall Lateinamerika.* in: Senghaas 1972; S. 258-315

TIBI, Bassam/ Brandes, V. (Hrsg.) [1975]: *Handbuch 2. Unterentwicklung.* Frankfurt/M.; Köln: EVA

WALLERSTEIN, Immanuel [1986]: Krise als Übergang. in: Amin, S. (Hg.): Dynamik der globalen Krise. Opladen, 1986; S.4-35

Zum Weltsystemansatz:

BRAUDEL, Fernand [1986]: *Die Dynamik des Kapitalismus.* Stuttgart: Klett-Cotta

WALLERSTEIN, Immanuel [1979]: *Aufsteig und künftiger Niedergang des kapitalistischen Weltsystems. Zur Grundlegung vergleichender Analyse.* in: Senghaas 1979; S.31-67
- [1989]: *Der historische Kapitalismus.* Berlin, Hamburg: Argument

IMBUSCH, Peter [1990]: *'Das Moderne Weltsystem'. Eine Kritik der Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins.* Marburg: Verlag Arbeit & Gesellschaft

Auszüge aus:

Imperialismus 1,

Resultate der Arbeitkonferenz, Theoretisches Organ der Marxistischen Gruppe,
6. Jg. Nr. 4, Dez 1979

§ 1

Durch die ordnenden und die Funktion der verschiedenen Klassen gewährleistenden Maßnahmen des bürgerlichen Staates wird die gesamte Gesellschaft zum Mittel für die Akkumulatíon des Kapitals. Die faux frais der politischen Herrschaft lohnen sich für diese Produktionsweise im Unterschied zu früheren, weil die Zurichtung der Bürger die Schranken ihrer Brauchbarkeit für das Privateigentum beseitigt. Doch weist gerade die sozial- und wirtschaftspolitisch bewerkstelligte Akkumulation des Kapitals, ihr durch die Wechselfälle der Konjunktur gesichertes Gelingen auf die Grenze hin, die dem Wachstum des nationaien Reichtums mit seiner staatlichen Organisation gezogen sind: das politische Subjekt der Ökonomie kann letzterer nur in dem Maße dienstbar sein, wie sein Gewaltmonopol reicht. Der Einsatz der staatlichen Gewalt auch außerhalb des Territoriums ihre r Herrschaft ist unerläßlich, sollen die Mittel der Akkumulation nicht auf die natürlichen Reichtümer des eigenen Herrschaftsgebietes reduziert bleiben. Fremde Herrschaftsgebiete mit den in ihnen hervorgebrachten Reichtümern werden als Quellen der nationalen Bereicherung behandelt, indem der bürgerliche Souverän den anderen Staat anerkennt, ein Rechtsverhältnis mit ihm eingeht, um durch den Austausch von Produkten über die Staatsgrenzen hinweg die Stufenleiter der Akkumulation zu erweitern.

§ 2

Insofern der Weltmarkt das Werk des bürgerlichen Staates ist, der den Notwendigkeiten des unter seiner Herrschaft akkumulierenden Kapitals durch den Einsatz seiner Gewalt Anerkennung verschafft, erfährt die ökonomische Konkurrenz auffällige Modifikationen.

Zunächst wird der Vergleich zwischen Kostpreis und Marktpreis von der Entwicklung der Kommunikationsmittel und -wege affiziert, welche von den Staaten begünstigt, bewerkstelligt oder auch nicht wird. An den räumlichen und zeitlichen Bedingungen des internationalen Warentausches findet der kosmopolitisch aktive Staats- und Geschäftsmann besondere Kosten und Risiken seiner Kalkulation vor.

Des weiteren hat der Staat den Konkurrenzkampf auf Grundlage der Marktpreise darin zu befördern , daß er den Streit über den angemessenen Maßstab der Preise erfolgreich führt: ob nämlich aus dem auswärtigen Handel ein anständiges Geschäft wird, hängt vom Stand des Wechselkurses ab. Die Verwendung nationalen Kreditgeldes, dessen Verhältnis zum Gold - das nur zum Saldieren von Überschüssen fällig wird - aufgrund der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Nationen im Innern veränderlich ist, verlangt den außenwirtschaftlichen Rechenkünstlern höchsten Einsatz ab. Das Geschäft des Devisenhandels, das sich aus der profitlichen Ausnützung von Angebot und Nachfrage ergibt und den Banken eine neue Aufgabe erschließt, fordert staatliche Überwachung und Richtlinien heraus. Im Interesse einer gelungenen Zahlungsbilanz, die gleichermaßen den Erfordernissen von Export und Import genügen muß , befördert oder bremst der Staat die verschiedenen Abteilungen des auswärtigen Handels, wobei seine Entscheidungen bezüglich Auf- und Abwertung naturgemäß nicht allen Beteiligten genehm sind. Dabei benützt er nicht selten seine Gewalt und den erreichten Stand der Abhängigkeit anderer dazu, auf das Hin und Her von Angebot und Nachfrage - von Waren wie Geld - nicht nur zu reagieren: er setzt Bedingungen durch Außenhandels- und Währungspolitk, durch die er die Produktion und Konsumtion seiner Bürger einerseits schützt, andererseits dieselben zwingt, sich der Konkurrenzfähigkeit seiner Wirtschaft auf dem Weltmarkt gemäß zu verhalten.

So sind ihm schließlich negative Wirkungen auf das Wachstum des nationalen Reichtums Grund

für Maßnahmen, den von ihm selbst in die Wege geleiteten Freihandel um eine solide Pflege des Protektionismus zu ergänzen, und mit Angeboten der einen oder anderen Art von Außenwirtschaft verhandelt er bi-, tri- und multilateral in der gesamten Staatenwelt herum: Handelsverträge , Bündnisse und Integration sind die Titel für dieses Verfahren einer Nation, sich auf dem Feld internationaler Konkurrenz durchzusetzen. Nach dem jeweiligen Stand ge- und mißlungener Erpressung, deren ein Staat fähig ist, ist die Welt politisch eingeteilt.

§ 3

Wenn der imperialistische Staat im auswärtigen Handel seiner Wirtschaft Vorteile verschafft, so erfährt er an den ökonomischen Anliegen und Potenzen der anderen Staaten seine Schranken. Der Weltmarkt bewährt sich als Mittel der Bereicherung des nationalen Kapitals nur in dem Maße, wie es die anderen Nationen, die auf ihren Nutzen aus sind, zulassen. So verläuft die Konkurrenz als beständige Serie von Vereinbarungen und deren Bruch bzw. Korrektur. Ob die Aufkündigung der laufenden Beziehungen in der Fonn des Unwillens (währungspolitische und protektionistische Hemmnisse) oder in der des Unvermög ns (Schwinden von Angebot bzw. Zahlungsfähigkeit) erfolgt, ergibt sich aus den ökonomischen Grundlagen der geschädigten Nation, welche auch über den Fortgang des Abhängigkeitverhältnisses entscheiden. Die bedingte Brauchbarkeit der Partner ist dem imperialistischen Staat Anlaß, die Notwendigkeiten, denen sich die fremden Mächte ausgesetzt sehen, auszunützen. Sie werden mit ihrem Willen zur Fortführung ihrer Herrschaft, für die ein Funktionieren der ökonomischen Grundlage unerläßlich ist, erpreßt. Und zwar mit dem Angebot der Hilfe und weitergehenden Zusammenarbeit bei Maßnahmen, welche die Volkswirtschaft in ihrer Produktion zurichten als Mittel für die Bedürfnisse des Weltmarkts.

1. Wo der Handel die koloniale Vorgeschichte darin vollendet hat, daß die Finanzierung der herrschenden Klasse und eines Staatsapparates der Preis für die Überlassung der natürlichen Reichtümer gewesen ist, lautet das Rezept für die drohende Unbrauchbarbeit Entwicklungshilfe.
2. Wo der Krieg die Konkurrenz der imperialistischen Staaten dahingehend entschieden hat, daß in Europa neben einer besiegten nur ruinierte Industrienationen ihre Verluste zählten, ist es den USA - die als einzige akkumulationsfähig geblieben waren - eine süße Verpflichtung gewesen, der auswärtigen Akkumulation wieder auf die Sprünge zu helfen. Sie haben ihrem Kapital eine Sphäre der Akkumulation erschlossen, indem sie den ihnen genehmen Souveränen eine neue oder renovierte Zirkulation kreditierten. Seither ist die Außenwirtschaft ein einziger Beweis dafür, daß der Weltmarkt ein dauerhaftes Mittel nicht für die Nation ist , deren Kapital auf ihn angewiesen ist, sondern für die, welche ihn für ihr Kapital einrichtet (was selbstredend die Nutznießung der aufgelösten Kolonialreiche einschließt.). Da sich der Vorteil der so entwickelten Handelsnationen angesichts der bleibenden Omnipräsenz des Dollar-Kapitals als ein relativer erweist, überwinden sie die Schranken eines gemeinsamen Marktes durch die Internationalisierung der Geschäftstechniken, die sich im Innern der Nationen längst als Waffe des Kapitals bewährt haben: der Zusammenschluß von Kapital befähigt mit der Größe des eingesetzten Vermögens die Beteiligten zu neuen Leistungen im Konkurrenzkampf. Was für die einzelnen Nationen heraussprungt, wenn sämtliche Produktionsfaktoren mobil sind und multinationale Konzerne den Vergleich von Kostpreis und Marktpreis praktizieren, hängt von den Konditionen ab, die die Bündnispartner ihren ausländischen Freunden abzuhandeln in der Lage sind. Gegenstand des Streits sind hier der Standort des Unternehmens, die Besteuerung, Besonderheiten im Umgang mit dem Arbeiter und seinen Gewerkschaften - kurz: die wirtschaftspolitischen Erfordernisse und Konzessionen an die Rentabilität, also auch sämtliche Bedingungen des Marktes, welche zwischen den beteiligten Nationen und gegenüber Dritten gelten sollen.
3. Wo die Staatshandelsländer aufgrund der Schwierigkeiten bei der effektiven Akkumulation von verstaatlichtem Kapital ihr weitgehendes Nein zum Weltmarkt lockern, um die "wissenschaftlich-technische Revolution" doch noch zu bemeistern, treten die imperialistischen Länder bereitwillig

als Beender des "kalten Krieges" auf. Auch hier eignet sich das Kapital in Form von Kredit vorzüglich zu seiner exterritorialen Vermehrung,da die staatssozialistische Weise der Ausbeutung ihrer Finanzierung durch westliche "Monopole" keineswegs widerspricht und die Konditionen des Handels sich so laufend liberalisieren.
Entsprechend den Dialogen und ihren Ergebnissen, den imperialistischen Anträgen und der Widerstandskraft auswärtiger Mächte erweitern sich die Kriterien, nach denen sich die Welt aufteilt: verschiedene Formen der politischen Herrschaft werden an ihrer Brauchbarheit, daher auch an den Menschenrechten gemessen.

§4

Jeder Schritt imperialistischer Politik besteht entsprechend ihrem Ziel, der eigenen Nation die Produktion von Reichtum auch unter fremder Herrschaft dienstbar zu machen, in einer Schädigung des Interesses anderer Staaten, So wenig sich die Außenpolitik um die Opfer bekümmert, die ihre Durchsetzung auf dem Erdball bewirkt, so sehr ist ihr daran gelegen, mit dem Aufbegehren derer fertig zu werden, die über eine Staatsmacht verfügen, also über einen Gewaltapparat, ohne den die Ausbeutung der Menschheit an keinem Punkt der Erde zu machen ist: So wie die Aufteilung der Welt unter selbständige Souveräne ein Resultat von Kriegen ist, bedarf der im Weltmarkt praktizierte Kosmopolitismus der militärischen Gewalt zur Absicherung seiner Erpressungsmanöver, gehört zur Souveränität die Vorbereitung auf den Krieg. Jeder Staat hält sich um des Friedens der Konkurrenz willen eine Streitmacht., d.h. er trägt der Verletzung seiner außenpolitischrn Interessen, die immer droht, dadurch Rechnung, daß er einen beträchtlichen Teil seines Reichtums für das Kriegshandwerk zur Verfügung stellt und von einem noch viel beträchtlicheren Teil seiner Bürger verlangt, sich im Ernstfall für die Nation zu opfern.
Dabei verfährt der imperialistische Staat jedoch nicht leichtsinnig im Umgang mit seinem Kriegspotential: die internationale Diplomatie sondiert beständig den Grad der Gefügigkeit bei sämtlichen Haupt- und Nebenfeinden, bemüht sich um kurz-, mittel- und langfristige Bündnisse politisch-militärischer Natur. In Organisationen wie der UNO erlebt sie ihre Höhepunkte: neben konsequenten Massenvernichtungseinsätzen in der "Drittten Welt", die stets ein gewisses Einvernehmen seitens der Hauptfeinde notwendig machen, pflegen sich die mehr oder minder Mächtigen dieser Welt organisiert Auskunft zu geben über das Maß verspielten und erwünschten Vertrauens. Debatten, Abstimmungen und Resolutionen signalisieren den einzelnen Nationen die internationale Lage, vollzogene wie angepeilte Entscheidungen und Zusammenschlüsse, wobei die Ungenauigkeiten der diplomatischen Auskünfte durch die Abteilung Spionage bereinigt werden. Das Prinzip aller Communiques und Händel heißt zu Recht Nicht-Einmischung, weil jeder Einmischung, zumal in "vitale Interessen", die Anwendung des für diesen Fall unterhaltenen Gewaltapparates auf dem Fuße folgt.
Sicher, in den geordneten Verhältnissen unseres heutigen Imperialismus kann nicht jeder Staat unliebsame Beschränkungen seines Erfolgs mit einer Kriegserklärung beantworten, die nötigen Ententen in die Wege leiten und losschlagen. Es ist eben Sache der Weltmacht Nr.I, alles, was sich auf der Welt ökonomisch und politisch bewegt, am Zweck der Weltordnung, die sie geschaffen hat, zu messen, den Grad der Bedrohung einzuschätzen und angemessen zu reagieren - und zwar auch ohne Kriegserklärung und zweifelhafte Bündnispartner. Diese Aufgabe erfordert militärische Mittel, welche Überlegenheit zu jeder Zeit an jedem Ort garantieren. Der Maßlosigkeit ihres Kriegsprogramms werden die USA durch die Atombombe, die sie mit Hilfe ihrer Raketen an jedes Ziel befördern können, gerecht - freilich nur in Ergänzung zu den konventionellen Streitkräften und Waffen, die für relative Bedrohungen ihrer Interessen weiterhin zuständig bleiben, weil die absolute Vernichtung in solchen Fällen den Zweck der globalen Friedenssicherung gar nicht erfüllen würde. Umgekehrt taugt auch die absolute Waffe gegen eine absolute Bedrohung nur bedingt , da sich ein solcher Gegner die entsprechenden Geräte selbst.zulegt. Diese Logik ist ebenso in die Tat umgesetzt worden wie die anderen Kalküle imperialistischer Außenpolitik: auf die amerikanische Drohung mit der allzeit fälligen

Zerschlagung des Ostens hat die UdSSR reagiert, und seitdem gibt es einen .Rüstungswettlauf, einen Beitrag der europäischen Partner zur Wahrnehmung der freiheitlichen Interessen (NATO) und Abrüstungsgespräche, in denen um die Sicherung einer effektiven Kriegsführung gestritten wird. Die Sicherheit, die hier der Menschheit geboten wird, ist nur die eine: Vernichtung steht stets auf der Tagesordnung .

So sehr liegt den heutigen Protagonisten des Imperialismus an den Bedingungen ihres Geschäfts, daß sie einen ansehnlichen Teil des Reichtums von Freund und Feind auch einmal vernichten, wenn er sich wegen der politischen Hindernisse seiner Vermehrung nicht mehr zuführen läßt: die Emanzipation der Politik vom Profit, für den sie gemacht wird , ist eben eine Geschäftsbedingung, und Kriege sind daher immer wieder fällig, auch als Weltkrieg.

§ 5

Den Hauptfiguren des imperialistischen Treibens, den Politikern, die über Swap und Swing, VW do Brasil und Polenverträge, Europa und SALT, also auch mit Recht über Leben und Tod entscheiden, bleibt auch eine weitere Verantwortung nicht erspart: sie müssen die Öffentlichkeit ihrer und der anderen Länder mit der intensiven Pflege des internationalen Vergleichs beglücken. Schließlich haben die Bürger hier.wie dort mit Arbeit, Tugend und Not geradezustehen für die hohen internationalen Ziele der Nation, und da darf die Ausgestaltung des ideellen Lohnes nicht zu kurz kommen. Das Bewußtsein, zur richtigen Nation zu gehören und entsprechend in der Welt repräsentiert zu sein, macht Zweck und Inhalt des Kulturimperialismus aus. Und der ist wie alles Wichtige keine "bloße" Theorie, sondern auch Praxis.

Das niedere Volk hierzulande wird mit der Propaganda seines Lebensstandards beglückt, der im Kontrast zum realen Sozialismus und zu den Negern Wunder wirkt. Erstens hat man offensichtlich das bessere System erwischt, zweitens Staatsmänner, die tüchtig sind und auf die Freiheit aufmerken, was sie aber auch unbedingt müssen, weil man ist drittens nun einmal ein Mitglied der fähigsten Rasse. Mitleid mit auswärtiger Armut muß allerdings auch sein, und vor allem die Anerkennung auswärtiger Gepflogenheiten, so exotisch-irrational die Sitten auch sein mögen. Dies, um die prinzipiell geschätzte Selbstzufriedenheit in all den Fällen zu bremsen, wo die Ideologie der Hilfe anderen Völkern gegenüber ernst genommen und daher in ihren praktischen Konssquenzen mißbilligt wird. Die Mitmachübungen, die der Mär von der Völkerfreundschaft gewidmet sind und das Gegeneinander der Nationen als zelebriertes Miteinander darstellen, gehen auf die Lösung der schwierigen Aufgabe, Respekt und Verachtung unter einen Hut zu bringen. Olympiaden, Fußball-Länderspiele sowie kleinere Begegnungen der unheimlichsten Art sind imperialistische Staatslektionen, ganz gleich,wie sie enden: Wo Furcht am Platz ist und Wachsamkeit, geht aus Filmen und Schlagern hervor.

Gebildete Menschen werden gemäß ihrer Bildung nicht nur mit Fremdsprachen, sondern auch mit Vorzügen und Nachteilen der eigenen wie fremden Kultur vertraut gemacht, so daß sie, kaum erwachsen, vor internationalistischer Toleranz nur so strotzen. Der Genuß des Fremden, dem man sich auf Bildungsreisen, sonst aber nicht, anbequemt, erfährt hier seine Betonung gegenüber der Selbstzufriedenheit, die sich im proletarischen Auslandsurlaub feiert. Und in den institutionalisierten Auswärtsspielen vom Goethe-Institut über den Austausch-Lehrer und -Schüler bis zum Orchestergastspiel wird das nationale Erbe modest demonstriert.

Die umgekehrte Demonstration der "Kleinen" bis "Unterentwickelten", die mit ihren Sportlern, Tanzgruppen und Bastkunstwerken ein paar Punkte im globalen Anerkennungszirkus machen möchten, fällt dagegen peinlich aus, weil sie Repräsentation ohne das zu Repräsentierende ist. Die Anstrengung ist zu leicht kenntlich als Ersatz für nationale Größe, die ohne Reichtum nun einmal nicht zu haben ist - wovon auch der Ostblock manches Lied singen kann. Seine Zeugnisse der Macht werden ohne viel Federlesens und mit viel Neid als Akte der Dressur und Indizien der Unfreiheit entziffert.

Fazit hier wie dort: Nix Kultura.

Dach-ak: retry, ignore or cancel?

Vorlage der Redaktion für die Vollversammlung am 22.3.1992

Von der Mehrheits-Redaktion aus wollen wir versuchen, eine kurze Zusammenfassung über unsere Erfahrungen mit dem Dach- ak zu geben. Wir müssen anfangen zu überlegen, ob und unter welchen Bedingungen eine Verlängerung des Dach-ak-Modells stattfinden soll.

Nach den langen und zähen Auseinandersetzungen mit der Gruppe K und innerhalb der Ex-KB-Mehrheit, wie mit einer Trennung der Organisation in bezug auf die Zeitung umgegangen werden soll, war das Ergebnis der Vertrag zwischen der Gruppe K und der Mehrheit für vorläufig ein Jahr ein Dachmodell-ak zu versuchen. Das Konstrukt sah eine gemeinsame Redaktion von jeweils sechs aus den beiden Gruppen kommenden RedakteurInnen vor, die gemeinsam den Gesamt-ak herausgeben sollten.

Diejenigen, die vor einem Jahr die gemeinsame Herausgabe des ak durch die Nachfolgegruppen des KB befürworteten, mußten von zwei Prämissen ausgehen, sofern sie es nicht aus reinem Pragmatismus getan haben.
1. Die Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Gruppen sind so groß, daß die aktuellen Differenzen dahinter zurücktreten können.
2. Es gibt eine gemeinsam zu formulierende Richtung, in der mit der Zeitung gearbeitet werden soll.

ad 1. Diese Auffassung wurde durch die Entwicklung des Richtungsstreits während des Golfkriegs (scheinbar) bestätigt. „Der KB", von wenigen Ausnahmen abgesehen, war sich wieder einig in der „antiimperialistischen Ablehnungsfront". Daraus ergaben sich jedoch keinerlei Konsequenzen. Im Gegenteil konnten wir beobachten, daß die Gruppe K krampfhaft bemüht war, die Differenzen zu den neuen Bündnispartner („Radikale Linke") zurückzustellen und im Gegenzug die Differenzen zur Mehrheit zu erhöhen.

ad 2. Ein realer Versuch, diesen Anspruch zu formulieren wurde nicht unternommen. Welche Schwierigkeiten sich aufgetan hätten, wenn der Versuch unternommen worden wäre, zeigt sich in den beiden Vorschlägen für ein ständiges Editorial. Die daran anknüpfenden Fragen wurden weder diskutiert noch wurden die direkt an die Gruppe K gerichteten Fragen jemals beantwortet.

Nach ein bis zweimaliger Teilnahme eines oder maximal zwei VertreterInnen der Gruppe K auf Redaktionssitzungen, war die Situation einfach so, daß die jeweiligen Redaktionsteile keine gemeinsamen Termine mehr gemacht haben. Eine ordentliche Begründung hat es dafür von der Gruppe K nie gegeben. Informel konnte mensch aber erfahren, daß sie Treffen unter sich machen und dort diskutieren, was sie für den ak machen wollen, eine Diskussion mit uns, bzw. eine gemeinsame Diskussion darüber wie der nächste ak gestaltet werden sollte, also was für Schwerpunkte vielleicht sinnvoll wären, zu welchen Themen mensch eventuell Artikel einholen sollte etc. nicht für nötig erachteten. Das führte dann zu der Entwicklung, daß das Gesamtprodukt sowohl inhaltlich als auch technisch in unserer Verantwortung lag und liegt, die Gruppe K als wesentliches Interesse hat, *ihre* Artikel in den ak zu bekommen. D.h. dann im konkreten, daß bei Seitenüberhang von ihrer Seite nicht die Gesamtzeitung im Blick ist, bei der Frage, welche Artikel geschoben werden sollen, sondern nur aufgepaßt wird, daß es nicht *ihre Artikel* sind. So ist die offensichtlich unterschiedliche redaktionelle Vorstellung für diese Zeitung, in letzter Zeit zunehmend zum Auseinandersetzungspunkt geworden.

Was die Zusammenarbeit - wenn mensch sie dann so nennen will - in letzter Zeit erheblich belastet hat, sind die Drohungen, die in der politischen Auseinandersetzung auftauchen: wenn solche Artikel (wie der von kt) nochmal im ak erscheinen, dann müsse die weitere Zusammenarbeit überlegt werden (im Leserbrief von Clemens, im Leserbrief von den Westberliner GenossInnen, in der Distanzierungserklärung von jw. und Hr., in dem Artikel von jw. und be). Wir sind allerdings der Meinung, daß sich im ak eine Auseinandersetzung abspielen sollte, die sich um die relevanten politischen Streitikkeiten drehen. Das muß dann auch bedeuten, daß gegenseitig mißliebige Positionen abgedruckt werden. Also die berühmten Kröten geschluckt werden. Die Auseinandersetzung dann aber so zu führen, daß die AutorInnen als prodeutsch, pronationalistisch etc. beschimpft werden, anstatt sich mit den Inhalten auseinanderzusetzen, ist einerseits als Umgangston zwischen Leuten (Linken), die gemeinsam eine Zeitung machen wollen nicht zu akzeptieren und andererseits nicht gerade förderlich dafür, daß sich Gastautorinnen von außen einmischen, ganz zu schweigen von neuen SchreiberInnen.

Über dieses Problem hinaus, hat sich neben dem Abbröckeln von SchreiberInnen aus der Mehrheit auch die Veränderung in der Minderheit nicht gerade für eine weitere Zusammenarbeit motivierend entwickelt. So sind auch gerade die RedakteurInnen aus der Minderheit, mit denen wir uns eine fruchtbare Zusammenarbeit haben vorstellen können, gar nicht erst gewählt worden sind (max.), rausgegangen (nm, dsm) oder arbeiten nur noch eingeschränkt für den ak (sob.).

Unsere Vorstellung ist daher, der Gruppe K vorzuschlagen der Nichterneuerung des Vertrages über den 31.7.1992 hinaus zuzustimmen.

Die formalen Fragen, Weiterführung des Namens durch uns, wenn sie keine eigene Zeitung herausgeben, aufs Eis legen des Namens, wenn sie auch eine Zeitung weiter herausgeben wollen. Ggf. Untervermietung von Räumen und Maschinen etc. sind dann möglichst einvernehmlich zu klären.

ga. 20.3.1992

Protokoll der Nürnberger Runde, 2.3.92

(Auszug)

6. Vorbereitung HH-Treffen Part 1

he.: Doch-ak hat sich nicht bewährt. Für „fristlose Kündigung" dieses Modells. Nach Weggang von sab., dsm. u.a. fähigen Leuten der Ex-Minderheit kann man den Rest „löschen", deren Beiträge sind eher „schädlich". Die politische Kultur verkomme völlig, wenn jeder Schmarren abgedruckt wird; „Insiderquatsch" sollte nicht von uns finanziert werden.

gy.: Zweifel, ob wir den ak allein herausgeben können.

chr.: Im Doch-ak ist viel „Schrott" abgedruckt, die Zusammenarbeit mit der Gruppe K bringt nicht viel. Problem: Politische Substanz der Mehrheit! Zerfleddert die Mehrheit ohne den Doch-ak?

mx.: Politische Substanz der Mehrheit dito. Diskussionsprozesse innerhalb der Mehrheit z. T. erst am Anfang (bundesweite Treffen).

ing.: Auseinandersetzung mit Gruppe K lähmt Mehrheit.

ha.: Zu Beginn des Doch-ak-Modells gute Minderheits-Artikel im ak. Rückblickend jedoch negative Bilanz. Die Gruppe K führt nur eine Ideologiedebatte über ein bis zwei Themen mit diversen Beschimpfungen nicht nur der Mehrheit. Das gibt's origineller in der konkret. So wie jetzt kann es nicht mehr weitergehen; das Doch-ak-Modell sollte zur Sommerpause auslaufen. Es sollte eine offene Diskussion über die Zukunft des ak geführt werden, und zwar auch mit anderen Teilen der Linken (Tenor „neues Projekt" nach dem Doch-ak; Solidarität einfordern; gezielt Leute ansprechen, z.B. PROWO). Mittelfristig ist der Mehrheitszusammenhang eher am Bröseln.

ul.: Der oft erwähnte Qualitätsabfall des ak wirkt sich offensichtlich bisher nicht auf die LeserInnenzahlen aus. Gegen den Pessimismus: Der ak ist nach wie vor eine sehr relevante linke Zeitung.

al.: Problem ist, daß es immer weniger kompetente Zeitungsmenschen werden. Auch die Mehrheit scheint sich zu atomisieren. Die Zusammenarbeit mit der Gruppe K sollte auslaufen (keine Sanktionsmöglichkeit gegen unmögliche Artikel). Deren Artikel entwerten den Rest der Zeitung. Aus der Mehrheit kommt bis jetzt nur folgenloses „Gejammer".

he.: Die momentan freien Stellen sollten in dem Sinn besetzt werden, daß über die Redaktion mehr als bisher Gastartikel organisiert werden.

ing.: Skeptisch, ob sich für eine solche Redaktionsstelle jemand außerhalb des Vereins finden würde (ungewisse Perspektive des Projekts). Plädiert nichtsdestoweniger für eine neue Art von Redaktionsarbeit. Nach eine „Übergangszeit" von 1 Jahr sollte geklärt werden, ob es weiter „unser" Projekt ist.

ha.: Im Gegensatz zu heute müßte klar sein, was Redakteure/Innen zu tun haben.

mx.: Redaktionsarbeit müßte neu organisiert werden, so daß die Organisierung von Gastbeiträgen im Vordergrund steht, und erst in zweiter Linie eigene Artikel geschrieben werden. „Schreibende Redakteure" als Modell aus der KB-Tradition.

al.: Man bräuchte Leute mit Überblick sowie der Fähigkeit, Artikel ranzukarren. Modell der „schreibenden Redakteure" mit altem Politikmodell des KB verbunden: Artikel schreiben = Richtung der Zeitung bestimmen. Einerseits: Ein neues Redaktionsmodell wäre auf jeden Fall mit einem breiteren Aussagenspektrum verbunden (weniger „KB-Linie"). Andererseits: Der ak war die letzten Jahre mehr als früher Parteiblatt und damit uninteressanter.

gy.: Mehr als 10 - 20% Gastbeiträge nicht möglich. Gewinnen von GastautorInnen sehr schwierig.

chr.: Für diese „neue" Redaktionsarbeit bräuchte man wohl zusätzliche neue Leute. Alte Kader können/wollen das nicht? Wichtige Impulse müssen auf jeden Fall aus der „alten" Substanz des ak kommen. Die ganze Debatte um die „Öffnung" des ak hat den objektiven Hintergrund, daß wir es allein nicht mehr schaffen. Allgemein ist es wichtig, sich auf linksradikaler Seite die Fähigkeit des Zeitungsmachens zu erhalten.

al.: Im Prinzip gibt es derzeit viele Schreiberlinge, die wenig Publikationsmöglichkeiten haben (z. B. Inter-Soli-Szene).

ha.: Zusammenarbeit mit anderen Linken ist spätestens jetzt angesagt. Eventuell Konferenz „Wie weiter mit dem ak?" mit Leuten aus anderen linken Organisationen, Stadtzeitungen usw. Finanziell/inhaltlich sollte das Projekt weiter Ex-KB-dominiert sein.

st.: Fragt sich, warum er ein völlig beliebiges („pseudo-pluralistisches") linkes Blatt weiter finanzieren soll.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß es KEINE Stimme GEGEN das Auslaufen des Doch-ak-Modells gab.

mx., Nürnberg, 8. März 1992

Trotz allem nett ...

CIA: Die Stasi war der beste Geheimdienst

dpa **Washington** – Der ostdeutsche Staatssicherheitsdienst (Stasi) nötigt seinen amerikanischen Geheimdienst-Kollegen nach seinem Ende noch Respekt ab. In einer Studie kam die CIA nach Angaben des Nachrichtenmagazins „U. S. News and World Report" zu dem Ergebnis, die Stasi sei der beste Geheimdienst der Welt gewesen. Beim Durchkämmen der Stasi-Akten hätten CIA-Spezialisten festgestellt, daß jeder einzelne US-Spion in der DDR entweder von vornherein ein Doppelagent war oder „umgedreht" wurde. In den westdeutschen Nachrichtendiensten habe die Stasi rund 4000 Agenten unterhalten.

26/10/10 dpa

45

Stichworte zur Postkabeistischen Publizistik

1. Um das arg mißverstandene und ungnädig hin und her geschubste Wort von der „Zeitungsorganisation" doch noch einmal aufzugreifen: Der KB war „Zeitungsorganisation" in dem Sinn, daß für uns die Zeitung eine unverzichtbare *Voraussetzung* der politischen Arbeit war. Soll heißen: wer politisch arbeiten will, braucht ein permanentes Kommunikationsmittel, *um sich nach außen mitzuteilen*. Organisierte politische Arbeit ohne ein solches Medium ist sinnlos. Praxis, die nicht publizistisch vermittelt und auf diesem Wege multipliziert wird, erreicht jeweils nur eine kleine Zahl von Leuten, von denen sie unmittelbar sinnlich wahrgenommen werden kann. Das kann im Einzelfall gerechtfertigt sein (Beispiel: betriebliche Aktivitäten), ist aber prinzipiell in der input/output-relation sehr ungünstig. Insgesamt betrachtet wollen wir ja so viele Leute wie möglich erreichen. Dementsprechend muß ein erheblicher Teil der geleisteten Arbeit und der verfügbaren Mittel in die Zeitung investiert werden.

2. Klingt ziemlich banal, oder? War aber, als wir 1970/71 die ersten Schritte aufs Eis probierten, in der Linken keineswegs anerkannter Grundsatz. Und mensch betrachte auch das geringe Verständnis der PDS für die Aufgaben einer linken Publizistik.

3. Wenn in der Vergangenheit für uns galt: politische Organisation ohne Zeitung ist sinnlos, so müssen wir umgekehrt für das postkabeistische Stadium des AK auch feststellen: Zeitung ohne ... ist sinnlos. Nein, es wäre wohl übertrieben, an die Stelle der drei Punkte die Worte „politische Organisation" zu setzen. Versuchsweise schlage ich vor: eine Zeitung ohne politische Absicht, ohne politisches Wollen, was irgendwann auch eine organisatorische Perspektive wieder einschließt, eine Zeitung ohne diese Voraussetzungen ist sinnlos.

4. Natürlich, es gibt auch Zeitungen, mit denen Geld verdient wird. Da könnte dies dann als Zweck ausreichend sein. Aber eine Zeitung, die nur durch Opfer am Leben gehalten werden kann, kann meiner Ansicht nach ohne einen dahinter stehenden politischen Willen, mit Hilfe dieses Mediums eine bestimmte „message rüberzubringen" — der Begriff der „message" soll bitte nicht dogmatisch verengt mißverstanden werden — die Zeitung also kann ohne das Grundbedürfnis, etwas mitteilen zu wollen, nicht existieren, und nur von diesem Grundbedürfnis her kriegt sie ihren Sinn.

5. *Daraus ergibt sich nach wie vor die Problematik der Vertragskonstruktion „gemeinsame Herausgeberschaft" für den AK*, und zwar auch unabhängig davon, ob die Zusammenarbeit in jedem einzelnen Fall nun etwas besser oder etwas schlechter abläuft. Denn das, was *wir* mitzuteilen haben, steht auf jeden Fall in keiner sinnvollen Beziehung zur „message" der Minderheit. Beide Positionen konnten sich schon zum Zeitpunkt der KB-Auflösung nicht mehr zu einem fruchtbaren pluralistischen Diskurs ergänzen, sondern standen antagonistisch gegeneinander. Die Logik der Abgrenzung verringerte schon damals den Nutzwert der Zeitung erheblich, da viele Beiträge in ihrer KB-Spezifik unverständlich und abstoßend wirkten. Hieran hat sich durch Auflösung des KB nichts geändert, jedenfalls nicht zum Positiven. Die Manie der Minderheit, jetzt Gruppe K, sich durch negative Abgrenzung von der Mehrheit definieren zu müssen, hat eher noch zugenommen.

6. Eine sinnvolle Gestaltung der Zeitung nach einem diskutierten und ständig überprüften Konzept war und ist nicht möglich, da ein erheblicher Teil der Zeitung von der Gegenseite einfach *diktiert* werden kann. Der Gedanke der *„Zeitung in einem Guß"*, der bei aller Vielfalt, Spontaneität und bei allem (selbstverständlich liebenswerten) Dilettantismus doch eine wesentliche Stärke des alten AK ausgemacht hatte, war und ist nicht mehr zu praktizieren. Der frühere Anspruch, sich *gemeinsam* zu überlegen, „wie die nächste Zeitung aussehen soll", erledigt sich *a priori*, wenn der Inhalt zu erheblichen Teilen von der Gegenseite *autonom* gestaltet wird, und dies zudem nach dem Prinzip der Katze im Sack. (Viele Artikel der Gruppe K werden erst spät angemeldet, und was drin steht, zeigt sich erst ganz kurz vor Ultimo). Beim Stand der Dinge wird jede Überlegung und Diskussion zum Konzept der Zeitung von vornherein entmutigt, denn nur eine halbe Zeitung zu machen, heißt auf der konzeptionellen Ebene zugespitzt: gar keine Zeitung zu machen. (Soll heißen: konzeptionell, als „Gesamtkunstwerk" betrachtet, ist die Zeitung nicht *halb* unser Produkt, sondern sie ist eben *nicht* unser Produkt.)

7. Hier muß ich vermutlich zugleich dem fatalen Mißverständnis widersprechen, als wollte ich die bestehende weitgehende Konzeptionslosigkeit — nicht nur hinsichtlich des AK, sondern überhaupt hinsichtlich unserer Politik — einfach ganz bequem der bestehenden Vertragskonstruktion mit der Gruppe K anlasten. Das ist aber keineswegs die Absicht. Die Probleme würden wahrscheinlich im Wesentlichen erst einmal auch ohne die Gruppe K so bestehen. Es ist nur so, daß meiner Ansicht nach *ohne* Änderung der Geschäftsgrundlagen für den AK gar nicht die *Voraussetzungen* bestehen, sinnvoll über Konzept und Strategie zu diskutieren.,

8. Wir hatten im vorigen Jahr, während der Gespräche über Trennung und KB-Auflösung, für notwendig gehalten, für die weitere Arbeit der Mehrheit eine Art politische „Plattform" zu formulieren. (Meiner Erinnerung nach hatte ich dabei einen Part übernommen.) Geschehen ist, soweit ich weiß, in diese Richtung nichts. Die Frage ist ja auch, ob es überhaupt noch einen inhaltlichen Konsens unter uns gibt, der den Stoff einer solchen „Plattform" hergeben könnte. Die Ereignisse der letzten drei Jahre haben uns alle — und die gesamte Linke weltweit — so total und in einem solchen Tempo durcheinandergerüttelt und mit sich rasant wandelnden Situationen konfrontiert, daß es vermutlich schwer wäre, heute irgendeinen „vereinheitlichten" Zwischenstand als (Minimal-) Konsens oder Mehrheitsmeinung unserer Gruppierung zu formulieren. Uns hält, so scheint mir jedenfalls, im Wesentlichen ein Konsens zusammen, den wir uns *vor etlichen Jahren* einmal stückweise erarbeitet haben und der heute vermutlich an vielen Punkten fragwürdig wäre, sobald man den Dingen genauer nachgehen würde.

9. Es kommt erschwerend hinzu, daß eine Diskussion unter uns nur noch punktuell stattfindet. Im AK und „am" AK findet sie, scheint mir, überhaupt nicht mehr statt, oder ist das übertrieben? Wo die einzelnen GenossInnen heute „stehen", ist kaum im Zusammenhang faßbar. Somit bleibt, bei Fortbestand der Lage, auch nebulös, was sinnvollerweise als derzeitiger Diskussionsstand in eine „Plattform" hineingeschrieben werden könnte. Er wäre aber schon wichtig, daß eine „Plattform", wenn denn ein Sinn darin liegen soll, aus der Diskussion selbst „herauswachsen" müßte — und daß sie nicht bloß individuell entworfen und kollektiv akzeptiert wird, weil's so am bequemsten ist und man nichts Gescheiteres bei der Hand hat.

10. Es scheint mir wichtig, festzustellen, daß die Diskussion unter uns ganz schlecht läuft, um die Aussage, daß mit der Gruppe K keine Diskussion möglich ist, auf ihre reale Bedeutung zu reduzieren. Soll heißen: die Schwierigkeiten ergeben sich nicht *nur* aus der antagonistischen Konfron-

tation mit der Gruppe K, sondern sind auch hausgemacht. Letzten Endes wäre aber ganz wichtig, daß politische Stellungnahmen und Interventionen verstärkt wieder *kollektiv* erarbeitet werden, auch durch öffentlichen „Streit" im AK. Der AK ist, soweit es um Themen geht, in denen Kontroversen angelegt wird, heute Sache einer zu kleinen Zahl von AutorInnen. Eine der negativen Folgen ist, daß der Konflikt mit der Minderheit/Gruppe K ganz schnell Züge eines Privatkriegs bekommt, den ein paar Leute gegeneinander führen, oder im Extremfall zur beliebten Kopfjagd wird. Besonders da, wo es um Konfliktthemen geht, bräuchten wir eigentlich dringend eine *breitere Basis* von AutorInnen.

11. Es bestand in der Trennungsdebatte vor einem Jahr grundsätzliche Übereinstimmung, daß eine *Verbreiterung* der Trägerschaft des AK anzustreben sei, durch verstärkte Gewinnung von Gastautoren und eventuell auch durch Zusammenarbeit mit anderen Gruppen/Strömungen. Dem hat im Prinzip auch die damalige KB-Minderheit zugestimmt, auch wenn sie dabei ein anderes Spektrum im Auge hatten als wir. (Man muß das so in der Vergangenheitsform sagen, weil die Minderheit/Gruppe K das damals bekundete Interesse an ihren angeblichen „Wunschpartnern" — Trotzkisten, Anarchisten, Gruppen für den bewaffneten Kampf — ganz schnell verloren bzw. eigentlich überhaupt kaum je praktiziert hat.)

12. Wieweit es uns — gemeint: die Mehrheit — gelungen ist, Gastautoren heranzuziehen und mit anderen Gruppen AK-mäßig zu kooperieren, wäre im Detail zu untersuchen. Es gibt auch die Ansicht, daß es doch in den AKs des letzten Jahres ziemlich viele Artikel von nicht-KB-AutorInnen gegeben hätte. Zahlenmäßig könnte das sogar stimmen — es wäre, wie gesagt, zu untersuchen —, aber es hat sich jedenfalls nicht dort niedergeschlagen, wo es um die Erarbeitung von Grundlagen für einen neuen linken Politikansatz gehen würde. (Beispiel: Wenn ein Gastautor über die Situation in Peru schreibt, so ist das gut und nützlich, aber es berührt eigentlich nicht unmittelbar *das*, was wir bei dem Ziel „Verbreitung der Trägerschaft/Gewinnung von Gastautoren" im Augen hatten, nämlich ein dialogisches und tendenziell kooperatives Moment, nicht nur bezogen auf ein Spezialthema, sondern auf linke Politik insgesamt.)

13. Sicher würde es aber nichts nützen, noch einmal voluntaristisch den Wunsch nach mehr Gastbeiträgen zu wiederholen. Die zugrunde liegende Situation scheint ja zu sein, daß der linke Dialog insgesamt im letzten Jahr noch schwächer geworden ist, als er ohnehin schon war. Keineswegs ist es so, daß der Dialog irgendwo anders stattfindet, aber der AK sich aus sektiererischen oder sonstigen Gründen der Beschränktheit dagegen abschottet. Eher muß man wohl konstatieren, daß der Diskussionsbedarf in der Rest-Linken derzeit insgesamt nicht groß ist, was vielleicht auch darauf zurückzuführen ist, daß das Bedürfnis, politisch etwas zu *tun*, nicht sehr groß ist. (Man hätte auch annehmen können, daß eine Phase der Praxis-Flaute eine Zunahme der theoretisch-intellektuellen Diskurse begünstigt. Aber derzeit ist das Gegenteil der Fall.)

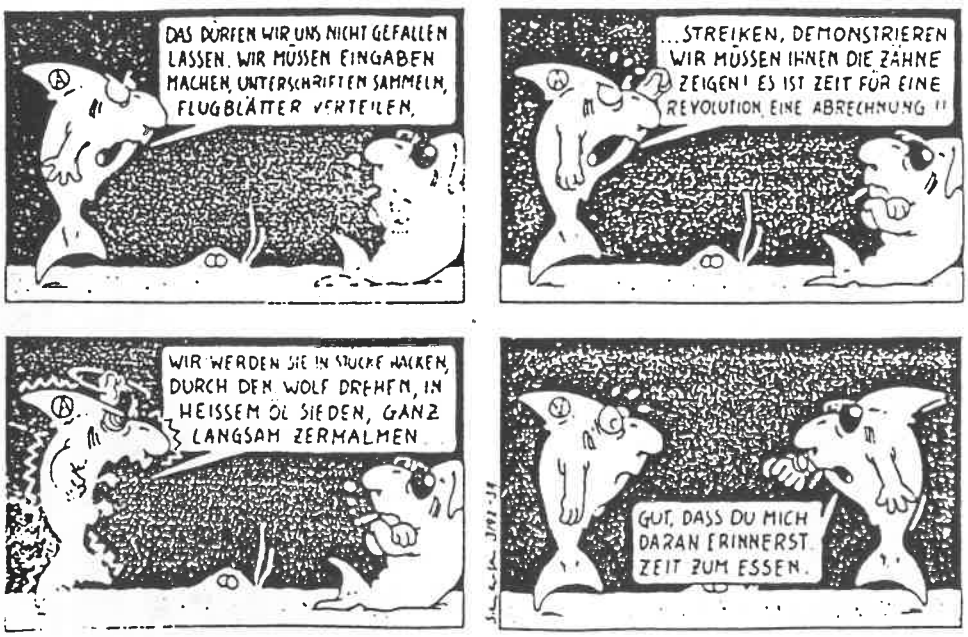
14. *Eine zentrale Aufgabe sehe ich nach wie vor darin, weit mehr als bisher in der Ex-DDR „Fuß zu fassen"*. Das war aber in seiner Bedeutung schon vor einem Jahr auch unter uns umstritten. Realistisch betrachtet haben wir dort jedenfalls keine Fortschritt gemacht, eher vermutlich im Gegenteil.
Ganz gewiß ist der AK in seiner jetzigen Form für die Ex-DDR kein geeignetes Produkt. Es wird sogar angezweifelt, ob es denn überhaupt möglich (und wünschenswert?) sei, eine linke Zeitung *sowohl* für die Alt-BRD wie auch für die Ex-DDR zu machen. Man könnte aber auch erwidern: es käme auf einen Versuch drauf an, und der wurde bisher noch gar nicht unternommen.

15. Es ist im vergangenen Jahr nicht in nennenswerter Zahl gelungen, AutorInnen aus der Ex-DDR für den AK zu interessieren. Das Faktum steht fest, aber es sollte vielleicht doch noch einmal an jedem Einzelfall hinterfragt werden, woran die guten Vorsätze denn nun eigentlich gescheitert sind.

Ein Punkt, der jetzt schon konstatiert werden muß, scheint mir aber zu sein: Es ist nicht primär das Problem, daß der AK als Medium von AutorInnen aus der Ex-DDR nicht „angenommen" wird und daß die Debatte unter den dortigen Linken sich andere Foren sucht. Eher scheint es so, daß eine Debatte, jedenfalls in den Formen, wie man sie hierzulande gewohnt ist, auf dem Gebiet der Ex-DDR kaum stattfindet. Die Befreiung vom Druck der SED-Vormundschaft scheint jedenfalls keine Lust auf öffentlichen Meinungsstreit ausgelöst zu haben. (Obwohl auf der anderen Seite eine Neigung zu kleinlichem Gezänk sehr wohl zu beobachten ist.)

Insgesamt ist wohl für Ost wie West zu konstatieren, daß die sozialistische „Streitkultur", soweit es um systematischen, öffentlich nachvollziehbaren Meinungsstreit geht, heute einen historisch wohl beispiellosen Tiefstand erreicht hat. Tiefstand nicht im Sinne polemischer Verflachung und bösartiger Zuspitzung, was es ja in der Geschichte alles schon gegeben hat, sondern des gähnenden Desinteresses und anhaltender Ermüdung aller Beteiligten. Das ist wäre sicher vom AK aus selbst *dann* nur sehr bedingt aufzubrechen, wenn unsere interne Situation erheblich besser wäre, als sie real nun einmal ist.

Kt. 20.3.92



Rückblick auf 10 Ausgaben Dach-AK und einige Schlußfolgerungen
von he., 9.5.92

Am 26. August 1991 erschien die erste Ausgabe des ak in gemeinsamer Herausgeberschaft der beiden aus dem KB hervorgegangenen Gruppen (im weiteren KB(M) und Gruppe K genannt). Da dieser Vertrag auf ein Jahr befristet worden ist, nunmehr zehn Ausgaben erschienen sind und keine automatische Verlängerung vorgesehen worden ist, ist es an der Zeit, Bilanz zu ziehen, um über die Zukunft Entscheidungen zu fällen.

Ausgangspunkt war, daß innerhalb des KB eine Zäsur stattfand, die von unterschiedlichen Motiven geprägt war. Ich könnte nun einzelne Gründe für die dann folgende Spaltung aufführen, lasse dies jedoch deshalb, weil sich diese Spaltung des KB gar nicht mehr stringend nach inhaltlichen Gesichtspunkten beschreiben läßt. So ist es nach wie vor so, daß es über die heutige Spaltung hinaus gemeinsame ideologische und politische Ansichten gibt.
Die Minderheit hat zu ihrem politischen und ideologischen Programm eine strikte und radikale Auslegung eines Teils von KB-Politik der letzten 20 Jahre gemacht, die sich etwa auf den Nenner bringen läßt: antideutsch und antiopportunistisch. Diese Art der Spaltung ist nicht neu, da schon die Trennung von der Gruppe Z unter dem Motto gegen den Opportunismus und für "Das Festhalten am Marxismus-Leninismus" lief. (Entgegen allen landläufig verbreiteten Auffassungen bin ich nach wie vor der Meinung, daß der Gruppe Z innerhalb des verbleibenden KBs vor allem ihr Engagement innerhalb der GRÜNEN zum Vorwurf gemacht wurde. Darauf deuten beispielsweise die Reaktionen auf die unmittelbar nach der Spaltung veröffentlichten Papiere innerhalb des KBs hin. Nicht umhin kann Mensch auch um die Tatsache, daß sowohl bei später zum KB gestoßenen GenossInnen als auch bei Menschen außerhalb des KB dies als die eigentliche Trennungslinie angesehen wird.) Übrig blieb damals, 1979/80, die Parole "Wir bleiben die Linksradikalen", und dies war auch eine der entscheidenden Parolen 1989/90. Die Minderheit nahm für sich in Anspruch, das linksradikale Element der KB-Geschichte zu wahren, was umgekehrt bei vielen Mehrheitlern Magenschmerzen hervorrief, da sie sich selbst in dieser Rolle sahen. Noch die Gründung der Radikalen Linken rief auch bei vielen KBlern, die sich später bei der Mehrheit befanden, Wohlgefallen hervor. Eigentlich gab es immer ein großes Unverständnis, warum nicht auch "wir" an diesem Prozeß teilnahmen. So kam es beispielsweise noch auf dem Kongreß vor der Spaltung zu einem fast einhelligem Votum zur Unterstützung der geplanten Aktionen der Radikalen Linken (inclusive finanzieller und logistischer Unterstützung). Die Trennung folgte einer ganz anderen Logik: die Mehrheit wollte nicht noch einmal ein weiteren linksradikalen Einigelung folgen, die von der Minderheit beabsichtigt wurde, allerdings mit der Einschränkung, daß man sich selbst nach wie vor als das linksradikale Element der Gesellschaft betrachten wollte. Im Konkreten besagte dies am vielzitierten Beispiel der "PDS-Orientierung", daß man aus bündnispolitischen Gesichtspunkten durchaus dem Gedanken folgen wollte, auf die PDS als einen wichtigen Teil der Entwicklung der Linken anzusehen (was auch in entsprechenden Resolutionen zum Ausdruck gebracht wurde), aber eigentlich war man doch der Meinung, daß dies nur eine armselig opportunistische Vereinigung war. Der Unterschied zur Minderheit in dieser Frage war eigentlich nur, daß diese ein solches Unternehmen per se als opportunistisch abwertete. In dieser Frage, die letztlich zu einer der Hauptfragen der Spaltung emporgehoben wurde, haben letztlich personelle Fragen den Ausschlag gegeben. Es gab eben keine Orientierung der KB-Mehrheit auf die Zusammenarbeit mit der PDS. Es gab eigentlich gar keine politische Orientierung, was auch darin seinen Ausdruck fand, daß ein Beschluß, eine Vorlage für eine politische Plattform zu schreiben, sang und klanglos unterging.
Warum noch einmal dieser Rückgriff auf die letzte Spaltungsgeschichte? M.E. ist sowohl die Spaltung, der Verlauf dieser Auseinandersetzung, dies Jahr "Dach-AK" und die nächste Zukunft nur dann mit Ergebnis zu diskutieren, wenn wir uns einigermaßen darüber im Klaren sind, was wir politisch wollten, was wir wollen und wovon wir uns abgrenzen.
Die Mehrheit hat aus der scheinbar antagonistischen Konfrontation im Herbst 1990 auf einer Versammlung den Schluß gezogen, sich organisatorisch und publizistisch von der Minderheit zu trennen, zu deutsch: ein Spaltung des KB zu vollziehen.
Dagegen wurde von der Minderheit mit viel Geschrei zu Felde gezogen. Nicht wirklich inhaltlich, weil sie eigentlich die ganzen Monate zuvor deutlich gemacht hatte, daß es mit dieser Mehrheit nicht in einer Organisation weitergehen könne. Sie machte sich den Minderheitenstatus zu eigen, erklärte in der Öffentlichkeit, sie solle ausgeschlossen werden, aus dem ak ausgegrenzt werden usw. Zu keinem Zeitpunkt des folgenden Streit hat sie dargelegt, weshalb eine gemeinsame Organisation mit der Mehrheit sinnvoll und notwendig sei. Sie hat eben nur unter dem Gesichtspunkt gehandelt, daß die Behauptung, von der Mehrheit ausgeschlossen zu werden, innerhalb der Linken, aber auch innerhalb des KB für sie Pluspunkte bringen würde. Insbesondere ging es ihr um eine weitere, auch wirklich effektive publizistische Tätigkeit. Diese stand und fiel, das war auch den meisten von uns klar, mit dem ak. Nach wie vor würde ich behaupten, daß die Minderheit zu diesem Zeitpunkt kein inhaltliches, sondern lediglich ein taktisches Interesse am Dach-ak hatte. Auch wenn dies eine Negativaussage ist, sollte dennoch anerkannt werden, daß die Minderheit aus ihrer Sicht das beste aus der Situation gemacht hat.
Meiner Intervention für den Dach-ak lagen zum damaligen Zeitpunkt folgende Begründungen (Reihenfolge ohne Wertung) zugrunde:
1. Die Spaltung des KB war in inhaltlicher Sicht zwar nicht ausgereift aber organisiatorisch nicht aufzuhalten. Die Spaltung erfolgte mehr persönlicher Anhängerschaft denn inhaltlicher Ausdifferenzierung.
2. Aus erstens folgte für mich, daß ein Freiraum geschaffen werden müßte, die Konfrontation, die bis hinein in die persönlichen Beziehungen ging, abzumildern, um wirklichen Raum für die inhaltlichen Differenzen zu schaffen.
3. Deshalb befürwortete ich eine organisatorische Trennung, aber eben nur unter diesem Aspekt, nicht weil ich meinte, eine solche Trennung sei unbedingt notwendig, objektiv notwendig o.ä.
4. Ich war der Ansicht, daß ein Bindeglied zwischen den beiden Fraktionen geschaffen werden müsse, um über die verhärteten Fronten hinaus eine sinnvolle Basis der weiteren Auseinandersetzung zu schaffen.
5. Hierfür erschien mir die gemeinsame Publizistik ein geeignetes Instrumentarium. Meine Vorstellung war, daß durch die gemeinsame Herausgabe einer Zeitung auch ein Zwang geschaffen würde, sich konstruktiv aufeinander zu beziehen. Selbstverständlich war auch mir bewußt, daß dies in einem unsäglichen Nebeneinander enden

könnte, aber die Möglichkeit, dies zu versuchen, sollte m.E. nicht unprobiert vertan werden.
6. Die Überlegung hierfür kam aus der Auseinandersetzung mit der Gruppe Z und den dann folgenden Jahren. Auch mit der Gruppe Z gab es scheinbar unüberbrückbare Differenzen, die sich jedoch innerhalb der folgenden Jahre so weit reduziert haben, daß an eine gemeinsame Tätigkeit wieder gedacht werden konnte.
7. Ich ging davon aus, daß die Differenzen der Mehrheit zur Minderheit nur partiell so antagonistisch waren wie sie vorgetragen wurden. Speziell in der Frage der Zusammenarbeit mit der PDS, die immerhin zu einer der entscheidenden der Spaltung gemacht wurde (auch wenn dies gegenüber der Öffentlichkeit heute sicherlich runtergeschraubt wird, ähnlich wie die Frage der Haltung zu den GRÜNEN 1980), war mir klar, daß dies kein Spaltungsgrund zwischen Mehr- und Minderheit sein konnte.
8. Die Talfahrt der Linken, insbesondere der radikalen Linken, in dieser Zeit bedeutete, daß jede weitere Spaltung die Gefahr in sich bergen würde, daß beide verbliebenen Reste zur Bedeutungslosigkeit zusammenschrumpfen würde.
9. Aus achtens folgte für mich, daß der Versuch eines Teils des KB, die Nachfolge des KB anzutreten, mit nicht ausgewiesenen Risiken behaftet sein würde, wahrscheinlich mit dem Ergebnis des schnellen Untergangs, dies sowohl in Hinsicht der Organisation als auch in Hinsicht der Publizistik.
10. Ich war der Ansicht, daß in einer solchen Situation der völligen Defensive der Linke eine Konzentration der Kräfte auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Analyse, der Propaganda und der Diskussion notwendig wäre.
Was ist daraus in den den letzten 10 Monaten geworden?
Vom Ergebnis her bleibt wenig bis gar nichts.
Eine genaue Analyse dieses Scheiterns vorzunehmen ist einigermaßen schwierig, weil sich alle etwas anderes unter diesem Experiment vorgestellt hatten. Nur eines sollten wir uns eingestehen: Es gibt nicht einfach die Schuldige, die Gruppe K. Da mit sehr unterschiedlichen Erwartungen, Intentionen und Absichten in dieses Experiment hineingegangen wurde, werden dementsprechend auch die Bewertungen unterschiedlich ausfallen. Krass gesagt: Wenn jemand eh nichts davon gehalten hat, wird ihn/sie das Scheitern wahrscheinlich nur bestätigen, hat sich jemand eine konstruktive Zusammenarbeit davon versprochen, wird er/sie enttäuscht sein.
Sollte jemand von außen die Differenz zwischen der Gruppe K und der KB(Mehrheit) beschreiben, so hätte er/sie sicherlich einige Schwierigkeiten, wenn sich dieses allein auf die Lektüre des AK stützen sollte. Hieraus geht zunächst einmal nur hervor, daß die Gruppe K bevorzugte Themen hat, über die sie sich abgrenzt. Hierzu zählen die Fragen Nationalismus (in Verbindung mit Selbstbestimmungsrecht) sowie Antisemitismus, insbesondere der linke. Darüberhinaus können Differenzen erahnt aber nicht wirklich festgemacht werden. Umgekehrt müßte es aber auch jedem/r schwer fallen, die Position der Mehrheit zur Gruppe K zu beschreiben.
Dieses Jahr gemeinsame Zeitungsarbeit hat uns bei der Ausformulierung keinen Schritt weitergebracht. Eine konstruktive Debatte, in dem Sinn, daß Positionen kritisiert, aber auch weiterentwickelt wurden, hat es nicht gegeben. In heiklen Fragen (Antisemitismus, Selbstbestimmung) ist die Debatte abgebrochen worden, in diesem Fall von kt. als Mehrheitschreiber. Der Grund ist ein ganz einfacher. Ein Artikel von kt. zur Geschichte Israels reizt unsere Partner nicht dazu, selbst die Geschichte Israels aufzuarbeiten, sondern sich lediglich immanent mit bestimmten

Äußerungen auseinanderzusetzen. Der Versuch von kt., die innere Entwicklung Jugoslawiens zu analysieren und der daraus folgende Schluß, ein Selbstbestimmungsrecht für alle beteiligten Staaten zu fordern, als einziger Möglichkeit, den Krieg aufzuhalten, wird mit Allgemeinbetrachtungen über das Selbstbestimmungsrecht oder mit dem alleinigen Hinweis auf deutsche Geschichte und Gegenwart begegnet. Einer solchen Debatte haftet nichts Konstruktives an, sondern sie wird allein unter dem Aspekt der Abgrenzung geführt.
Sieht man sich die publizistische Tätigkeit aus der Gruppe K in den vergangenen zehn Monaten genauer an, dann stellt man fest, daß diese sich vollständig konzentriert auf Deutschland. Die übrige Welt existiert fast kaum noch, und wenn, dann unter dem Aspekt Deutschlands. Nun ist dies nicht per se verkehrt, müssen wir ja Politik in diesem Land und mit dem machen, wie von hier aus imperialistische Macht ausgeübt wird. Auffallend ist jedoch bei der Minderheit, daß sie die Geschichte nur als Wiederholung begreift und insofern kaum etwas zur Analyse der neuen Situation beisteuert. Erscheinungsformen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit innnerem Chauvinismus wie sie in ganz Europa auftreten, werden nicht von den neuen materiellen Bedingungen dieser Länder her analysiert, sondern lediglich mit der einfachen, zugegebenermaßen unter Linken auch griffigen Parole vom Deutschen reduziert. Selbst kluge Ansätze aus den eigenen Reihen (die Autorin, so sie es denn liest, möge mir verzeihen, da ich sie nicht billig einkaufen will) zum Thema Rassimus, die weit näher an materialistischer Forschung zu diesem Thema dran sind, als alles, was im ak bisher geboten wurde, werden gleich in den nächsten Ausgaben niedergemacht. Auch dies ist sicherlich nicht nur typisch für die Gruppe K, aber es ist ein Wesenszug der Herangehensweise.
Die Mehrheit ist bei der Erforschung dieser neuen Erscheinungen sicherlich nicht weiter als die Gruppe K. Es ist nicht der unterschiedliche Grad der Erkenntnis, der uns trennt. Es ist mehr das unausgesprochene Eingeständnis, daß wir diese Erscheinungsformen nicht analytisch beschreiben können, daß der Hinweis auf Geschichte nicht ausreicht und von daher Schlußfolgerungen auf Politik und Abgrenzung unterbleibt.
Zwischen Mehr- und Minderheit hat es zu Beginn des Dach-ak einen gravierenden Unterschied gegeben. Die Minderheit hat sich als Gruppe K konstituiert. Sie hat sich eine Plattform gegeben. Sie hat damit erklärt und hat der Öffentlichkeit vorgespiegelt, sie wisse, zu welchem Zweck sie sich zusammengeschlossen hat. Der Mehrheit fehlt ein solches Selbstverständnis.
Dieser Unterschied geht bis hinein in die Zusammenarbeit beim Projekt Dach-ak. Die Minderheit hat zwar aus taktischen Gründen den Dach-ak gewollt, dies aber wohl mehr zu dem Zweck, überhaupt eine Tribüne der eigenen Propaganda zu erringen. Da von vornherein klar war, daß nur die Mehrheit in der Lage gewesen war, den ak eigenständig weiterzuführen, sieht es heute so aus, als habe die Minderheit die Dachkonstruktion nur zum eigenen Vorteil genutzt.
Dies speist sich aus folgenden Beobachtungen:
1. Die Gruppe K hat an der Gesamtzeitung ein relativ geringen Anteil. Dies resultiert daraus, daß sie sich auf wenige vor allem ideologische Themen beschränkt.
2. In analytischer Hinsicht des politischen Geschehens hat die Gruppe K kaum einen Anteil, da sie sich darauf beschränkt, allein die Aspekte aus Sicht des Anti-Deutschlands hervorzuheben. Die Geschehnisse in Jugoslawien interessieren eben nur unter dem dem Gesichtspunkt, was Deutschland dort treibt (andere Gesichtspunkte später). Ansonsten interessiert die ganze Welt fast gar nicht

mehr. Dies ist eine Tendenz, die den ak auf *konkret*-Niveau bringt, in der, entgegen aller anti-deutschen Haltung, fast auch nur über Deutschland, die Deutschen und die deutsche Linke die Rede ist.
3. In Hinsicht der Auseinandersetzung gibt es keinen Aspekt der Konstruktivität, sondern nur das Element der Abgrenzung und "an die Wand stellen". Wenn also ein Thema wie Jugoslawien thematisiert wird, dann nicht, um die Geschehnisse zu analysieren, sondern um einen Autor der KB(M) als "Opportunisten", "Nationalisten", "Handlanger des Imperialismus", "Deutschnationalen" "Apologeten des deutschen Imperialismus" usw. usf. zu "entlarven". Ansonsten fehlen jegliche eigenständige Beiträge zur Analyse der Auseinandersetzung in dieser Region. (Und dies obwohl die Minderheit über eine qualifizierte Schreiberin auf diesem Gebiet verfügt.)
Die Gruppe K wird damit argumentieren, daß sie als kleine Gruppe nicht in der Lage ist, alle Themen gleichermaßen zu bearbeiten. Dies gilt aber für die KB(M) im gleichen Maße. Dennoch ist festzustellen, daß die KB(M) im weit größeren Maße den für den ak notwendigen analytischen Teil über das Weltgeschehen bestritten hat. Da umgekehrt die Minderheit nicht einmal in der Lage ist, konstruktiv auf neue Aspekte der Analyse einzugehen (wie am Beispiel Jugoslawien), wirft dies die Frage auf, weshalb sie sich an der Zeitung beteiligt, oder auch anders, weshalb wir sie an der Zeitung beteiligen.
Eine Zusammenarbeit muß für beide Seiten einen Sinn machen, kurz gesagt, einen Vorteil bieten. Gegewärtig beschränkt sich dieser offensichtlich für beide Seiten darauf, die eigenen Propaganda über das Mittel ak unter die Leute die bringen.
Das alles kann man der Gruppe K nicht zum Vorwurf machen, denn es macht ein gewisses rationales Umgehen mit den eigenen Möglichkeiten deutlich. Sie hat über ihre RedakteurInnen zu verstehen gegeben, daß die Zusammenarbeit mit uns vielfach an ihre Schmerzgrenze herangereicht hat. Dies sollten wir tatsächlich so ernst nehmen, wie es geschrieben worden ist. Eben nicht nur als Floskel, nicht nur als taktischen Winkelzug. Sie sehen mit uns eigentlich keine geminsame politische Zukunft. Daß sie am Dach-ak festhalten liegt also allein darin begründet, daß es keine Alternative gibt, eine eigenständige Publizistik auf keinen Fall. Umgekehrt müssen wir uns dann genauso rational die Frage stellen, welchen Vorteil es bringt, das Experiment zu verlängern. Ich habe oben beschrieben, daß trotz der organisatorischen Trennung ein konstruktives Aufeinanderbeziehen nicht organisiert worden ist. Ich laß dahingestellt, ob es gewollt wurde, oder ob es für beide Seite vielleicht nur eine Verschnaufpause gewesen ist.

Drängender denn je stellt sich die Frage, auf welcher inhaltlichen Plattform die Mehrheit in Zukunft weiterarbeiten will/soll. Dazu kann ich aus meiner Sicht nur Stichworte, keine geschlossene Theorie geben.
Zunächst die Abgrenzung:
- Eine Rekonstruktion des KB wird es nicht geben. Der KB war eine in einem bestimmten historischen Zeitraum gegründete Organisation (eine revolutionäre Organisation in Abgrenzung zum "Revisionismus" der bestehenden KPs), die für die Herausbildung der neuen Linken eine wichtige und erfolgreiche Rolle gespielt hat.
- Auch eine Fortsetzung des KBs in welcher Form auch immer, wird keinen Bestand haben, da es nur die gedankliche Fortsetzung der Beteiligten sein wird, aber nicht in der Lage ist, heute politisch Interresierte anzusprechen.

Was wären die Aufgaben für einen Zusammenhang wie der KB-Mehrheit?
- In allererster Linie die Analyse des Verhältnisses zwischen erster, zweiter und dritter Welt und hierbei der Wechselbeziehungen zwischen Armut und Reichtum, zwischen beherrschung und Abhängigkeit. Platt gesagt, eine Fortschreibung der Imperialismusanalyse.
- Analyse der in der ersten Welt stattfindenden Abschottungsmachnismen gegenüber der dritten Welt in Form von Rassismus, dies sowohl in Hinsicht der offiziellen Politik als auch der Reaktion und dem Verhalten der Mehrheit der Bevölkerung.
- Analyse der weltweiten Umbruchprozesses, Herausbildung neuer Machtzentren, Widerspruchlinien zwischen den imperialistischen Mächten und den sich daraus ergebenden Kriegsgefahren.
- Propagierung einer Politik, daß (fast) alle großen Probleme nur international zu lösen sind. Entweder durch einen revolutionären Bruch mit der imperialistischen Herrschaft durch die Staaten der dritten Welt, oder duch eine Veränderung in der ersten Welt im Verhältnis zur dritten Welt oder durch den gemeinsamen Untergang.
- Aufgabe der Vorstellung, daß nur der Sozialismus eine Antwort auf den Kapitalismus und den Imperialismus ist. Auch andere Formen können, auch wenn sie gar nicht unseren Formen der Gesellschaft entsprechen, eine adäquate Form der Widerspruchsentwicklung sein.
- Propagierung von Verhältnissen, die den Menschen weltweit in den Mittelpunkt stellt und nicht die Natur.

Wir sind gegenwärtig gedanklich sehr weit von diesem Punkt entfernt. Noch immer beschäftigt uns hauptsächlich der Zusammenbruch unserer eigenen Organisation(en) oder der realen Sozialismus. Nicht gelungen ist uns der Einstieg in die jetzt beginnende Phase einer wirklich neuen Welt, die schlimmer denn je von den imperialistischen Mächten diktiert wird. Obwohl sehr viel von einer neuen Weltordnung gesprochen und geschrieben wird, hinkt die Politik dem absolut nach.
Es würde sich die Aufgabe stellen, eine Organisation zu propagieren, die die oben skizzierten Inhalte auch in Politik umsetzen kann. Da dies sicherlich in praktischer Hinsicht von uns nicht betrieben werden kann, läge diese Aufgabe vor allem auf dem Gebiet der zeitungsarbeit. Ich möchte nicht noch einaml den leidigen Streit um die Zeitungsorganisation vom Zaune brechen, sondern würde dies heute so formulieren, daß wir gegenwärtig die Zeitung als einziges Mittel in der Hand haben, unsere Vorstellungen von der notwendigen Politik und einer dementsprechenden Organisation zu propagieren.

(Ich bitte um Nachsicht, daß die Schlußfolgerungen unkonkret bleiben. Es kann tatsächlich gegenwärtig nur ein Gedankenanstoß dafür sein, daß wir noch vor der Namensgebung ein "Programm" haben sollten)

Nationalstaat - ethnische Minderheiten - Völkerwanderungf

Unter diesem Arbeitstitel soll im Herbst / Ende des Jahres ein Kongreß stattfinden. Die Idee hierzu ging von der Zeitschrift "DIE BRÜCKE" aus (vgl. Aufruf in den letzten "Bahamas") und die Vorbereitung wird bisher im wesentlichen aus dem Umfeld dieser Zeitschrift getragen. Hinzu kommen Einzelpersonen aus Einwanderergruppen, der VSP sowie meine Person. Weitere Gruppen (PDS, Europa-Grüne, BUKO u.a.) habe ihr Interesse bekundet.

Nach einem ersten Vorbereitungstreffen im März (s. Protokoll im letzten Rundbrief) hat am 16. Mai ein weiteres Treffen stattgefunden. Dort wurde auch der nachfolgende Text diskutiert, der dann mit weiteren Unterstützern als Aufruf veröffentlicht werden soll. Wie stehen wir also dazu??

Das Interessante an diesem Projekt ist meines Erachtens, daß hier in einer umfassenderen Weise der Nationalstaat BRD als Verursacher rassistischer Unterdrückung ins Zentrum der Kritik gerückt werden soll, wo sich ansonsten antirassistische Politik zwischen bloß moralischer Empörung und Anpassung an den herrschenden Konsens bewegt.

nor./ Elmshorn

Wir klagen an:

Die Bundesrepublik Deutschland verletzt die Menschenrechte der eingewanderten Minderheiten!

"Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland" - dieser Satz fehlt als Beschwörungsformel in keiner offiziellen Äußerung zur Ausländerpolitik. Tatsächlich ist dieser Satz eine Lüge: Es hat in die Bundesrepublik immer eine Einwanderung stattgefunden und wegen der Überalterung der Bevölkerung und den Erfordernissen des Arbeitsmarktes wurde und wird diese auch als notwendig angesehen. Zum Teil ist die Einwanderung sogar offiziell akzeptiert - soweit es sich bei den Einwanderern gemäß des herrschenden völkischen Staatsangehörigkeitsbegriffs um (Bluts-)Deutsche handelt. Wenn dieser Satz benutzt wird, so bezieht er sich auf Einwanderer aus Südeuropa und der sog. "3. Welt". Deren Einwanderungsprozeß begann Mitte der fünfziger Jahre mit der "Gastarbeiter"-Anwerbung. Obwohl diese Einwanderung weder offiziell gewollt nach von den Einwanderern anfangs persönlich beabsichtigt war, erfolgte spätestens Anfang der siebziger Jahre zunehmend eine feste Niederlassung.

Die deutsche Politik reagierte 1973 mit dem "Anwerbestopp": Ziel der damit begonnenen "Ausländerpolitik" war es, die als gefährdet angesehene deutsch-nationale Homogenität der Gesellschaft aufrecht zu erhalten. Eine weitere kollektive Einwanderung von Nichtdeutschen sollte verhindert, die Einwanderer sollten entweder zur Rückwanderung veranlaßt oder assimiliert werden. Diese Politik führte aber nicht zum gewünschten Ergebnis: Erstens ließen sich die Einwanderer in ihrer Mehrzahl weder assimilieren noch zur Rückwanderung bewegen. Zweitens fand - bei einem tatsächlich weiterhin bestehenden Einwanderungsbedarfs der Bundesrepublik - weiter Einwanderung statt, insbesondere als Folge der gewachsenen internationalen Mobilität und des immer größeren Gefälles zwischen Armut und Reichtum in der Welt.

Einwanderer ohne Bürgerrechte

Durch den Ausschluß der Einwanderer von den Bürgerechten verstößt die Bundesrepublik gegen internationales Menschenrecht, so gegen das Diskriminierungsverbot (Art. 14) der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, gegen Art. 26 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte sowie Beschlüsse der KSZE.

Durch die Einwanderung hat sich die vorher fast ausschließlich monoethnische Bundesrepublik in eine Vielvölkergesellschaft gewandelt: Die Einwanderer, die sich dem Assimilationsdruck weitgehend widersetzt haben, haben ethnisch-kulturelle Minderheiten gebildet (darunter die türkisch-kurdisch-islamische als größte Minderheit). Neben der deutschen Sprache werden verschiedene weitere Sprachen gesprochen, neben den christlichen Kirchen ist der Islam die größte Religionsgemeinschaft.

Die Bundesrepublik verleugnet die Existenz ethnisch-kultureller Minderheiten

Jedoch wird die Tatsache der Vielvölkergesellschaft mit der Existenz ethnisch-kultureller Minderheiten in der Bundesrepublik bewußt verleugnet. Dies führt zu weiterer Diskriminierung dieser Minderheiten. Ihre Sprachen und Religionsgemeinschaften finden keine offizielle Anerkennung: Schulen und Behörden sind deutsch-einsprachig; die Bestimmungen über den schulischen Religionsunterricht, die gesetzlichen Feiertage, die Erhebung von Kirchensteuern, die Berücksichtigung religiöser Einrichtungen in städtischen Bebauungsplänen etc. beziehen sich nur auf die christlichen Kirchen, was den Islam vollständig diskriminiert. Auch wird auf die Werte von Muslimen, sei es in der Schule, sei es im öffentlichen Leben, Keine Rücksicht genommen, sondern Muslime erfahren, wenn sie diese Leben, oft weitere persönliche Diskriminierungen.

Auch hierdurch verstößt die Bundesrepublik gegen internationales Recht, so gegen Art. 27 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte und die KSZE-Beschlüsse über den Schutz nationaler Minderheiten (Dokumente des Kopenhagener KSZE-Treffens vom 29.6.1990).

Ergebnis ist heute eine apartheidsähnliche Teilung der Bevölkerung anhand der Staatsangehörigkeit in "Deutsche" und "Ausländer". Apartheidsähnlich deshalb, weil der als "Ausländer" definierte Teil der Bevölkerung einerseits von den Bürgerrechten ausgeschlossen und andererseits diskriminierenden Sondergesetzen unterworfen ist. So gelten nur die Art. 1 - 6 des Grundgesetzes für alle Menschen, die folgenden dagegen ausschließlich für Deutsche. Damit werden "Ausländern" fundamentale Bürgerrechte wie die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit und das Wahlrecht entzogen. Darüberhinaus werden "Ausländer" über das Ausländergesetz und weitere Bestimmungen (z.B. § 19 AFG) einem Sonderrecht unterworfen, welches sie in ihren Rechten weiter einschränkt und diskriminiert (Freizügigkeit, Berufsfreiheit, politische Betätigung u.a.)

Eine besonders extreme Entrechtung erfahren diejenigen Menschen, deren Einwanderung, auch mangels anderer Möglichkeiten, als "Asylbewerber" über den Art. 16 GG erfolgt und die dem Asylverfahrensgesetz unterworfen sind: Sammellager, Naturalverpflegung und nahezu totale Einschränkung jeglicher Freizügigkeit sind Umstände, welche die elementarsten Menschenrechte der Betroffenen verletzen.

Staatsangehörigkeit völkisch bestimmt

Ist "Ausländer" im ursprünglichen Wortsinn ein Mensch, der seinen Lebensmittelpunkt im Ausland hat, erfolgt in der Bundesrepublik die Ausgrenzung eines Teils der Bevölkerung als "Ausländer" über ein völkisch orientiertes Staatsangehörigkeitsrecht: Das immer noch geltende Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 wird bestimmt vom "ius sanguines" (Recht des Blutes), wonach Deutscher ist, wer von Deutschen abstammt. Dagegen kennen andere Staaten das "ius soli", d.h. den Staatsangehörigkeitserwerb durch Geburt im Land. Verbunden mit einer, trotz gewisser Liberalisierungen, insgesamt immer noch restriktiven Einbürgerungspraxis zementiert dieses Staatsangehörigkeitsrecht den Status der Eingewanderten und ihrer Nachkommen bis in die x-te Generation als ausgegrenzte, rechtlose und durch Sondergesetze diskriminierte Minderheit.

Gipfelsturm...

WWG - Die Erste . . .

Der Weltwirtschaftsgipfel in München bzw. die Gegenaktivitäten zu seiner Störung werden mittlerweile in der Linken etwas umfassender diskutiert. Zumindest im Sinne der VeranstalterInnen soll er einen Mobilisierungsschwerpunkt der radikalen Linken für 1992 darstellen.

Nicht in diesem Ausmaß beachtet wurde die inhaltliche Vorbereitung des Gipfels, das Treffen der G7-Wirtschaftsminister vom 7.-9. Mai in Münster. Zwar zeigte sich das kleine münsteraner linke Spektrum eifrig bemüht, dem "Mini-WWG" etwas entgegenzusetzen; von den spärlichen bundesweiten Anti-WWG-Zusammenhängen kaum unterstützt, waren die wenigen Verantwortungsbewußten aus der "Szene" jedoch überfordert, auf der organisatorischen wie v.a. auf der politischen Ebene.
In zwei Strängen, so war es geplant, sollte Protest gegen die Durchorganisierung von Ausbeutung entwickelt werden:
Zum einen über dezentrale Störaktionen gegen das Minister-Treffen selber, sowie gegen das im Zusammenhang damit inszenierte Volksfest. Auf ihm sollte, bezeichnenderweise am 8. Mai, dem Jahrestag der Befreiung vom Nazi-Faschismus, auch das gemeine (Fuß-) Volk den nachträglichen Sieg über die sozialistischen Staaten feiern können;
Zum anderen über eine Demo am Samstag, den 9. Mai.

Schon in der Vorbereitung wurde klar, daß von der Gegenmobilisierung zu Münster wenig Impulse für die Neubestimmungsdiskussion in der Linken ausgehen würden, wie es ja die "große" Anti-WWG-Kampagne für sich beansprucht. Die Diskussion stagnierte an der unkonkreten Forderung, es müßte "inhaltlich was rüber gebracht werden", ohne dies jedoch genauer zu bestimmen.

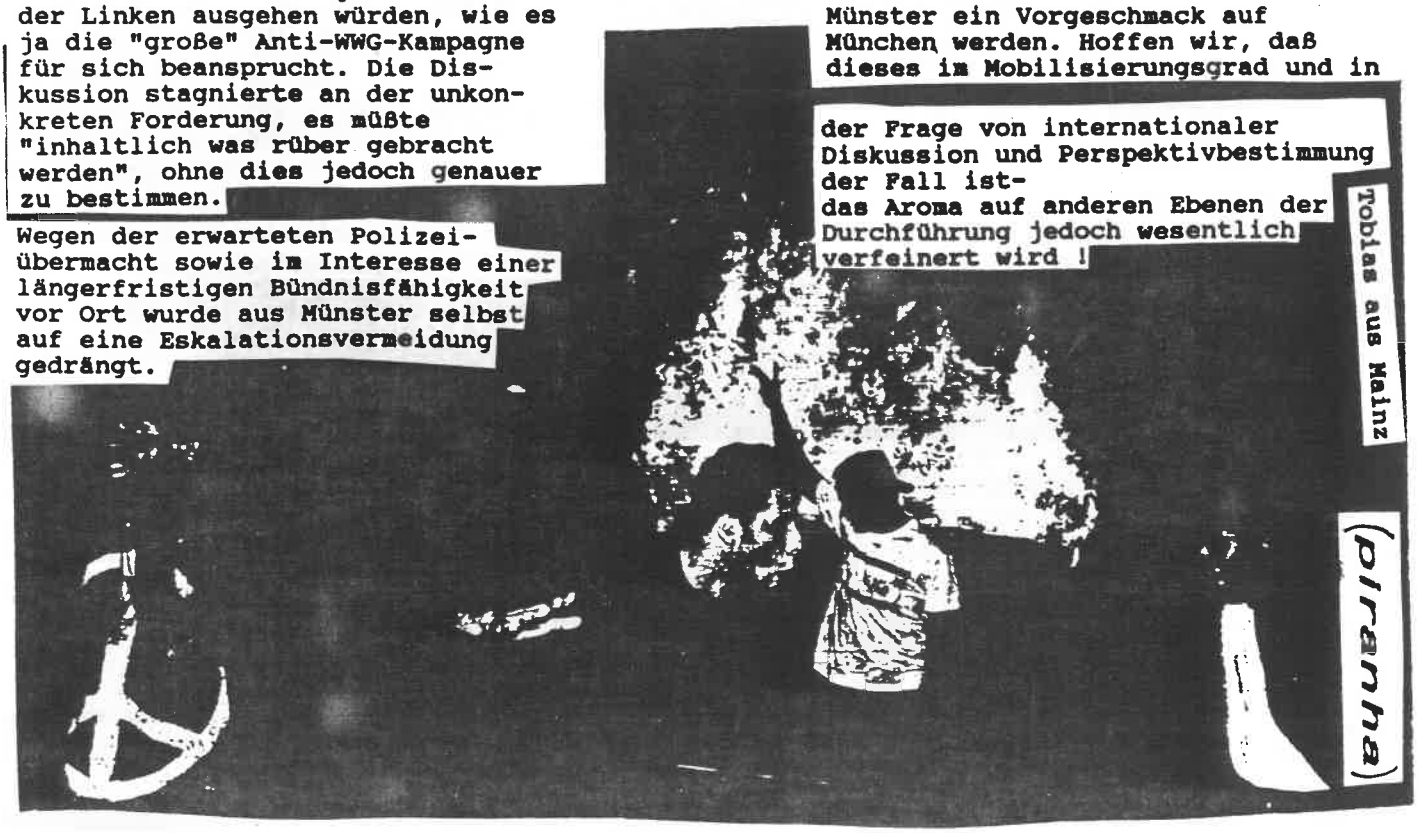
Wegen der erwarteten Polizeiübermacht sowie im Interesse einer längerfristigen Bündnisfähigkeit vor Ort wurde aus Münster selbst auf eine Eskalationsvermeidung gedrängt.

So blieben die Aktionen eher harmlos; das Volksfest konnte nicht deutlich gestört werden, mit einigen Ausnahmen bekamen die Minister mit Anhang kaum Mißfallen zu spüren. Trotzdem konnten es sich einige Schwarzkittel nicht verkneifen, sich beim Beschießen eines Ministerhotels mit Leuchtspurmunition (jawoll !) festnehmen zu lassen.
Es zeigte sich jedoch, daß trotz aller Unkenrufe mehr Möglichkeiten bestanden hätten, die Ministerbäuche zu piksen.

Die Demonstration war da etwas erfolgreicher; mit 3000 Leuten, davon bestimmt 2500 aus dem linksradikalen/autonomen Spektrum, ging es, wie heißt das nochmal gleich, "laut und kämpferisch" durch Münster. Bedauernswert, daß die Möglichkeit für einen militanten Eingriff(sversuch) nicht ernsthaft erwogen wurde. Im Gegensatz zu vielen sonstigen unreflektierten Scherbendemos hätte eine gezielte und durchdachte Aktion aus dieser Demo heraus vielleicht ein deutliches Zeichen von Entschlossenheit setzen - und damit die München-Mobilisierung enorm antreiben können.

Die Demo an sich hat inhaltlich keine neuen Akzente gesetzt, drei Redebeiträge schimmerten jedoch durch den Szene-Muff etwas hindurch: Ein Beitrag zum Verständnis der internationalen Befreiungskampfes aus Chile, eine Rede zu den Aufständen in den USA von einem Schwarzen aus Los Angeles, schließlich ein Analyse und Perspektivbestimmung der Kämpfe hier in der Metropole, gehalten von einem ehemaligen politischen Gefangenen.

Vorher war klar: In Vielem würde Münster ein Vorgeschmack auf München werden. Hoffen wir, daß dieses im Mobilisierungsgrad und in der Frage von internationaler Diskussion und Perspektivbestimmung der Fall ist- das Aroma auf anderen Ebenen der Durchführung jedoch wesentlich verfeinert wird !



Tobias aus Mainz

(piranha)

BLICK NACH VORN IM ZORN

Gegen die HERRschende Weltordnung
500 Jahre Kolonialismus sind 500 Jahre zuviel !

Gemeinsam gegen den Weltwirtschaftsgipfel '92 in München !

DEMONSTRATION

4.7.92 Auftaktkundgebung 13.00 Marienplatz.

Eine große Demonstration soll schon vor der offiziellen Eröffnung des Weltwirtschaftsgipfels auf den Straßen Münchens unsere Kritik und Wut manifestieren.

GEGENKONGRESS

3.- 5.7.92

Auf dem Internationalen Gegenkongreß wollen wir mit Menschen aus Basis- und Befreiungsprozessen ihre und unsere Kampferfahrungen und gemeinsame Perspektiven diskutieren.

AKTIONSTAGE

6.- 8.7.92

Mit den Aktionstagen wollen wir in vielfältigen Formen die verschiedenen Aspekte von Unterdrückung und Widerstand zum Ausdruck bringen.

Die Machthaber der 7 mächtigsten Staaten der Erde versammeln sich vom 6.-8. Juli zum "Weltwirtschaftsgipfel" in München. Dieser Gipfel findet statt vor dem Hintergrund von mehr als 500 Jahren kolonialer Barbarei. Er findet statt nach dem Zerfall der Sowjetunion, er findet statt nach dem Golfkrieg. Er findet statt im Deutschland nach der Einverleibung der DDR, im Deutschland der Überfälle und der Morde an Flüchtlingen. Er findet statt im bayerischen München, in der High-Tech Rüstungsschmiede der deutschen Nation, im Land der Memminger Abtreibungsinquisition, des vorbeugenden Polizeigewahrsams, des anonymisierten AIDS Zwangstests, im Land der staatlichen Vorreiter der Pogromhetze auf Flüchtlinge. Aber Bayern ist auch das Land, in dem einmal in Wackersdorf eine atomare Wiederaufarbeitungsanlage gebaut werden sollte:

NICHTS IST VERGESSEN !

Die Botschaft des Gipfeltreffens der "Neuen Weltordnung" lautet: "Laßt alle Hoffnung auf eine solidarische Welt fahren. Seht auf die Sowjetunion und seht auf unsere Armeen, die jeden Widerstand brechen. Nehmt die Chance, die wir euch lassen: Entsolidarisierung überall, Recht des Stärkeren, ein Hund beißt den anderen. Den Siegern werden wir noch mehr Autos, Atomkraftwerke, Gentechnik, Sextourismus und Polizeischutz bieten". Das ist das System, dem sie vorstehen: Profit, Vermarktung und Verwertung von Menschen und Natur, Männerherrschaft über Frauen und rassistische Unterdrückung. Sie nennen es Freiheit (wir sagen: Freiheit des Profits über die Menschen) und Demokratie (wir sagen: Demokratie der Reichen und Mächtigen gegen die Armen und Ohnmächtigen).

Nach außen wird "partners in leadership" demonstriert, nach innen herrscht immer mehr Kampf bis aufs Messer. Sie werden streiten über riesige Überschuldung, über Investitionshemmnisse, über zu hohe Zölle und Zinsen der jeweils anderen. Vielleicht kriegen sie sich auch öffentlich in die Haare bei der bewegenden Frage, wer welchen Bissen von dem Riesenbeutebrocken der Ex-Sowjetunion abkriegt. Ansonsten die altbekannte Stinke-Rolle: Gelassene Männer demonstrieren Souveränität, posierende Gattinnen verbreiten launige Kurzweil.

500 Jahre Unterdrückung und Widerstand

In diesem Jahr jährt sich zum 500. Mal die Eroberung des amerikanischen Kontinents durch weiße, europäische Kolonialisten. Die HERRschenden nehmen dieses Datum zum Anlaß, die Geschichte und Gegenwart des Kolonialismus zu verherrlichen. Sie verschweigen, daß ihre Macht und der angehäufte materielle Reichtum in den Metropolen ohne die 500jährige Ausplünderung und grausame Unterdrückung Afrikas, Asiens und Amerikas nicht denkbar gewesen wäre. Das halbe Jahrtausend Kolonialgeschichte endet nicht zufällig mit der Vollendung des EG-Binnenmarktes, durch den neokoloniale Verhältnisse festgeschrieben und die Ausplünderung der "3. Welt" durch die wiederaufstrebende europäische Weltmacht fortgesetzt wird.

Vor allem seit dem Ende des II. Weltkrieges gelang es vielen Völkern nationale Unabhängigkeit zu erkämpfen, aber eine wirkliche Entkolonisierung bedeutete dies nicht. Auf der Grundlage der durch den Kolonialismus geschaffenen Abhängigkeiten entstanden in diesen Ländern neue Eliten . Ihr Streben nach Reichtum und Macht verband sich mit dem Interesse der Banken und Konzerne nach effektiver und zeitgemäßer Ausbeutung der für den Weltmarkt wichtigen Ressourcen.

Für Schuldenstreichung und Reparationszahlungen!

Durch massive Kreditvergabe sollte die Verwertbarkeit dieser Länder in den 70er und 80er Jahren gesteigert werden. Die "Schuldenfalle" schnappte zu: Immer stärkere Anpassung an die Zulieferfunktion für die Metropole, Preisverfall und Hochzinspolitik und dadurch Zwang zu neuen Krediten. Die "Schuldnerländer" wurden zu Opfern der Wirtschaftskrise in den Industriestaaten. Am Ende der 80er Jahre waren viele von ihnen zahlungsunfähig. Das wurde von den Gläubigern "Schuldenkrise" genannt. Der Internationale Währungsfonds (IWF) und Bankenkonsortien traten mit "Sanierungskonzepten" auf den Plan. Die üblichen Auflagen des IWF waren: noch engere Festlegung auf den Abbau weniger Rohstoffe, Monokultur und Produktion von Luxusnahrungsmitteln für den Export, Streichung der wenigen vorhandenen Sozialleistungen, freier Kapitalex- und -import, die Einrichtung "freier Produktionszonen" ohne Gewerkschaften.

Der Preis in Menschenleben, Mühsal und Not für diese "Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit" ist hoch. Schwarzafrika droht eine Wüstenei zu werden, dasselbe in Teilen von Lateinamerika. Winzige Weltmarkt-Wachstumsoasen wechseln sich ab mit großräumig zerstörten Gebieten. Eine halbe Milliarde Menschen hungert, mehr als je zuvor. Und gleichzeitig gibt es so viel materiellen Reichtum wie niemals vorher.

Der "Fortschritt" eines Jahrhunderts mündet darin, daß mittelalterliche Seuchen wie die Cholera ihre Wiedergeburt erleben. Schwächung durch Armut und

UND NICHTS IST VERLOREN !

Wir haben die Vorstellung nicht beerdigt, daß ein Leben ohne Hunger, Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung für alle möglich ist, und sehen keinen Grund für Grabgesänge. Und wir wollen noch ein bißchen mehr als nur dieses sichere Überleben für alle. "Individuelle Freiheit" durch Unterordnung von verdinglichten Menschen lehnen wir ab. Wir wollen ein kollektives soziales Leben, in dem jeder Mensch ein selbstbewußter Teil ist. Keine Trennungen und feindlichen Abgründe von Konkurrenz und Besitzstreben, patriarchaler und rassistischer Unterdrückung und Ausbeutung, keine Hierachien aller Art. Wir lehnen eine Gesellschaft ab, die den Wert eines Menschen nach seiner Verwertbarkeit und Leistungsfähigkeit beurteilt. Wir wollen Verhältnisse, die allen Menschen die umfassende Entwicklung ihrer Anlagen, Fähigkeiten und Bedürfnisse in diesem Sinne ermöglichen und das ohne Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen. Verhältnisse, in denen sich alle Menschen in ihrer konkreten, vollen Persönlichkeit begegnen und ausgeschlossen ist, daß sie sich zum Mittel machen. In denen sich viele Lebensweisen ohne Ausbeutung und Unterdrückung in wirtschaftlicher, sozialer, sexueller und kultureller Hinsicht entfalten und ergänzen können. Verhältnisse schließlich, die niemandem über den Kopf wachsen, die die Formulierung gemeinsamer Ziele und ihre Verwirklichung durch kollektives Handeln auch möglich machen.

Wir sind von der kapitalistischen Gesellschaft geprägt und ihre Strukturen haben sich in uns eingefressen. Auch unter uns gibt es Hierachien, Männerkumpanei und Überheblichkeit gegenüber andersfarbigen Menschen. Um davon frei zu werden, müssen wir immer um beides gleichzeitig kämpfen: um den Aufbau von solidarischen Beziehungen unter uns, um unsere eigenen Köpfe und Herzen UND gegen die HERRschenden Machtstrukturen. Das Eine ist mindestens so schwer wie das Andere.

Viele alte Vorstellungen von einer Strategie der Befreiung sind in dieser Zeit der weltweiten politischen Umwälzungen brüchig geworden, neue Wege sind noch nicht klar. Aber wir werden sie rausfinden - durch Handeln und Überlegen, Streiten und Sichbewegen und das ernste Einbeziehen aller internationalen Erfahrungen!

Überarbeit werden ergänzt durch IWF-Sparauflagen: Minimalste hygienische Gegenmaßnahmen können nicht bezahlt werden; die bereits vorhanden gewesene Gesundheitsversorgung ist weiträumig zusammengebrochen.

Nur widerwillig haben die HERRschenden die Existenz globaler Umweltzerstörung anerkannt. Nun herrscht Beredsamkeit und Einigkeit über Probleme wie Ozonloch und Treibhauseffekt, denn als Schuldige haben sie andere ausgemacht: Es gibt zu viele Arme auf der Welt. Eine ihrer "Lösungen": Großflächige bevölkerungspolitische Programme wie die massenhaften Zwangssterilisationen von Frauen auf Puerto Rico!

GEGEN ALLE VERSUCHE, DIE ÖKO-KATASTROPHE AUF DIE MENSCHEN IN DER "3. WELT" ABZUWÄLZEN!

Solidarität mit den Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker! Solidarität mit allen Kämpfen um soziale und politische Emanzipation!

Es wird den Machthabern dieses Systems nie gelingen, den Wunsch zu vernichten, ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Daraus werden auch die internationalen Kräfte für die soziale Emanzipation entstehen. Nicht als Automatismus, sondern in einem bewußt in Angriff genommenen Prozeß. Darin wollen wir ein produktiver Teil sein.

Internationale Solidarität ist das Lebenselixier für alle Befreiungsprozesse. Wir müssen voneinander lernen, uns gegenseitig unterstützen und gemeinsam kämpfen, um neue Perspektiven in der veränderten internationalen Situation zu entwickeln.

Die Veränderung der Welt hat die Bedingungen für Widerstand und Befreiung zunächst verschlechtert. Das erleben wir täglich. Das hat z.B. aber auch zur Folge, daß ein Land wie Cuba, das sich weigert dem Weg der Sowjetunion in den Kapitalismus zu folgen, durch verstärkte Aggression in die Knie gezwungen werden soll. Die cubanische Revolution soll als Beispiel für einen erfolgreichen-Befreiungskampf und einen eigenen Weg vernichtet werden. Deshalb gilt heute erstrecht: SOLIDARITÄT MIT CUBA!

Das sich realsozialistisch nennende Gesellschaftssystem ist als Perspektive für die Welt nach innen und außen gescheitert. Nach dem Abdanken bzw. Überlaufen der herrschenden Kasten radiert der Ansturm der kapitalistischen Weltmarktindustrien die ehemaligen realsozialistischen Wirtschaften aus. Statt des versprochenen Wohlstands versinken die meisten Menschen in wachsendem Elend. Die neuen Eliten schießen untereinander aus, wer das Sagen hat. Noch läßt sich nicht sagen, ob die sich formierenden Kräfte des sozialen Widerstands den Sturz in den Abgrund stoppen können.

Gegen alte und neue deutsche Großmachtpolitik!

Unser Land ist nicht mehr das gleiche wie vor drei Jahren. Und mit der Mauer ist nicht nur die Grenze zwischen zwei Staaten gefallen - 40 Jahre unterschiedliche Entwicklung und Lebensrealität treffen aufeinander. Wir werden im Kampf für die Veränderung der jetzt überall bestehenden kapitalistischen Verhältnisse noch einiges lernen müssen.

Deutschland hat mit der Einverleibung der DDR das Startsignal zur Neuaufteilung Europas gegeben. Das Ziel ist die Verwandlung Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion in den Hinterhof Westeuropas unter deutscher Vorherrschaft, ähnlich wie es der US-Imperialismus mit Lateinamerika vorexerziert hat. Zur "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und der Sicherung des Zugangs zu strategisch wichtigen Rohstoffen"(Verlautbarung des Verteidigungsministeriums) soll auch die Bundeswehr zu einer weltweit operierenden Einsatztruppe umgebaut werden.

Die gewaltigen wirtschaftlichen Lasten dieses Programms sollen die ArbeiterInnen tragen: Massive Einmischung in die Lohnkämpfe, Steuer- und Gebührenerhöhungen und eine staatliche Hochzinspolitik, deren Folgen aus den USA und Großbritanien sattsam bekannt sind: Vergrößerung der Arbeitslosigkeit, Verstärkung des Wohnungsmangels, Mietenexplosion, Auszehrung der kommunalen Haushalte. In der ehemaligen DDR ist eine Billiglohnregion entstanden. Wie überall wird diese Politik hauptsächlich auf dem Rücken der Frauen abgewickelt. Viele Frauen werden aus der Industrie verdrängt und sollen in der Familie die Verelendung durch mehr unbezahlte Arbeit (Hausarbeit, Kinderbetreuung) abpuffern. Politisch und kulturell wird ein Land gleichgeschaltet und die Menschen ihrer Identität und Würde beraubt. Das Land wird pornographisiert, das Jugendradio DT 64 dichtgemacht. Soziale Einrichtungen und die Abtreibungsgesetzgebung werden auf das reaktionäre Westmaß zurechtgestutzt.

Dagegen regt sich Widerstand. Die Fabrikbesetzungen sind ein Beispiel dafür. Noch gelingt es der Elite aus Politikern, Kapitalisten und Gewerkschaftsbürokraten meistens, sich durchzusetzen. Laßt uns einen Beitrag dazu leisten, daß ihre Brutalität in Zukunft gegen sie zurückschlägt.

Schluß mit Folter und Mord! Freiheit für alle revolutionären Gefangenen weltweit!

Überall in der Welt werden die GegnerInnen der bestehenden Ordnung verfolgt, eingeknastet, gefoltert und getötet. Deutschland ist international berüchtigt für die Behandlung von politischen Gefangenen. 20 Jahre Isolationshaft, Trakte, Zensur, Sondergesetze und Staatsschutzprozesse. Keine schönen Reden der Regierung ändern daran etwas. Seit über 20 Jahren kämpfen Gefangene mit allen Mitteln, die sie haben, gegen die Versuche, sie politisch zu brechen. Es braucht eine politische Lösung: DIE POLITISCHEN GEFANGENEN MÜSSEN RAUS! ALLE! Bedingungslos, ohne Gesinnungsprüfung, ohne"abschwören". .Lassen wir die Gefangenen nicht mit der Regierung allein. Mischen wir uns ein!

Deutsche Hochsicherheitsknäste und Isolationshaft, Polizeiausrüstung und Gesetze zum Schutz der bestehenden Ordnung sind florierende Exportartikel weit über die Grenzen Europas hinaus. Die Aufrüstung der türkischen Kolonialstreitkräfte in Kurdistan und die Prozesse gegen kurdische Befreiungs-KämpferInnen in Düsseldorf und Celle sind dafür ein Beispiel. SOLIDARITÄT MIT DEM KURDISCHEN BEFREIUNGSKAMPF!

Stammheim ist steingewordene Wirklichkeit in den Wüsten Perus und in der Türkei. In Deutschland trainierte Polizisten aus Guatemala jagen mit deutscher Ausrüstung Guerilla und Bevölkerung. Der Gesinnungsparagraph 129a droht, europäische Rechtsnorm zu werden.

Für eine antirassistische Bewegung! Die antifaschistische Gegenwehr organisieren!

Auf der Straße und in den Institutionen wittern alte und neue Rassisten und Faschisten Morgenluft. Große Teile der deutschen Gesellschaft formieren sich zu einem aggressiven Block auf völkisch-rassistischer Grundlage. Die nicht erst seit Hoyerswerda laufende Welle brutalster Angriffe auf Flüchtlinge ist noch nicht vorbei, da schicken sich die Regierungsparteien an, ein weiteres Pogrom anzuheizen. Durch die Änderung der Verfassung will die Bundesregierung zum Vorreiter der Abschottung der "Festung Europa" gegen die vom Westen in die Flucht getriebenen Menschen machen. Die SPD, Grüne und Weizsäcker wollen beweisen, daß sich auch ohne Verfassungs-änderung genug Drangsalierung und Schikane organisieren läßt, um die Grenzen de facto zu schließen. Unsere uneingeschränkte Solidarität gilt allen Flüchtlingen gegen alle Grenzen und gegen jede Auswahl nach wirtschaftlicher Brauchbarkeit und "multikultureller Bereicherung". Die Unterstützung von Flüchtlingen wie in Norderstedt war ein wichtiger Schritt, den wir weiterentwickeln wollen. ALLE GRENZEN AUF!

Unmittelbare Verbesserungen unserer Lebensbedingungen können nur wir selbst erkämpfen. Anlaß gibt es überall, Beispiele auch wie die Aneignung von Häusern und Zentren zum wohnen und leben, zum zusammen kommen und zum kämpfen.

Nehmen wir unsere Sache selbst in die Hand !

Wir wollen den Staatschefs nicht die Folgen ihrer Politik präsentieren, ihnen nicht die Opferzeremonie vorspielen. In Deutschland gibt es Opposition - die HERRschenden haben mit uns zu rechnen. Sie sind vielleicht fast frei in ihren Schandtaten, aber nicht völlig frei. Natürlich ist unsre Aktion nur ein winziges Sandkorn im System, aber eben ein weiteres, zusätzliches Sandkorn, hoffentlich schön hart und spitz an den Kanten. Rom ist auch nicht an einem Tag zerstört worden.

Kassel, den 22.3.92. Bundesweites linksradikales Anti-WWG-Treffen

(Mit Gruppen aus: Oberhausen, Bielefeld, Köln, Marburg, Kassel, Saarbrücken, Fulda, Wangen/Allgäu, Stuttgart, Kiel, Hamburg, Speyer, Berlin, Dortmund, Nürnberg, München, Wiesbaden, Mainz, Frankfurt/Oder, Bonn, Regensburg, Münster, Göttingen, Gütersloh, Frankfurt/Main, Heidelberg)

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: H. Bauer, Ruhrstr. 7, Siegen

Kontakt:
Anti-WWG-Info AWI 1992 c/o "3. Welt"-Haus, Westerbachstr.40, 6 Frankfurt/M 90
AK WWG c/o Infoladen, Breisacherstr. 12, 8000 München-80

Druck im Eigendruck